

MEMO-FORUM

**Zirkular
der
«Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik»**

Nr. 16

**mit dem SONDERMEMORANDUM
„Sozial-ökologisches Sofortprogramm:
Risiken der deutsch-deutschen
Währungsunion auffangen“**

Bremen, Mai 1990

Am 26. April 1990 hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf einer Pressekonferenz in Bonn ihr MEMORANDUM '90 sowie das SONDERMEMORANDUM "Sozial-Ökologisches Sofortprogramm: Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen" vorgelegt.

Um dieses SONDERMEMORANDUM sehr schnell allen LeserInnen des MEMO-FORUM zur Verfügung stellen zu können, haben wir in dieser Ausgabe auf alle Satztechnik verzichtet und den Text direkt in dieses Heft übernommen.

Das MEMORANDUM '90 ist unter dem Titel "Im deutsch-deutschen Umbruch: Vorrang für sozialen und ökologischen Umbau" im PapyRossa Verlag, Köln, zum Preis von DM 24.- erschienen. Allen LeserInnen des MEMO-FORUM bietet der Verlag bei Mehrfachabnahme erhebliche Preisnachlässe (siehe Verlagsanzeige am Ende des Heftes). Über unsere Kontaktanschrift kann das MEMORANDUM '90 gegen Vorkasse (bar, Scheck oder Briefmarken) zum Sonderpreis von DM 17.- bezogen werden.

In der DDR ist das MEMORANDUM '90 sowie das MEMO-FORUM ab sofort zum Preis von 17.- bzw. 4.- Mark zu beziehen über:

Karsten Schuldt, Postlagernd, DDR-1530 Teltow.

Dem in diesem Heft befindlichen Tagungsbericht des Kollegen Schuldt ist zu entnehmen, daß sich in der DDR ebenfalls ein "Arbeitskreis: Perspektiven alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik" gebildet hat. Auf einer Tagung im Mai in der DDR sowie auf unserer Sommertagung wird die Art und Weise der künftigen Zusammenarbeit sicherlich intensiv diskutiert werden.

Die Sommertagung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wird am 8. und 9. Juni 1990 in Oer-Erkenschwick stattfinden. Im Mittelpunkt steht die aktuelle deutsch-deutsche Lage sowie die Anforderungen an und Perspektiven einer alternativen Wirtschaftspolitik. An der Tagung sollen erstmals auch in größerem Umfang Kolleginnen und Kollegen aus der DDR teilnehmen.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen aus der DDR sollten sich umgehend bei unserer Kontaktanschrift melden, damit wir Ihnen die in den nächsten Tagen herausgehende Einladung ebenfalls zusenden können.

Inhalt**Seite****SONDERMEMORANDUM**

Sozial-ökologisches Sofortprogramm:
Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen 2

"Stadtwerke der Zukunft" als Instrument einer
CO₂-Reduktionspolitik - Energiedienstleistungs-
unternehmen und "Least-Cost Planning" am Beispiel Bremen
(Peter Hennicke/Helmut Spitzley) 69

"Arbeitskreis: Perspektiven alternativer Wirtschafts-
und Sozialpolitik" in der DDR gebildet - Tagungsbericht -
(Karsten Schuldt) 89

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

Redaktion: Axel Troost

Preis: Einzelheft (auch im Abonnement) jeweils DM 4.-
ab 10 Exemplare DM 3.-

Bankverbindungen: Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)
Konto-Nr. : 1000 11 - 203
für Daueraufträge zur Finanzierung der Mitarbeiterstelle:
Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)
Konto-Nr.: 2184 74 - 201

ISSN: 0176-5833

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

SONDERMEMORANDUM

Sozial-ökologisches Sofortprogramm:

Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen

1. Ad-hoc-Politik ohne ökonomische Konzeption

Die wirtschaftliche Vereinigung zweier strukturell so unterschiedlicher Staats- und Wirtschaftsgebilde wie der DDR und der BRD stellt ein Experiment dar, das in der Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel ist. Dieses Vorhaben ist weder mit der Eingliederung des Saarlands in die BRD noch mit der beabsichtigten Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vergleichbar, da einerseits die Vereinigung einer Plan- mit einer Marktwirtschaft völlig neuartige Fragen aufwirft und andererseits der Vollzug unter dem Druck der Übersiedlung steht.

Aus ökonomischer Vernunft und sozialer Verantwortung hätte vieles für eine langsamere, stufenweise Annäherung der beiden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme gesprochen. Für einen solchen Weg haben bis Anfang dieses Jahres - wenngleich aus unterschiedlichen Erwägungen heraus - auch der Sachverständigenrat, die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute und die Deutsche Bundesbank plädiert. Die damaligen Argumente gegen eine überstürzte Wirtschaftsvereinigung sind seither nicht schlechter geworden, auch wenn die politische Entscheidung für eine rasche Einführung der Währungsunion gefallen ist. Angesichts dieser politischen Vorgabe ist es gegenwärtig sicherlich die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftsberatung, einen ökonomisch und sozial verantwortbaren Weg zur Währungsunion aufzuzeigen. Wenig überzeugend ist es jedoch, wenn nunmehr so getan wird, als ob diese 'Hau-Ruck-Vereinigung' zweier so unterschiedlicher Wirtschaftssysteme nahezu problemlos und ohne nennenswerte Belastungen für die Bundesrepublik zu bewältigen wäre. Entweder die Analysen der Wirtschaftssachverständigen Anfang des Jahres waren falsch

und die rasche wirtschaftliche Integration der DDR ist tatsächlich ohne größere Verwerfungen möglich, oder aber - und vieles spricht für diese Variante - man ist kritiklos auf die regierungsamtliche Linie der Verharmlosung eingeschwenkt, und das Prinzip der Politik hat sich durchgesetzt. Sicher ist: Auch eine schrittweise Integration der DDR in die Wirtschaft der BRD hätte für beide Seiten erhebliche Belastungen mit sich gebracht. Von Seiten der DDR wären große Anpassungsleistungen zu erbringen gewesen, so z.B. durch die Schaffung eines marktwirtschaftlichen Unternehmenssektors mit einer starken mittelständischen Komponente, durch die erforderliche Modernisierung und Ökologisierung der Wirtschaft, durch eine schrittweise Freigabe der Preise, durch die Organisierung von Tarifparteien, durch die Reform des Steuersystems und des Systems der sozialen Sicherung. Unter dem zeitweiligen Schutz durch relativ niedrige Wechselkurse für die DDR-Mark hätte die dringliche ökologische und ökonomische Modernisierung und Neuorganisation der DDR-Wirtschaft erfolgen können, wobei Betriebsschließungen und Massenentlassungen zu begrenzen und zeitlich zu strecken gewesen wären. Auch dieser Weg des Umbaus in der DDR hätte ohne massive Hilfe aus der BRD nicht vollzogen werden können. Da die sozialen Anpassungslasten jedoch geringer und über einen längeren Zeitraum gestreckt angefallen wären, hätten hier Gelder eingespart und in dringlich notwendige Infrastruktur- und Umweltmaßnahmen gesteckt werden können. Nunmehr besteht die Gefahr, daß diese Aufgaben vernachlässigt werden, da bereits die Kosten für eine Minderung der sozialen Folgen der Währungsunion zu erheblichen Belastungen der Haushalte führen werden. Der Weg der schrittweisen Integration wäre zudem in stärkerem Maße mit einer Mobilisierung der eigenen Kraft und Initiative in der DDR verbunden gewesen.

Hinzu kommt, daß die Wirtschaft der DDR in starkem Maße in den RGW integriert ist, wobei gegenseitige Abhängigkeiten und Spezialisierungen bestehen. Eine behutsame Umstellung dieser Beziehungen hätte nicht nur die Chancen der RGW-orientierten DDR-Unternehmen verbessert, sich diesen Markt für die Zukunft zu erhalten bzw. neu zu erschließen, sondern es wäre auch für die sich reformierenden osteuropäischen Nachbarn der DDR leichter gewesen, notwendige Anpassungsprozesse zu vollziehen. Die überstürzte Einführung der Währungsunion hingegen bringt große Probleme für die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten mit sich und droht insbesondere Polen, Ungarn und der CSSR zusätzliche Probleme aufzubürden.

Die politische Entscheidung ist nicht für den Weg einer "sanfteren", zeitlich gestreckten Integration der beiden Wirtschaftsräume gefallen.

Eine entscheidende Ursache hierfür ist die fehlende Bereitschaft der Mehrheit der DDR-Bevölkerung, sich auf einen solchen Weg einzulassen. Dies zeigte sich in den bis zu den Wahlen ansteigenden Übersiedlerzahlen, aber auch im Wahlergebnis selbst. Darüber hinaus ist in der Übergangsphase ein teilweise rechtsfreier Raum entstanden. Die DM hat praktisch schon zum Teil Währungsfunktion übernommen.

Eine große Verantwortung kommt jedoch auch der Bundesregierung zu: Sie setzte sich über alle Ratschläge der Wirtschaftsexperten hinweg für eine sofortige DM-Einführung in der DDR ein und verstärkt damit die Illusion, daß mit der Einführung unmittelbar eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR einhergehen würde. Getrieben von wahlaktischen Überlegungen wurden die Kosten und Folgen der Anpassung in Ost und West verschwiegen und in beiden deutschen Staaten in verantwortungsloser Weise illusionäre Erwartungen erzeugt. Alternativen zu dieser opportunistischen Politik hätte es gegeben. Sie wurden auch öffentlich diskutiert: Angesichts der raschen Demokratisierung der DDR wäre ein Abbau von Sonderregelungen für Übersiedler und damit eine Eindämmung der Abwanderung aus der DDR bereits zu einem früheren Zeitpunkt möglich gewesen. Zugleich wäre eine Offenlegung der tatsächlichen Kosten der 'Hau-Rück-Integration' und das gleichzeitige Aufzeigen eines "sanfteren" Wegs der Wirtschaftsvereinigung ebenfalls geeignet gewesen, Vertrauen in eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu wecken.

Alles deutet darauf hin, daß der ökonomisch schlechtere, teurere und sozial gefährlichere Weg der wirtschaftlichen Vereinigung beschritten worden ist. Dabei kommt die Einführung der DM in die DDR einer Beendigung der wirtschaftlichen Souveränität der DDR gleich. Eine strukturell schwache, im wesentlichen noch planwirtschaftlich geprägte Wirtschaft wird mit einer Hartwährung ausgestattet und damit der uneingeschränkten Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Damit werden die strukturellen Mängel der DDR-Wirtschaft schonunglos aufgedeckt. Ohne gegensteuernde Maßnahmen führt dies nicht nur zu einem Bankrott weitgehend maroder Betriebe, sondern Gefahr droht auch Unternehmen, die in einer längeren Übergangszeit die Chance zur Anpassung besessen hätten. Abrupt werden durch diesen Weg Zukunftsplanungen von Menschen durchkreuzt, Qualifikationen entwertet und eine, wenngleich oft nur bescheidene, soziale Sicherheit zerstört. Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen der BRD und der DDR werden sich für weite Teile der Bevölkerung eher vertiefen. Das Problem der Abwanderung aus der DDR wird auf diesem Wege auch nicht annäherungsweise gelöst. Die von der Bundesregierung

zuvor vehement bekämpften administrativen Maßnahmen zur Eindämmung von Übersiedelungsanreizen müssen ergriffen werden.

Es sollte nicht vergessen werden: Die DDR zählte zu den größten Industrienationen der Welt. Die Produktivität und der Produktionsstandard liegen zwar weit unterhalb des Niveaus der BRD, gleichwohl aber ist die Lage in der DDR gemessen an schwächeren Industrieländern in vielen Bereichen günstiger. Das Ausbildungsniveau und der erreichte soziale Standard kann sich weltweit durchaus sehen lassen. Solche Feststellungen sollen die tiefgehenden strukturellen Mängel der DDR-Wirtschaft und insbesondere ihres Planungssystems nicht verdecken. Auch muß bedacht werden, daß die bisherige sozial-ökonomische Entwicklung nur unter den Bedingungen einer Abschottung von der Weltmarktkonkurrenz zustande gekommen und zunehmenden Gefährdungen ausgesetzt war. Gleichwohl hätten Voraussetzungen für eine rasche Verbesserung der Lebenssituation in der DDR bestanden, wenn grundlegende Wirtschaftsreformen mit starker wirtschaftlicher Unterstützung aus der BRD gepaart worden wären und eine Vereinigung bzw. Konföderation schrittweise angestrebt worden wäre. Die nunmehr sich abzeichnende Radikalkur kann man zwar euphorisch oder besser cynisch als einzigartiges historisches Unterfangen ansehen. Aus Sicht einer alternativen Wirtschaftspolitik stellt es sich jedoch eher als verantwortungsloses Herumexperimentieren jenseits von wirtschaftlichem Sachverstand dar, mit unübersehbaren sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen.

Für die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist es in dieser Situation vorrangig, Vorschläge zu unterbreiten, wie die negativen sozialen und ökologischen Folgen dieser schnellen Währungs- und Wirtschaftsvereinigung für die Menschen in der DDR minimiert werden können und wie eine Finanzierung der hierfür erforderlichen Maßnahmen in der BRD sozial gerecht gestaltet werden kann.

Einen Königsweg gibt es in dieser Situation nicht. Klar ist, daß im Interesse der Menschen in der DDR alles getan werden muß, damit es nicht zu anhaltender Massenarbeitslosigkeit kommt, damit nicht die einkommensschwachen Gruppen in der DDR die großen Verlierer werden, damit nicht im vermeintlichen Interesse eines raschen wirtschaftlichen Aufbaus ein Verzicht auf rasche ökologische Reformen erfolgt und damit nicht erhaltswerte soziale Errungenschaften in der DDR vorschnell aufgegeben werden. Auch darf die Integration der DDR nicht dazu führen, daß andere RGW-Staaten durch die Nichteinhaltung von Liefer- bzw. Abnahmevereinbarungen in noch größere Schwierigkeiten geraten. Seriös kann gegenwärtig

niemand sagen, was dies alles kosten wird und welcher Anteil hiervon von Seiten der Bundesrepublik aufzubringen sein wird. Versprechungen, die Kosten seien allein aus dem Zuwachs des Sozialprodukts und durch Umverteilung in den öffentlichen Haushalten zu finanzieren, müssen mit Skepsis betrachtet werden. Solche Äußerungen von Seiten der Bundesregierung und einer Reihe von Wirtschaftsforschungsinstituten überraschen schon deshalb, weil aus diesen Kreisen in der Vergangenheit Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des ökologischen Umbaus in der BRD als nicht finanzierbar abgetan wurden. Diese Argumente waren somit offensichtlich nur vorgeschoben und sollten die fehlende Bereitschaft zu solchen Maßnahmen kaschieren. Zugleich wird aus den Äußerungen der Bundesregierung jedoch auch deutlich, daß in nächster Zeit in der BRD kein Geld z.B. für zusätzliche Maßnahmen zum Abbau der Dauerarbeitslosigkeit und zum ökologischen Umbau zur Verfügung stehen wird, d.h. die Chancen, die die gute Wirtschaftskonjunktur hier bietet, ungenutzt bleiben. Dies läßt sich angesichts der großen Probleme in der DDR möglicherweise rechtfertigen, sollte aber in der Öffentlichkeit deutlich gesagt werden.

Möglich ist jedoch auch - und die Berechnungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik bestärken diese Vermutung - , daß die Kosten der deutsch-deutschen Währungsunion für die BRD wesentlich höher sein werden, als die optimistische Variante erwarten läßt. Dies gilt insbesondere, wenn der selbsttragende Aufschwung in der DDR länger als unterstellt auf sich warten läßt und wenn man sich nicht darauf beschränkt, in punkto Erhaltung von Arbeitsplätzen in der DDR, Modernisierung und Neuansiedlung von Betrieben, Erhalt der Massenkaufkraft, Minderung der Arbeitslosigkeit und Aufbau eines Sozialsystems das Minimum des Erforderlichen anzustreben. Einen solchen Minimalweg des "Durchwurzelns" scheint die Bundesregierung in ihrem Drahtseilakt zwischen Wahlverheißenungen an die DDR und den Versprechungen für die Bundestagswahlen im kommenden Dezember anzusteuern. Die wahren Kosten der Währungsunion werden der Öffentlichkeit mit Sicherheit erst nach den Bundestagswahlen präsentiert werden. Aus Sicht der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist es hingegen jetzt unabdingbar, ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur-, Umwelt- und Wohnsituation in der DDR zu beschließen, der DDR-Wirtschaft Liquiditäts-, Umstellungs- und Existenzgründungshilfen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen und soziale Maßnahmen zu ergreifen, die alle Bevölkerungsgruppen materiell absichern. Unehrlich wäre es aber selbst dann, der Bevölkerung der DDR vorzumachen, daß sich ein so tiefgreifender Umstellungsprozeß ohne soziale Härten vollziehen könnte. Ein solches kombiniertes Programm würde jedoch günstige

Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung in der DDR schaffen. Unerhlich wäre auch die Behauptung, ein solches Programm ließe sich problemlos finanzieren. Richtig ist, daß ein erheblicher Teil aus zusätzlichen Steuereinnahmen bezahlt werden kann, die aus höheren Wachstumsraten resultieren. Auch Umverteilungen im Haushalt und eine erhöhte Kreditaufnahme sind ein Weg. Gleichwohl spricht vieles dafür, daß Steuererhöhungen notwendig werden. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unterbreitet deshalb auch Vorschläge für eine sozial gerechte Gestaltung von unter Umständen erforderlichen Steuererhöhungen. Noch einmal gilt es zu betonen: Aus ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Überlegungen wäre eine länger andauernde, stufenweise Annäherung der Wirtschaftssysteme der beiden deutschen Staaten der bessere Weg gewesen. Eine solche Option ist gegenwärtig noch nicht endgültig verbaut. Realistisch ist eine solche Alternative jedoch nur dann, wenn hierfür in der DDR selbst eine starke gewerkschaftliche und politische Bewegung eintritt.

2. Wirtschafts- und sozialpolitische Risiken eines schnellen Anschlusses

2.1 Die Diagnose des Wirtschaftspotentials der DDR

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR wird in der öffentlichen Diskussion außerordentlich unterschiedlich eingeschätzt. Einer der Gründe hierfür ist der Mangel an verlässlichen Statistiken über die Entwicklung der DDR. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsstatistik der DDR und deren Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vollkommen anders aufgebaut sind, so daß vielfach keine Vergleichbarkeit mit der BRD gegeben ist. Von Seiten der Wirtschaftspolitik werden eil- und leichtfertig Diagnosen und Prognosen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklungsperspektiven der DDR gestellt, die nicht auf seriösen Grundlagen beruhen und nur als spekulativ zu bezeichnen sind. Ganz überwiegend sind diese Spekulationen getragen von dem Glauben an die Magie des Marktes: Bereits in kurzer Zeit könne demnach die DDR den Rückstand gegenüber der BRD aufholen, dies könne sogar ohne nennenswerte Arbeitslosigkeit bewerkstelligt werden (so das Arbeitgeber-Institut der deutschen Wirtschaft); die Löhne würden in der DDR rasch steigen, und Finanztransfers aus der BRD seien nur in der Anschubphase in verkraftbarem Umfang notwendig. Derartige Spekulationen sind insofern widersprüchlich, weil sie überwiegend auf der Diagnose eines extrem schlechten Zustandes der DDR-

Wirtschaft aufbauen, andererseits aber einen raschen Anschluß an das Wohlstandsniveau der BRD erwarten.

Nach anfänglicher Skepsis hat die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler (Sachverständigenrat, Forschungsinstitute, Bundesbank-Direktorium etc.) voll auf den Kurs der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände gesetzt und sich den Glauben an ein neues Wirtschaftswunder bestärkt. Indessen ist die Lage unübersichtlich, hochgradig unsicher und voller Risiken.

Das produzierte Nationaleinkommen der DDR betrug 1989 273,5 Mrd. Mark, das sind 16.779 Mark je Einwohner. Das Nationaleinkommen ist wesentlich kleiner als das in der westlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnete Bruttoinlandsprodukt (BIP, das im Ausmaß des Saldos der Einkommen vom und in das Ausland vom Bruttosozialprodukt abweicht), da es nur die Nettoproduktion der "produzierenden" Bereiche enthält, nicht dagegen den Staat und Teile der Dienstleistungsproduktion. Erstmals hat die DDR-Statistik für 1989 das Bruttoinlandsprodukt errechnet, das mit rund 353 Mrd. Mark angegeben wird. Diese Größe entspricht etwa dem BIP des Landes Baden-Württemberg - in DM ausgedrückt. Unterstellt man einen Umrechnungskurs Mark:DM von 1:1, so macht das BIP der DDR überschlägig 16% des BIP der BRD aus. In diesem Jahr (1990) wird allerdings mit einem Rückgang des Nationaleinkommens in der DDR von 5% gerechnet.

Betrug das Nationaleinkommen je Einwohner 1988 in der DDR 16.105 Mark, so lag das errechnete BIP je Einwohner bei etwa 20.663 Mark. In der BRD betrug dagegen das BSP (in laufenden Preisen) je Einwohner 1988 etwa 34.665 DM. Bei einem unterstellten Umrechnungskurs von 1:1 erreichte die DDR mithin ein BSP je Einwohner in Höhe von 59,6% des bundesdeutschen Wertes. Dieser Wert ist deshalb relativ hoch, weil in der DDR ein größerer Anteil der Bevölkerung erwerbstätig ist als in der BRD.

Ein internationaler Vergleich des Sozialproduktes je Einwohner ist nur aussagekräftig, wenn Kaufkraftparitäten berücksichtigt werden, da die offiziellen Wechselkurse meist nicht den Kaufkraftparitäten entsprechen. Für die EG-Länder liegen derartige Berechnungen vor (vgl. Tabelle 1). In den "Materialien zum Bericht zur Lage im geteilten Deutschland 1987" (BT-Drucksache 11/11) werden Kaufkraftparitäten zwischen DM und Mark für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes errechnet. Legt man für das Jahr 1985 der Berechnung die Verbrauchsstruktur der BRD zugrunde, so stellt die Mark ein Äquivalent zu 0,89 DM dar; legt man hingegen die Verbrauchsstruktur der DDR zugrunde, so hat die Mark indessen eine

Kaufkraft von 1,24 DM. Der große Unterschied zwischen den beiden Angaben beruht auf dem unterschiedlich zusammengesetzten Warenkorb, der für die Lebenshaltung im Osten bzw. im Westen maßgeblich ist.

Rechnet man das für 1989 erstmals angegebene BIP entsprechend den Wachstumsraten des produzierten Nationaleinkommens zurück auf das Jahr 1985, so ergibt sich ein BIP von 307 Mrd. Mark; das BIP je Einwohner in der DDR lag damit 1985 bei 18.494 Mark, was - je nach unterstellter Kaufkraftparität - 73 bis 102% des EG-Durchschnitts entspricht. Damit liegt das Einkommensniveau in der DDR deutlich über dem Niveau von Portugal, Griechenland und Irland. Es liegt sogar über dem Niveau von Spanien. Gemessen am bundesdeutschen Niveau lag das BIP je Einwohner, berechnet in Kaufkraftparitäten, zwischen 64 bis 89%. Damit wird deutlich, daß der durchschnittliche materielle Lebensstandard in der DDR durchaus nicht so niedrig liegt. Der entscheidende Mangel war vielmehr der schmale Warenkorb (konsumtives Inlandsangebot) mit relativ schlechter Produktqualität.

In den "Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland" von 1987 wurde die Wirtschaftsleistung je Einwohner in der DDR sogar auf 76% des BRD-Niveaus geschätzt (1983). Verschiedene internationale Schätzungen bewegen sich in der Bandbreite von 45 bis 70% des BRD-Niveaus (Materialien, S. 480). Bei diesen Vergleichen ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Abstand beim Einkommen je Beschäftigten in der DDR viel größer ist (in den "Materialien" wurde die Wirtschaftsleistung je Beschäftigten in der DDR lediglich auf 49% des Niveaus der BRD für das Jahr 1983 geschätzt). Mithin kann das relativ höhere Niveau des Einkommens je Einwohner nur durch die hohe Frauenerwerbstätigkeit erreicht werden.

Gelegentlich wird in der öffentlichen Diskussion behauptet, die DDR sei auf dem Entwicklungsniveau eines Schwellenlandes. Nimmt man das BSP je Einwohner in US-\$ 1987 für Südkorea mit 2.690 US-\$ als Vergleichsmaßstab, dann dürfte die DDR um ein Mehrfaches darüber liegen. Nach überschlägigen Berechnungen dürfte die DDR mit 10.285 US-\$ je Einwohner 1987 (Umrechnung Mark:DM 1:1, 1 US-\$ = 1,7982 DM) deutlich über den Werten von Hongkong und Singapur rangieren (8.269 bzw. 7.940 US-\$), die freilich als Stadtstaaten wohl kaum als typische Schwellenländer bezeichnet werden können.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 1985 in DM in Kaufkraftparitäten

	in DM	Index
BRD	25.700	114,7
Belgien	22.800	101,8
Dänemark	26.200	117,0
Frankreich	24.800	110,7
Griechenland	12.800	57,1
Großbritannien und Nordirland	23.200	103,6
Irland	14.600	65,2
Italien	23.200	103,6
Luxemburg	27.800	124,1
Niederlande	24.100	107,6
Portugal	11.700	52,2
Spanien	16.100	71,9
EG-Länder insgesamt	22.400	100
DDR (in Mark) nach Kaufkraftparität zur DM, berechnet nach		
- Verbrauchsstruktur in der BRD ^a (I)	16.460	73,5
- Verbrauchsstruktur in der DDR ^a (II)	22.933	102,4
- dem Durchschnitt aus I und II	19.697	87,9

a Umrechnungsfaktor 0,89 bzw. 1,24 für einen 4-Personen-Haushalt (Lebenshaltung insgesamt, einschl. Miete), nach: Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, BT- Drucksache 11/11, S. 513, 516. Das BIP 1985 der DDR wird auf 307 Mrd. Mark geschätzt.

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1989 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 651; eigene Berechnungen

1983 lag die DDR in der Weltrangliste der größten Industrieländer auf dem 15. Platz, in der Rangliste der Exportländer (Anteil am Welthandel) auf dem 16. Platz. In den letzten Jahren wurde freilich immer deutlicher, daß die Investitionstätigkeit zugunsten des privaten Konsums stark vernachlässigt worden war; im internationalen Wettbewerb konnte die DDR immer weniger mithalten, der Importbedarf nahm zu, Grenzen der Exportfähigkeit und der Auslandsverschuldung waren erreicht. Grundlegende Strukturreformen waren unvermeidbar geworden.

Die Beschäftigungsstruktur der DDR-Wirtschaft ist durch einen sehr hohen Anteil der Land- und Forstwirtschaft und des produzierenden Gewerbes gekennzeichnet, während der Dienstleistungsbereich mit Ausnahme des Staates und der Organisationen ohne Erwerbscharakter sehr schwach ausgeprägt ist. Von den 8,9 Millionen Erwerbstätigen (einschließlich Lehrlingen) arbeiten noch gut 800.000 in der Landwirtschaft, 3,3 Millionen in der Industrie und ca. 1,9 Millionen beim Staat. Die

Industriestruktur wird dominiert vom Maschinen- und Fahrzeugbau, der Leichtindustrie, der Elektrotechnik und der Chemischen Industrie. In der Industrie liegt der Frauenanteil mit 41,5% vergleichsweise hoch.

Tabelle 2: Struktur der Beschäftigten (ohne Lehrlinge) in der DDR am 30.9.1989 (in 1000)

Industrie	3.360
davon	
Energie- und Brennstoffindustrie	215
Chemische Industrie	333
Metallurgie	131
Baumaschinenindustrie	97
Wasserwirtschaft	24
Maschinen- und Fahrzeugbau	988
Elektrotechnik, Elektronik,	
Gerätebau	487
Leichtindustrie	
(ohne Textilindustrie)	541
Textilindustrie	222
Lebensmittelindustrie	322
Bauwirtschaft	588
Land- und Forstwirtschaft	836
Verkehr-, Post-, Fernmeldewesen	580
Handel	785
sonstige produzierende Bereiche	230
dienstleistende Wirtschaft	247
Staat insgesamt	1.898
davon	
Wissenschaft und Forschung	42
Bildungswesen	486
Kultur und Kunst	82
Gesundheitswesen	332
Körperkultur und Sport	8
Erholungswesen, Touristik	20
"X-Bereich" (Staat, Polizei, Berufsarmee, Zoll)	810

Quelle: Berechnungen nach Sozialreport 1990, S. 79/80

Tabelle 3: Struktur der Erwerbstätigkeit 1987(1)

	in 1000	in v.H.
Land- und Forstwirtschaft	929	10,8
Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe	3.479	40,6
Baugewerbe	569	6,6
Handel, Gaststätten	881	10,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	633	7,4
Sonstige Wirtschaftsbereiche	2.080	24,3
Insgesamt	8.571	100,0

(1) Ohne Lehrlinge (1987:384.000)

Überwiegend positiv wird die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen beurteilt. Der Anteil der Facharbeiter und Fachschulabsolventen ist in der DDR deutlich höher als in der BRD, jedoch ist der Anteil der Hochschulabsolventen etwas niedriger.

Ein großer Teil des Sachkapitalstocks in der DDR ist veraltet und kann nur mit Hilfe von hohem Reparaturaufwand noch genutzt werden. 1989 hatten nur 12,0% der Ausrüstungsgüter ein Alter von unter 2 Jahren, 68,0% lagen in der Bandbreite von 2 bis 22 Jahren und 20% waren sogar älter als 22 Jahre. Die normale Nutzungsdauer wird mit 22,2 Jahren in der Industrie angegeben. Mithin muß ein beträchtlicher Teil des Anlagenbestandes als völlig verschlissen angesehen werden.

Was die Produktivität der DDR-Wirtschaft angeht, so liegen hierzu unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Angaben vor. In den "Materialien" wurde die Wirtschaftsleistung je Beschäftigten für 1983 - wie bereits erwähnt - auf 49% des BRD-Niveaus geschätzt. Berechnet man die für die Herstellung von 1000 Mark bzw. DM Nettoindustrieproduktion notwendige Arbeitszeit, dann ergibt sich für 1987 ein Wert von 5,06 Stunden in der BRD und von 7,3 Stunden in der DDR. Damit wäre die DDR-Industrie um rund 44% weniger produktiv als die bundesdeutsche Industrie. Im Maschinen- und Fahrzeugbau ist der Abstand der DDR mit 75% besonders groß, ebenso in der Elektroindustrie (83%). Derartige Produktivitätsvergleiche sind außerordentlich grob, da sie nicht die unterschiedliche Qualität der Produkte berücksichtigen. Die Qualitätsdifferenzen werden durch die Brutto- oder Nettoproduktionsziffern nicht richtig widgespiegelt.

Der erhebliche Produktivitätsrückstand in der DDR erklärt sich aus den folgenden unterschiedlichen Faktoren:

- geringere durchschnittliche Arbeitsintensität,
- schlechte Arbeitsmoral, Abwesenheitszeiten etc.,
- unzulängliche Arbeitsorganisation (Leerlauf, Stillstandszeiten, Fehallokation von Personal, schlechtes Management),
- schlechte und zu langsame Verfügbarkeit von Produktionsmitteln, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (schlechte Produktqualität, zu lange Lieferzeiten für Vorprodukte etc.),
- zu geringe Arbeitsteilung und Spezialisierung und damit viel zu große Fertigungstiefe,
- "Vergreisung" des Kapitalstocks (zu lange Nutzungsdauer, übermäßige Abnutzung),

- hohe Belastung der Natur beim Einsatz des Kapitalstocks,
- technologische Unterlegenheit bei Neuinvestitionen gegenüber westlichen Standards (zu niedrige Importquoten, Devisenknappeit, COCOM-Diskriminierung, etc.),
- Rückstand bei der Forschung und Entwicklung sowie zu langsame Umsetzung der F&E-Ergebnisse in die Produktion,
- Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften,
- unzureichende Nutzung von Massenproduktionsvorteilen,
- zu geringer Auslastungsgrad des Kapitalstocks infolge von Zulieferermängeln, Ausfallzeiten etc.,
- Mängel in der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur.

Eine Gewichtung dieser Faktoren ist nicht möglich, jedoch dürften sie allesamt in nahezu allen Bereichen relevant sein. Da jedoch einige dieser Schwächen bereits kurzfristig beseitigbar sind, ist mit raschen Produktivitätssteigerungen in der kommenden Zeit zu rechnen.

1988 exportierte die DDR Waren im Wert von 90,2 Mrd. Valutamark (VM) und importierte Güter im Umfang von 87,2 Mrd. VM. Umgerechnet in DM (1 VM = 0,617 DM) entspricht dies einem Export- bzw. Importvolumen von 52 bzw. 50 Mrd. DM. Das sind nur 9,1% der Exporte der BRD bzw. 11,4% der bundesdeutschen Importe. Die Exportquote der DDR-Wirtschaft - hier berechnet als Ausfuhr in VM bezogen auf das produzierte Nationaleinkommen - betrug 1987 34,4%, die entsprechende Importquote 33,2%. In den "Materialien" wurde eine Exportquote - bezogen auf ein rechnerisches Bruttoinlandsprodukt - für das Jahr 1980 in Höhe von 25% geschätzt (S. 598). Seither dürfte die Außenhandelsverflechtung kaum gestiegen sein. 1987 betrug die Exportquote der BRD 33,5%, jedoch trügt dieser Vergleich: Kleine Länder haben in der Regel eine wesentlich höhere Außenhandelsverflechtung, so daß die DDR bei gleichem Grad der Außenhandelsverflechtung eine deutlich höhere Exportquote als die BRD haben müßte.

Rund 2/3 des Außenhandels werden mit RGW-Ländern abgewickelt, der überwiegende Teil davon mit der Sowjetunion. Nur 27% des Außenhandelsumsatzes entfallen auf den Handel mit westlichen Industrieländern (1987), davon die Hälfte auf den "innerdeutschen" Handel. Der Außenhandel mit anderen EG-Ländern macht nur 5% des gesamten DDR-Außenhandels aus. Der Außenhandelsumsatz liegt bei 6.100 DM pro Kopf der Bevölkerung, das sind knapp 40% des Wertes in der BRD.

Insgesamt weist die DDR für ein kleines Land eine viel zu breite Pro-

duktpalette auf. Die Außenhandelsverflechtung und damit die internationale Arbeitsteilung ist nicht nur viel zu gering, sondern konzentriert sich zudem auch überwiegend auf RGW-Länder mit einem deutlich niedrigeren Entwicklungsgrad. Die Exporte in die kapitalistischen Industrieländer sind vor allem wegen der günstigen Preise bei hinreichen- der bzw. niedriger Produktqualität sowie durch staatliche Subventionierung der West-Exporte wettbewerbsfähig. Ein vermutlich beträchtlicher Teil der Außenhandelsüberschüsse mußte für den Schuldendienst aufgebracht werden; wie mittlerweile bekannt wurde, liegt die Auslandsverschuldung der DDR bei etwa 20 Mrd. US-\$.

2.2 Ökonomische Gefahren des schnellen Anschlusses

Die Bevölkerung der DDR hat sich mehrheitlich für eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsform entschieden, die durch einen schnellen Anschluß an die BRD durchgesetzt werden soll. Damit wird die DDR-Wirtschaft kurzfristig einem Angebotsschock ausgesetzt, der zu einer tiefgreifenden Restrukturierungskrise führen wird. Der Konkurrenzzwang verursacht die folgenden Anpassungsprozesse:

- Gegenüber der Weltmarktkonkurrenz unrentables Sachkapital wird stillgelegt. Dies betrifft zunächst den intrasektoralen Strukturwandel.
- Im intersektoralen Strukturwandel ist die DDR zu einer vollständigen Umstellung der Branchenstruktur gezwungen. Die viel zu breite, am Prinzip der "Selbstversorgung" (Autarkie) ausgerichtete Produktpalette muß so eingeschränkt werden, daß in der mittleren Frist komparative Vorteile im internationalen Handel genutzt werden können. Möglicherweise müssen komplette Branchen "wegenanisiert" werden. Export- und Importquoten müssen drastisch gesteigert werden. Fraglich ist dabei, ob die Außenhandelsverflechtung mit den RGW-Ländern beibehalten werden kann. Der marktwirtschaftlichen Dynamik nach müßte sich die außenwirtschaftliche Verflechtung vollständig auf andere Länder konzentrieren, so daß die RGW-Handelsbeziehungen auf ein Niveau abschmelzen, welches dem der anderen westeuropäischen Länder entspricht. Dies betrifft nicht notwendigerweise die absolute Höhe der Handelsströme zwischen der DDR und den anderen RGW-Ländern, sondern ihren Stellenwert in den gesamten Außenhandelsbeziehungen.

- Die Preisstrukturen und das Preisniveau werden sich dem Weltmarktniveau, und das heißt in diesem Fall: dem Muster der BRD, anpassen.
- Es wird ein Arbeitsmarkt hergestellt, der das Recht auf Arbeit durch den Zwang zur einzelwirtschaftlichen Konkurrenz ersetzt. Verdeckte Arbeitslosigkeit wird "ausgeschwitzt". Der Umfang der Staatsaktivität und der Staatsbeschäftigung wird zusammengeschrumpft. Es entstehen vollkommen neue Lohnstrukturen.
- Die alte Währung, eine reine Binnenwährung, wird durch eine weltmarktfähige Hartwährung ersetzt.
- Die DDR-Wirtschaft wird auf längere Sicht eine Netto-Kapitalimport-Region, die auf den Kapitalzufluss durch externe Investoren angewiesen ist. Hieraus ergibt sich von Anfang an eine starke Abhängigkeit.
- Das alte System der staatlichen Finanzpolitik wird vollständig ersetzt durch einen föderalen Staatsaufbau mit einem vollständig veränderten Steuersystem. Die öffentlichen Haushalte werden auf eine vergleichsweise niedriges Niveau zurückgeführt, die Staatsausgaben knapp gehalten.

Kurzfristige Arbeitsplatzverluste in der Industrie: Bei einer schnellen Herstellung einer Währungs- und Wirtschaftsunion mit der BRD wird die Wirtschaft der DDR, obwohl 20 bis 25 Jahre gegenüber der BRD im Entwicklungsrückstand, schockartig der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Keiner kennt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft genau, da sich der bisherige Außenhandel unter den Bedingungen des staatlichen Außenhandelsmonopols vollzog; Exporte wurden subventioniert, Importe politisch kontrolliert und minimiert. Fortan unterliegen die Exporte der DDR dem vollen Weltmarktwettbewerb, da Subventionen an staatliche Betriebe entfallen werden, und die Produktion für den Binnenmarkt unterliegt der uneingeschränkten Importkonkurrenz. Dies betrifft in erster Linie die Entwicklung der Industrie einschließlich des Bergbaus mit ihren rund 3,3 Millionen Arbeitsplätzen. Bildlich gesprochen: Der Wettbewerbsschock, der mit der Währungsunion ausgelöst wird, führt zu einem ungleichen Wettbewerb: Eine halbkranke Seniorenriege muß gegen Olympiamannschaften antreten.

Die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie hängt kurzfristig vor allem von den folgenden Faktoren ab:

- Produktqualität und Produktpalette,
- preisliche Wettbewerbsfähigkeit,
- Fähigkeit zu rascher Produktivitätssteigerung.

Kurzfristig kann die Produktpalette allenfalls verkleinert und bereinigt werden, neue Produkte können kurzfristig wohl kaum in größerem Maße produziert werden. Deshalb nimmt der Druck der Zulieferung von bundesdeutschen und ausländischen Unternehmen einen hohen Stellenwert ein. Möglicherweise kann aber die Produktqualität bereits kurzfristig etwas verbessert werden.

Demgegenüber ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von untergeordneter Bedeutung. Bei einer 1:1-Umstellung würden die bisherigen durchschnittlichen Bruttolöhne von 1.300 Mark etwa 1/3 des durchschnittlichen Bruttolohnniveaus (einschließlich Lohnnebenkosten) der BRD ausmachen. Hinzu kommt, daß die wegfallenden Objektsubventionen für Konsumgüter durch Lohnsteigerungen kompensiert werden sollen, so daß sich Durchschnittslöhne in der Größenordnung von ca. 1.700 DM ergeben könnten. Jedoch würden fortan Lohnnebenkosten in Form von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung anfallen, so daß die Bruttolohnkosten auf etwa 2.000 DM ansteigen. Bei einem durchschnittlichen Produktivitätsgefälle von etwa 50% zur BRD - unterstellt, es bliebe vorerst unverändert - entsprechen die durchschnittlichen Lohnstückkosten ungefähr dem BRD-Niveau. Gleichwohl ist es fraglich, ob alle Industriebetriebe der DDR preislich wettbewerbsfähig wären, viele werden es schon wegen der mangelnden Produktqualität nicht sein. In diesem Fall kommt es zu Entlassungen, die Nominallöhne werden tendenziell sinken. Da gleichzeitig das Steuersystem der DDR umgestellt werden muß und es möglicherweise zu Lohnsteuererhöhungen kommen wird, dürfte es unsicher sein, ob die Nettolöhne in der DDR hinreichend hoch sind, um Abwanderung gen Westen zu verhindern und kaufkräftige Nachfrage vor Ort zu entwickeln. Weil die Währungsunion kurzfristig wie ein Konjunkturprogramm in der BRD wirken und damit auch zu einem größeren Arbeitsplatzangebot in der BRD führen wird, dürften durchaus Abwanderungsanreize bestehen.

Dies gilt um so mehr, wenn von vorneherein der Umstellungskurs auf 2 Mark : 1 DM oder eine ähnlich ungünstigere Relation für die DDR-Arbeitnehmer festgelegt würde. In diesem Fall ergäben sich Bruttominallöhne in der Größenordnung von 1.200 DM, die mit Sicherheit nicht

existenzsichernd wären und eine starke Abwanderungstendenz induzieren, zumal sie unter dem Arbeitslosengeld in der BRD liegen. Noch prekärer wäre die Lage für Arbeitslose in der DDR, deren Lohnersatzleistungen auf etwa 68% des bisherigen Nettolohnes festgesetzt würden und damit in der Regel deutlich unter dem Sozialhilfeneuau in der BRD zu liegen kämen. Ob nach dem Umtausch in der Relation 2:1 Nominallohnsteigerungen eintreten, hängt vor allem von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ab. Da sich die Gewerkschaften in der DDR noch in der Phase der Neu-Formierung befinden und ihre Kampfkraft vorerst wohl noch begrenzt sein wird, kommt der Umtauschrelation und damit der Festlegung des Lohnsokkels eine wichtige Rolle zu.

Noch schlimmer wäre die Entwicklung, wenn sich Preissteigerungen einstellen, die über das Ausmaß des Subventionsabbaus (saldiert mit der Preisverbilligung bei denjenigen Gütern, auf die hohe Abgaben bislang gezahlt werden mußten) hinausgehen. Überdies wird die im Zuge der Währungsunion geplante und notwendige Einführung der Mehrwertsteuer zu einer entsprechenden Anhebung des Preisniveaus führen, für die es keinen Lohnausgleich gibt. Über kurz oder lang wird sich eine Preisangleichung an das Niveau und die Preisstruktur der BRD ergeben. Wird auch der Wohnungsmarkt rasch liberalisiert, ohne daß die Wohnungssubventionierung durch Wohngeldzahlungen in gleicher Höhe kompensiert wird, dann kommt es zu starken Nettoreallohnverlusten.

Die Preisangleichung auf den Gütermärkten wird sich weitgehend unabhängig von der Umtauschrelation Mark:DM einstellen: Sind die DDR-Produkte preislich wettbewerbsfähig, dann werden sie aus dem Osten wie aus dem Westen nachgefragt, so daß sich auch ein Wettbewerbsdruck auf das Preisniveau im Westen ergäbe. Auf offenen Gütermärkten lassen sich große Preisunterschiede nicht lange halten. Fraglich ist freilich, wie schnell sich das Preisniveau dem BRD-Niveau angleichen wird. In vielen Fällen, insbesondere bei den Mieten, könnte dies jedoch politisch gesteuert werden.

Die DDR-Industrie befindet sich in einem Dilemma, das durch die rasche Einführung der Währungsunion unausweichlich vorprogrammiert ist: Viele Industriezweige und die zugehörigen Arbeitsplätze sind nur dann kurzfristig noch leidlich wettbewerbsfähig, wenn sie preislich wettbewerbsfähig sind. Dies kann nur zu Nettoreallöhnen gewährleistet werden, die so niedrig sind, daß sie Abwanderungstendenzen induzieren. Vermindert werden könnte das Dilemma dadurch, daß Sozialversicherungsbeiträge, die

zu einem großen Teil ja Bestandteil der Lohnnebenkosten sind, von der Bundesregierung zu einem erheblichen Anteil während eines mittelfristigen Anpassungszeitraums finanziert werden. Ferner müßte die Lohnsteuerbelastung zunächst sehr niedrig ausfallen (d.h. der Staatshaushalt müßte zu einem beträchtlichen Teil von der Bundesregierung finanziert werden), und die Mietbelastung müßte zunächst auf dem derzeitigen Niveau eingefroren werden, damit die Nettoreallöhne ein Existenzminimum gewährleisten, das oberhalb der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe in der BRD läge.

Kurzum: Die schnelle Einführung der Währungsunion führt kurzfristig unvermeidbar entweder

- zu Massenarbeitslosigkeit und Abwanderungsdruck
- oder zu relativ günstiger Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie, jedoch auf einem Niedriglohniveau, das ebenfalls zu Abwanderung führt,
- oder zu massiven staatlichen Finanztransfers von West nach Ost, mit denen Betriebe, Beschäftigte und Arbeitslose auf einem Niveau der Lebenshaltung subventioniert werden, das die Abwanderung in Grenzen hält.

Da eine Umtauschrelation DM:Mark von 1:2 den Anforderungen nach Sicherung eines Lebensstandards der Beschäftigten oberhalb des Niveaus des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes im Westen nicht gerecht werden kann, sondern zu empfindlichen Einschränkungen des Lebensstandards in der DDR führen würde, die Massenabwanderungen in die BRD induzieren, ist ein 1:1-Umtausch unbedingt notwendig. Die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie müßte dann aber durch Anpassungs- und Umstellungssubventionen, die aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren sind, gefördert werden. Die Subventionierung der Umstellung der DDR-Industrie ist sicherlich längerfristig kostengünstiger und zudem sozialer als die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung bei Massenarbeitslosigkeit.

Wird ein solcher Weg massiver Subventionierung nicht beschritten, dann werden kurzfristig Arbeitsplätze in denjenigen Industriebetrieben vernichtet, deren Produktqualität, soweit sie nicht kurzfristig verbessert werden kann, so schlecht ist, daß die Nachfrage auf Güter besserer Qualität ausweicht. Hier ist zu vermuten, daß Billiganbieter aus der BRD und anderen Ländern mit Produktstandards, die als hinreichend empfunden werden, zahlreiche DDR-Betriebe in kurzer Zeit niederkonkurrieren werden. Hinzu kommt die Wirkung von Marktstrategien finanziertiger

Anbieter, die in der Phase der Markteinführung und "Markteroberung" in der DDR Verluste in Kauf nehmen und auf diese Art einen Verdrängungswettbewerb eingangsetzen.

In vielen anderen Betrieben kommt es auf die Fähigkeit zu rascher Produktivitätssteigerung an. Diese lässt sich im Prinzip in zwei Schüben steigern: Kurzfristig werden große Produktivitätspotentiale erschlossen, indem Arbeitsmoral und -disziplin gesteigert werden, unproduktive Personalreserven wie auch betriebliche Sozialleistungen (etwa Betriebs-Kindergärten etc.) abgebaut werden, die betriebliche Organisation verändert und das Management ausgetauscht werden. Hinzu kommt die schnelle Stilllegung verschlissener alter Anlagenteile. Dieser Produktivitätsschub ist mit Massenentlassungen verbunden. Allerdings sollte nicht verkannt werden, daß extreme soziale Unsicherheit auch kontraproduktive Effekte hervorbringt. Ein zweiter, vermutlich nicht so rascher Produktivitätsschub kann durch die technische Modernisierung des Kapitalstocks entstehen. Da ein großer Teil der Industriebetriebe der DDR angesichts einer offenbar beträchtlichen Verschuldung und fortan harter Preiskonkurrenz sowie angesichts unsicherer Kreditwürdigkeit auf westliches Beteiligungskapital angewiesen ist, ist - je nach erwarteter Renditeentwicklung - mit starker Zuwanderung bundesdeutscher und ausländischer Investoren zu rechnen. Auch hier besteht ein großes Dilemma: Je größer der Wettbewerbs- und Konkurrenzschok ist, desto notwendiger ist die Hilfe durch bundesdeutsche und ausländische Investoren. Diese haben jedoch nur dann Anreize für eine Kapitalbeteiligung, Kooperation oder Kreditvergabe, wenn die Produktpalette möglichst rasch bereinigt wird und der Modernisierungsprozeß schnell in die Wege geleitet wird. Dies forciert den ökonomischen "Sachzwang" zu Massenentlassungen wegen massiver Rationalisierung. Ein Teil der freigesetzten Beschäftigten wird jedoch in den im Aufbau befindlichen mittleren und kleineren Unternehmen einen Arbeitsplatz finden.

Hinzu kommt, daß zahlreiche Betriebe, die kurzfristig kaum lebensfähig sind, aber mittelfristig umstellbar wären, dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können und stillgelegt werden müssen. Es fehlt die Zeit für eine Umstellung der Unternehmenspolitik, des Produktprogramms, der Betriebsorganisation, für die Umschulung, es mangelt zudem an Eigenkapital und Kreditwürdigkeit. Es kann sich auch lediglich um vorübergehende Liquiditätsmängel handeln, die Betriebsschließungen verursachen können. In diesen Fällen kommt es zu unproduktiver Kapazitätsvernichtung, die bei einer sorgfältigen und behutsamen Umstellung vermeidbar wäre.

Der plötzliche harte Wettbewerb wird zu einer Veränderung der Lieferstrukturen in der DDR-Industrie führen: Die Kombinate hatten eine hohe Fertigungstiefe, die zur mangelnden Produktivität beigetragen hatte. Fortan werden viele Zulieferungen nicht mehr aus dem eigenen Kombinat kommen, auch nicht mehr aus der DDR oder anderen RGW-Ländern, sondern aus westlichen Ländern. Die West-Lieferungen werden rasch steigen. Damit werden die traditionellen Lieferstrukturen innerhalb der Industriekomplexe der DDR und des RGW aufgebrochen. Viele Betriebe werden erstmals mit Nachfragemangel konfrontiert. Es wird eine neue Art der Außenhandelsverflechtung aufgebaut. Wahrscheinlich werden die Importe aus der Sowjetunion und den anderen RGW-Ländern zurückgehen, so daß diese Länder wichtige Absatzmärkte verlieren. Ob dagegen die Exporte der DDR in die RGW-Länder - häufig gebunden an langfristige Verträge - aufrechterhalten werden können, ist fraglich, besonders dann, wenn die DDR-Lieferbetriebe stillgelegt werden müssen. Ob die für die RGW-Länder äußerst wichtigen Lieferbeziehungen aufrechterhalten werden, dürfte in erster Linie von der Zusage der Bezahlung in harter Währung abhängen.

Die sektorale Struktur der DDR-Industrie und deren Produktsortiment müssen radikal und kurzfristig umgestellt werden. Die alten Strukturen waren auf einen hohen Grad der Eigenversorgung des Landes und zudem auf eine Einbindung in die RGW-Wirtschaft ausgerichtet. Jetzt ist eine Anpassung an die Weltmarktstrukturen notwendig, insbesondere eine Anpassung an die Konkurrenz aus der BRD. In vielen Bereichen gibt es Überschneidungen des Produktsortimentes mit dem der bundesdeutschen Industrie. Für potentielle westdeutsche und ausländische Investoren stellt sich die Frage, ob der DDR-Markt von westdeutschen oder anderen Standorten aus bedient werden kann, ob Standortverlagerungen rentabel sind, ob zusätzliche Produktionsstätten in der DDR (in Verbindung mit dort existierenden Betrieben) zwecks Bedienung des DDR-Marktes und/oder des Weltmarktes, insbesondere auch des osteuropäischen Marktes aufgebaut werden sollen. Zweifellos ist mit erheblichen Kapitalimporten aus der BRD und anderen Ländern zu rechnen. Allerdings sind die Unsicherheiten hinsichtlich der Rahmenbedingungen sehr groß.

Jedoch sollte die Investitionsbereitschaft der bundesdeutschen Industrie nicht überschätzt werden. Der DDR-Markt, der ohnehin zumindest derzeit nicht sehr groß ist, läßt sich auch gut von westdeutschen Standorten aus bedienen. Schon kurzfristig ergeben sich gute Exportchancen, wenn DDR-Betriebe niederkonkurriert werden können. Sofern jedoch über einen längeren Zeitraum, evtl. sogar dauerhaft ein deutlich niedrigeres

Lohnniveau in der DDR erwartet werden kann, wäre durchaus auch die Auslagerung von Teilen bundesdeutscher Produktion in die DDR für viele Unternehmen bedenkenswert. Auf jeden Fall dürfte kurzfristig wohl kaum mit einer relevanten Anzahl neuer Arbeitsplätze in der DDR-Industrie in der Folge von Kapitallieferungen aus der Bundesrepublik zu rechnen sein. Das importierte Kapital dürfte in der Regel zur Sanierung der Industrie und zur grundlegenden Modernisierung mit massivem Arbeitsplatzabbau verwendet werden. Ob, wann und wieviele neue Arbeitsplätze längerfristig in der Industrie in der DDR entstehen werden, ist hochgradig ungewiß. Die im Zuge der Vorbereitung des EG-Binnenmarktes verschärzte Konkurrenz dürfte weiterhin eine verstärkte Orientierung auf die westeuropäischen Nachbarmärkte mit sich bringen. Eine gewisse Chance könnte in der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern bestehen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß kurzfristig die Hälfte bis zwei Drittel der industriellen Arbeitsplätze aus Gründen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit oder ökologischer Risiken gefährdet werden, also 1,6 bis gut 2 Millionen Arbeitsplätze. Das Umweltministerium der DDR verlautbarte, daß ca. 65.000 Arbeitsplätze in Betrieben bzw. Betriebsteilen mit extremer Umweltbelastung existierten. Wahrscheinlich dürfte die Zahl der aus Umweltschutzgründen gefährdeten Arbeitsplätze noch wesentlich höher liegen (insbesondere in der chemischen Industrie, im Braunkohlenbergbau, in der Energiewirtschaft, in der Zellstoffproduktion, in Teilen der Stahlindustrie etc.). Ein Teil der wettbewerbsbedrohten Arbeitsplätze könnte allerdings durchaus durch massive Subventionierung von Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen durch die Bundesregierung erhalten werden.

Kurzfristige Arbeitsplatzverluste außerhalb der Industrie: Besonders schwierig ist die Abschätzung möglicher kurzfristiger Arbeitsplatzverluste außerhalb der Industrie, nämlich in der Landwirtschaft und beim Staat.

Die Landwirtschaft der DDR ist, gemessen an BRD-Standards, sehr wenig produktiv und überbesetzt. Das Erzeugerpreisniveau ist wesentlich höher als in der BRD (vgl. "Materialien", S. 444). Sollte auch sie voll dem Wettbewerb ausgesetzt werden, ist mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten zu rechnen. Wenn in der DDR mittelfristig die gleiche Relation zwischen Wohnbevölkerung und der Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft

Erwerbstätigen hergestellt würde, dann blieben in diesem Sektor von den derzeit 836.000 Arbeitsplätzen nur noch etwa 340.000 übrig. Um das Abschmelzen dieses Sektors sozialverträglich zeitlich zu strecken, sollten seitens der Bundesregierung vorübergehend Agrarsubventionen gezahlt werden, um die DDR-Erzeugerpreise auf das in der BRD vorherrschende EG-Erzeugerpreisniveau herunter zu subventionieren.

Unsicher ist die Personalentwicklung im Bereich des Staates (ca. 1,9 Millionen Erwerbstätige), weil die künftige Struktur der öffentlichen Finanzen vollkommen ungeklärt ist. Die wichtigsten Staatseinnahmen stammten bisher aus den Gewinnabführungen der volkseigenen Betriebe, aus der Produktions- und Handelsfondsabgabe, aus den produktgebundenen Abgaben und den Beiträgen der Betriebe für gesellschaftliche Fonds. Rund 200 Mrd. Mark der 230 Mrd. Mark an Staatseinnahmen stammten aus den verschiedenen Produktabgaben. Diese Finanzierungsquellen werden vermutlich in kurzer Zeit abgeschafft werden. In dem Entwurf eines Staatsvertrages zwischen BRD und DDR, wie er von der Bundesregierung ausgearbeitet wurde, sind die weitgehende Übernahme des bundesdeutschen Steuersystems bis spätestens zum 1.1.1991 sowie eine strikte Begrenzung der Kreditaufnahme der DDR-Regierung vorgesehen. Sollte der bundesdeutsche Einkommensteuertarif übernommen werden, dann werden die staatlichen Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer infolge des niedrigen Lohnniveaus voraussichtlich nicht hoch ausfallen. Zusammen mit der Mehrwertsteuer und anderen Verbrauchsteuern könnten sie allenfalls die Hälfte der derzeitigen Staatseinnahmen ersetzen. Die zweite Hälfte müßte von der Bundesregierung finanziert werden, oder aber die Staatsausgaben müßten drastisch zusammengestrichen werden. Auf jeden Fall ist mit einer drakonischen Ausgabendisziplin in den nächsten Jahren zu rechnen. Ebenso wird sich die öffentliche Kreditaufnahme in engen Grenzen halten, da fortan öffentliche Kredite nur über Kapitalmärkte zu Marktkonditionen zu mobilisieren sein werden.

Nimmt man als Vergleichsmaßstab die Beschäftigung bei den Gebietskörperschaften in der BRD mit etwa 4,2 Millionen Arbeitnehmern (Vollzeit- und Teilzeitpersonal), dann wird man von einem kräftigen Personalabbau in diesem Sektor in der DDR ausgehen müssen. Dies gilt auch dann, wenn die Verwaltung neuer Bundesländer und eine flächendeckende Arbeitslosenversicherung aufgebaut werden. Hinzu kommt, daß aus diesem Bereich 85.000 Mitarbeiter der Staatssicherheit und ca. 40.000 SED-Funktionäre freigesetzt werden. Des Weiteren werden ca. 40.000 leitende Wirtschaftskader der Arbeitslosigkeit zugeführt. Bei gleicher Relation zwischen

Wohnbevölkerung und Personal im öffentlichen Dienst wie in der BRD müßte dieser Sektor in der DDR auf etwa 1,3 Millionen Personen reduziert werden (allerdings ist die Abgrenzung der Staatsbeschäftigung in der DDR und der BRD nicht identisch). Andererseits dürfte es zur Verlagerung von Verwaltungs- und Marketingfunktionen in die Betriebe kommen, die bislang in den Ministerien wahrgenommen worden sind. Es dürfte nicht unrealistisch sein, wenn in der Landwirtschaft und im Staatsapparat die Zahl der Arbeitsplätze um über 1 Million abgebaut wird.

Kurzfristige Arbeitsplatzgewinne: Neue Arbeitsplätze, die Verluste in den gleichen Sektoren bei weitem überkompensieren, werden bereits kurzfristig in den folgenden, überwiegend arbeitsintensiven Bereichen entstehen:

- im Einzelhandel und im Großhandel,
- im Handwerk jeder Art,
- bei Banken und Versicherungen,
- bei Post und Bahn,
- in Gaststätten, Restaurants und Hotels,
- in der Bauwirtschaft,
- in den sonstigen privaten Dienstleistungen.

Es dürfte durchaus nicht unrealistisch sein, daß in diesem Bereich kurzfristig bis zu einer Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen, freilich wohl nur in Verbindung mit Umschulungs-, Weiterbildungs- und Einarbeitungsprogrammen.

Unsere überschlägige Rechnung ergibt, daß kurz- und mittelfristig in der Industrie 1,6 bis 2 Millionen Arbeitsplätze gefährdet sind, ferner rund 0,5 Millionen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sowie etwa 0,5 Millionen im Staatssektor, während kurzfristig mit etwa 1 Million neuer Arbeitsplätze zu rechnen ist. Daraus errechnet sich ein Arbeitsplatzabbau für etwa 1,6 bis 2,0 Millionen Personen. Ob dies eintreten wird, hängt freilich maßgeblich von der Umtauschrelation der Währung, der tatsächlichen Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie, dem Umfang staatlicher Subventionen zur Strukturanpassung, dem Umfang der Finanztransfers der Bundesregierung sowie dem Verhalten der bundesdeutschen und ausländischen Investoren ab. Es muß zwar nicht so kommen, aber es kann so kommen.

Die Massenarbeitslosigkeit in der DDR wird vor allem die leistungsschwächeren Arbeitnehmer treffen. Dies sind wohl in erster Linie die Älteren,

aber auch ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen, insbesondere der alleinerziehenden erwerbstätigen Mütter. Problemgruppen am Arbeitsmarkt werden auch neben den alten leitenden "Kadern" in Politik und Wirtschaft viele Akademiker mit wirtschafts-, rechts- und sozialwissenschaftlicher Qualifikation sein, deren Qualifikationen weitgehend nicht mehr benötigt werden.

Die Massenarbeitslosigkeit wird begleitet sein von Fachkräftemangel auf allen Ebenen. Bei weiterhin günstiger Arbeitsmarktentwicklung in der BRD mit hohem Fachkräftebedarf ist ein anhaltender "brain drain" bei jüngeren Facharbeitern, gut ausgebildeten hochqualifizierten Arbeitskräften, beim Forschungspersonal, bei Ärzten, Informatikern etc. zu erwarten, die für die Restrukturierung der DDR-Wirtschaft dringend erforderlich sind. Dieser Fachkräftemangel kann zu einem ernsthaften und länger andauernden Wachstumshemmnis der DDR-Wirtschaft werden.

Ob es zu einer **fortdauernden Abwanderung** aus der DDR gen Westen kommen wird, wird vor allem von fünf Faktoren abhängen:

- vom Arbeitsplatzangebot in der BRD, d.h. von der konjunkturellen Entwicklung,
- vom Wohnungsangebot in der BRD,
- vom Nettolohngefälle,
- vom Sozialleistungsgefälle bei Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen,
- von den Erwartungen in die künftige Entwicklung der DDR.

Infolge der Knaptheit bzw. Nicht-Verfügbarkeit preisgünstigen Wohnraums in der BRD dürfte eine massenhafte Zuwanderung von jenen Arbeitslosen und anderen Sozialleistungsempfängern, deren Arbeitsmarktchancen in der BRD dauerhaft schlecht sind, nicht zu erwarten sein. Da die Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR voraussichtlich die günstige bundesdeutsche Konjunktur verlängern wird, ist eher mit der anhaltenden Zuwanderung von jüngeren Fachkräften aus der DDR zu rechnen.

Zweifellos ist in der DDR mit rasanten Produktivitätssteigerungen in der Industrie und in der Landwirtschaft zu rechnen. Die Folge davon wäre jedoch Massenarbeitslosigkeit. Dies kann die Grundlage für Nominallohnsteigerungen für die in der Industrie beschäftigten Erwerbspersonen sein. Jedoch steht dieser potentiellen Lohndynamik einerseits die unsichere, labile Wettbewerbsfähigkeit der als sanierbar und anpassungsfähig eingeschätzten Teile der Industrie entgegen, ferner die Tatsache, daß

Eigenkapital erwirtschaftet werden muß, um ein Mindestmaß an Selbstfinanzierungskraft der DDR-Unternehmen zu erreichen. Insofern ist selbst bei starken Gewerkschaften kaum mit einem Lohnanstieg zu rechnen, der mit der Produktivitätsentwicklung Schritt hält. Starke Lohnsteigerungen sind hingegen bei jenen Arbeitskräftegruppen zu erwarten, die am Arbeitsmarkt besonders knapp sind. Die Abwanderungsgefahr kann durchaus einen Druck auf das Lohnniveau entfalten.

Das Nettoreallohniveau ist überdies von der Preisentwicklung und der zukünftigen Abgabenbelastung abhängig und damit schwer vorherzusehen. Wie schon erwähnt, wird sich tendenziell eine Angleichung des Preisniveaus und der Preisstruktur an die BRD einstellen, so daß Güter und Dienstleistungen für den Grundbedarf wesentlich teurer werden, höherwertige Konsumgüter dagegen billiger (und überhaupt verfügbar). Insgesamt kann der zu erwartende Preisschub nur verkraftet werden, wenn die Subventionierung der Produkte umgelegt wird auf die entsprechende Erhöhung der Löhne und Sozialeinkommen. Besonders von Realeinkommenseinbußen betroffen werden die Kleinrentner, die Arbeitslosen und die Familien mit nur noch einem Verdienst sein. Eine drastische Realeinkommensminderung und in der Folge davon hohe Armut sind bei einer raschen Liberalisierung der Wohnungsmärkte zu erwarten. Daher kommt der Beibehaltung der staatlichen Kontrolle der Mieten eine zentrale Bedeutung für die Nettorealeinkommensentwicklung zu.

Über kurz oder lang wird sich die Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Lohnnebenkosten dem bundesdeutschen Muster anpassen. In der Übergangsphase läßt sich die Abgabenbelastung mildern, wenn die Arbeitslosen- und Rentenversicherung zu einem erheblichen Teil aus der BRD finanziert werden. Die Währungs- und Wirtschaftsunion mit voller Freiheit des Güter- und Dienstleistungsverkehrs kann nur dann im Sinne eines ungehinderten Wettbewerbs eingeführt werden, wenn zum gleichen Zeitpunkt die Mehrwertsteuer sowie andere in der BRD gültige Verbrauchsteuern (insbesondere die Mineralölsteuer) eingeführt werden. Daher ist mit einem kräftigen einmaligen Preisschub noch in diesem Jahr zu rechnen, der nicht durch Lohnausgleichszahlungen abgefangen werden kann. Insgesamt hat die Hoffnung auf schnelle und beträchtliche Nettoreallohnsteigerungen für alle Beschäftigten in der DDR keine realistische Grundlage.

Wird die Währungs- und Wirtschaftsunion inflationäre Folgewirkungen haben? Inflationäre Impulse könnten von der Währungsumstellung ausgehen, wenn eine kurzfristige Steigerung der Konsumnachfrage nach westlichen

Konsumgütern entsteht, die einerseits aus den Löhnen und Gehältern resultiert, andererseits aus den in DM umgetauschten Ersparnissen der DDR-Bevölkerung. Selbst wenn eine "Kaufwelle" bei West-Produkten entstehen sollte, wird man von einer hohen Angebotselastizität der bundesdeutschen und internationalen Konsumgüterproduktion ausgehen können, auch in der derzeit günstigen Konjunkturphase mit hoher Kapazitätsauslastung. Bei einem Umtauschkurs von 2:1 wird sich der "Konsum"rausch ohnehin in Grenzen halten, und viele Bürger werden ihre Ersparnisse aus dem Vorsichtsmotiv heraus zurückhalten. Andere werden allerdings in Erwartung steigender Preise ihre Ersparnisse rasch ausgeben. Diesen stehen diejenigen entgegen, die wegen befürchteter Arbeitslosigkeit zu sparen versuchen. Wenn die Nettokreditaufnahme im Staatshaushalt der DDR in Grenzen gehalten wird, und Bundesregierung und Bundesbank werden darauf dringen, wenn zudem die Bundesbank die Währungsunion mit einer restriktiven Geldpolitik begleitet, wird sich der inflationäre Impuls in Grenzen halten. Freilich werden sich in der BRD "normale" konjunkturelle Preissteigerungstendenzen einstellen.

Rechnet man überschlägig damit, daß etwa 30% der Einzelhandelsausgaben in der DDR nach der Währungsumstellung auf westliche Produkte aus der BRD und anderen Ländern entfallen werden, so sind dies bei einem Umtauschkurs von 1:1 rund 38 Mrd. DM (gemessen am Einzelhandelsumsatz von 1988: 127 Mrd. Mark). Rechnet man ferner, daß nur rund 10% der Ersparnisse von etwa 170 Mrd. DM (Umtausch-Annahme 1:1) für West-Produkte ausgegeben werden, dann entsteht ein Konsumstoß von 55 Mrd. DM, der sich vornehmlich auf langlebige Konsumgüter konzentriert. Allerdings stammen die marktstarken Anbieter in diesem Sektor nicht nur aus der BRD, sondern auch aus anderen europäischen Ländern sowie aus Fernost. Wir gehen davon aus, daß die Anbieter flexibel und rasch auf die zusätzliche Nachfrage reagieren können und sich die Preissteigerungsraten in Grenzen halten.

Anders sieht es auf den Märkten für Investitionsgüter aus. Angesichts hoher Kapazitätsauslastung, starker Spezialisierung und teilweise eingeschränkten Wettbewerbes sind durchaus Preissteigerungstendenzen bei bundesdeutschen Anbietern zu erwarten.

Sollte die Bundesbank jedoch mit einer extrem harten Geldpolitik ohne jegliche Inflationstoleranz agieren, so dürfte mit einer weiteren Zinssteigerung zu rechnen sein, die die Konjunktur in der BRD, namentlich die Bautätigkeit, empfindlich beeinträchtigen würde und die Sanierung von DDR-Unternehmen erheblich erschwert. Im Frühjahr 1990 lagen die

durchschnittlichen Renditen inländischer festverzinslicher Wertpapiere mit inzwischen über 9% noch deutlich unter den Höchstwerten von 1974 und 1981 mit jeweils 10,2%, jedoch ist das Realzinsniveau mittlerweile auf einen extrem hohen Stand, der nur knapp unter dem Höchststand von 1981 (6,4%) liegt, geklettert. Und die Tendenz ist noch steigend. Von den schädlichen Konjunkturwirkungen der Zinssteigerungstendenz, die im Falle einer starken Kapitalmarktbela stung noch forcierter würde, gehen erhebliche Risiken für die Währungs- und Wirtschaftsunion aus. Auch für die internationale Konjunkturentwicklung, die im kommenden Jahr vor allem in den USA und England Schwächetendenzen zeigt, wären weitere Zinssteigerungen äußerst schädlich. Im Falle eines konjunkturellen Rückschlags, der schon in den Jahren 1965/66, 1974 und 1980 durch eine restriktive Geldpolitik (allerdings bei höheren Inflationsraten als derzeit) mitverursacht wurde, käme es zu empfindlichen Steuermindereinnahmen, wodurch die Zahlung von Transfers in die DDR erheblich erschwert würde. Allerdings ist derzeit wie auch für das Jahr 1991 eine konjunkturelle Abschwächung trotz der hohen Realzinsen nicht erkennbar; im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß die Währungsunion zu einem massiven Konjunkturförderungsprogramm für die BRD wird, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen werden, die einen Zuwanderungssog verursachen. Und zwar wird der kurzfristige konjunkturelle Effekt für die BRD um so stärker ausfallen, je schwächer die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie ist. Insofern ist es nicht unrealistisch, daß die Konjunkturforschungsinstitute in ihrem jüngsten Frühjahrsgutachten die Wachstumsprognose für 1991 von 2,5 auf 3,75 Prozent angehoben haben. Sie erwarten von der deutsch-deutschen Vereinigung einen konjunkturellen Nachfrageimpuls im Umfang von 35 bis 40 Mrd. DM.

Wie sehen nun die mittel- und längerfristigen Wachstumschancen für die DDR aus? Die Restrukturierungskrise ist notwendige und unvermeidbare Voraussetzung für einen neuen Wachstumsschub mit einer kräftigen Kapitalbildung in der DDR. Insofern sieht die wirtschaftliche Lage mittel- und längerfristig wesentlich günstiger als kurzfristig aus. Gleichwohl bleibt es hochgradig unsicher, ob der DDR auch langfristig der Anschluß an das wirtschaftliche Niveau der BRD gelingen wird oder ob sich ein dauerhaftes Leistungs- und Entwicklungsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland herausbilden wird.

Hinzu kommt, daß bereits derzeit in der DDR selbst erhebliche regionale Ungleichgewichte existieren, die sich unter ungünstigen Umständen noch vertiefen können. Vieles spricht dafür, daß sich die bisher schon

zentrale Stellung von Berlin zukünftig noch verstärken wird, während der Entwicklungsrückstand des Nordens des Landes bleibt.

In den nächsten Jahren ist, wie erwähnt, in der DDR mit einer Zahl von Arbeitslosen in der Größenordnung von 2 Millionen zu rechnen. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität wird wesentlich höher ausfallen als das Wachstum des Sozialproduktes. Zwar entstehen auch rasch neue Arbeitsplätze (vgl. oben), aber die Verluste überwiegen die Zugewinne. Längerfristig ist mit starkem industriell Wachstum zu rechnen. Die Zeitverschiebung kommt vor allem dadurch zustande, daß der erforderliche Abbau bisheriger Produktionsanlagen im Prozeß der Restrukturierung Zeit benötigt, ebenso der Aufbau neuer Sachkapitalanlagen und der Infrastruktur, die Requalifizierung der Arbeitskräfte und die Schaffung neuer rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen. Ein "Vorteil" der Schocktherapie infolge der raschen ökonomischen Vereinigung der deutsch-deutschen Wirtschaftsräume könnte in einer vergleichsweise kurzen Restrukturierungskrise liegen (im Vergleich etwa zu Polen, Ungarn oder der CSSR).

Wenn im Wirtschaftsgebiet der DDR innerhalb von zehn Jahren das derzeitige Einkommensniveau der BRD (BSP je Einwohner) aufgeholt werden soll, wäre dort ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5,3% (real, bei angenommener gleicher Bevölkerungszahl) notwendig. Geht man von einem Wachstumstrend in der BRD in den kommenden 10 Jahren von 2,5% aus, dann müßte das Wirtschaftswachstum in der DDR sogar bei 7,9% liegen, wenn innerhalb eines Jahrzehntes mit der Bundesrepublik gleichgezogen werden sollte. Derartige Wachstumsraten sind jedoch unwahrscheinlich. Sie können nur unter sehr günstigen, jedoch unrealistischen Bedingungen erreicht werden. Ein derartiges Wirtschaftswachstum wäre zudem ökologisch nur dann vertretbar, wenn es nicht nur mit der Altlastensanierung gekoppelt ist, sondern auch die Schadstoffemissionen deutlich reduziert und keine neuen Umweltschädigungen hervorruft.

Vielfach wird auf das "Wirtschaftswunder" der BRD in den 50er Jahren verwiesen, als das BSP je Einwohner um 6,8% p.a. anstieg und die Beschäftigung um mehr als 5 Millionen Personen zunahm. Jedoch kam diese Entwicklung nur unter Sonderbedingungen zustande, die es nur unter seltenen historischen Umständen gibt. Folgende Überlegungen sprechen dagegen, daß die längerfristigen Entwicklungsperspektiven dem Muster der 50er Jahre in der BRD folgen werden:

- Eine der entscheidenden Voraussetzungen für das "Wirtschaftswunder" der 50er Jahre war die Herausbildung nationaler Produktionsverflechtungen zwischen den verschiedenen Industrie- und Dienstleistungssektoren, wodurch industrielle regionale Produktionskomplexe mit hohem regionalem und nationalem Wertschöpfungsanteil entstanden. Die Importquote der BRD war zu Beginn der 50er Jahre relativ niedrig. Insbesondere wurden leistungsfähige große Schwerindustriesektoren und Investitionsgüterindustrien aufgebaut (Akzeleratoreffekte). In der DDR ist in viel geringerem Maße mit Produktionskreisläufen innerhalb des Gebietes der DDR zu rechnen, da die alten Liefer- und Verflechtungsstrukturen weitgehend zerstört und neue Lieferbeziehungen mit regionsexternen Unternehmen aufgebaut werden müssen. Die Akzeleratoreffekte fallen entsprechend geringer aus. Die Importquote muß mit Beginn der Währungsunion sehr hoch sein, denn die Lieferung hochwertiger Produktionsanlagen und dauerhafter Konsumgüter ist erforderlich. Auf längere Sicht wird das Wirtschaftsgebiet der DDR wohl hinsichtlich der Handelsbilanz ein Defizitgebiet bleiben. Dies mindert tendenziell das Wirtschaftswachstum.
- Aufgrund des Angebotsschocks und des sofortigen internationalen Wettbewerbsdrucks wird die anfängliche Kapazitätsvernichtung sehr hoch ausfallen, während nach Kriegsende in den Westzonen bzw. der BRD nur ein relativ kleiner Teil der Industrie zerstört wurde. Zudem war der Binnenmarkt der BRD durch fehlende Währungskonvertibilität und Außenzölle geschützt. Der internationale Wettbewerb war darüber hinaus wesentlich schwächer, da sich die meisten westeuropäischen Handelspartnerländer in einer ähnlichen Entwicklungsphase befanden.
- Eine entscheidende Wachstumsvoraussetzung war das große und qualifizierte Arbeitskräftepotential; anstelle von Abwanderungsgefahr herrschten starke Zuwanderungsströme aus dem Osten vor. Die DDR wird ständig von Abwanderungsgefahr, namentlich auch bei hochqualifizierten Arbeitskräften, bedroht sein.
- In der DDR existiert nur ein vergleichsweise geringes "endogenes" Potential für mittelständische Unternehmen von gebietsansässigen Kapitaleignern; kleinen Selbständigen aus der DDR fehlt in der Regel das erforderliche Minimum an Eigenkapital für den Aufbau leistungsfähiger Betriebe (Ausnahme: Handwerksbetriebe). Zudem ist das erforderliche Kapitalminimum heute höher. Daher wird das Wirtschaftsgebiet der DDR von "gebietsfremden" westdeutschen und ausländischen großen und mittleren Unternehmen kontrolliert werden, in deren Unternehmensstrategien mehrere

oder viele Standorte berücksichtigt werden müssen. Hinzu kommt, daß unternehmerische Mentalität seit Jahrzehnten nicht kultiviert wurde; sie kann sich erfahrungsgemäß nicht in kurzer Zeit bei einer größeren Personengruppe herausbilden. Das bundesdeutsche "Wirtschaftswunder" wurde maßgeblich von mittelständischen Unternehmen mitgetragen.

- Die eigenständigen Ersparnisse und die daraus folgende Kapitalbildung sind in der DDR relativ gering, erstens weil die Bevölkerung rasch einen höheren Konsumstandard erlangen will, und zweitens weil infolge der relativ nivellierten Einkommensverteilung in der DDR nur ein kleiner Teil der Bevölkerung über größere Ersparnisse oder Produktivvermögen verfügt, anders als in Westdeutschland nach Kriegsende.
- Das "Wirtschaftswunder" der 50er Jahre wurde auch ermöglicht, indem auf Umweltinvestitionen weitgehend verzichtet wurde. Insofern wurden damals die ökologischen Altlasten von heute produziert. In der DDR hingegen ist derzeit das Ausmaß der Umweltbelastung so groß, daß hier riesiger akuter Sanierungsbedarf besteht. Die Altlasten sind bereits in extremer Weise vorhanden. Umweltinvestitionen erhöhen in der Regel den Kapitalbedarf und sind betriebswirtschaftlich betrachtet "tote Kosten", die nicht zur Produktionssteigerung beitragen (Ausnahme: Betriebe, die selbst Umweltschutzgüter produzieren), jedoch gesamtwirtschaftlich rentabel sind.

Günstigere Wachstumsvoraussetzungen als in den 50er Jahren in der BRD gelten dagegen in der DDR aus den beiden folgenden Gründen: Die bundesdeutsche Unternehmerschaft und auch ausländische Investoren sind zu massiven Kapitalanlagen fähig und zu einem großen Teil wohl auch bereit, Direktinvestitionen zu leisten. Allerdings ist die DDR damit auch den langfristigen Anlagestrategien dieser Unternehmen unterworfen. In den 50er Jahren war indessen das Ausmaß der (vor allem US-amerikanischen) Kapitalimporte geringer. Zweitens hat sich die Bundesregierung zu einer finanziellen Starthilfe für die Restrukturierung der DDR-Wirtschaft bereit erklärt, deren Umfang jedoch noch weitgehend offen ist.

2.3 Sofortprogramm für Liquiditätshilfen und zur Modernisierung und Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft

Die Unternehmen der DDR stehen mit der Währungsumstellung vor einer grundlegend neuen Situation mit hohen Unsicherheiten und Risiken. Ohne

Übergangsfrist und Anpassungsmöglichkeiten sind sie erstmals auf offenen Märkten nationaler und internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Ihre Verkaufspreise und Produktionskosten müssen sie in DM kalkulieren. Die ökonomischen und sozialen Schäden, die dieser Anpassungsschock einer Währungsunion ohne vorausgehende Wirtschaftsreformen unweigerlich auslöst, lassen sich nur durch eine gezielte Industrie- und Regionalpolitik begrenzen. Worin liegen die kurzfristig auftretenden Risiken und Probleme, und wie kann die durch die Bundesregierung einzuleitende Wirtschaftspolitik darauf adäquat reagieren?

Die entscheidenden Probleme liegen nicht auf der Ebene der Produktionskosten, d.h. eines generell zu hohen Kostenniveaus und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Selbst die Umstellung der bisherigen Mark in DM im Verhältnis 1:1 ist für die Löhne und Gehälter aus ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten in der gegenwärtigen Situation gut vertretbar, denn dies bedeutet zunächst auch nichts anderes, als daß die DDR verglichen mit den meisten anderen europäischen Ländern ein Billiglohnland sein wird. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen in der DDR beträgt knapp 1.300 Mark (1988: 1.292 Mark). Die durchschnittlichen Bruttolohnkosten in der Bundesrepublik betragen hingegen 1988 4.035 DM. Selbst wenn der Wegfall von Subventionen und die dadurch ausgelösten Preissteigerungen bei Konsumgütern im Zuge des Abbaus der Preissubventionen noch vor der Währungsumstellung zum Anstieg der Löhne und Gehälter auf 1.700 Mark führen und die Betriebe zugleich 20% an Sozialleistungen leisten müssen, liegen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in der DDR noch um mehr als die Hälfte unter dem bundesdeutschen Niveau¹. Die Differenzen zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau zwischen BRD und DDR dürften doch ungefähr gleiches Niveau erreichen. Zwar sind die Produktivitätsunterschiede zwischen den Branchen und Betrieben in der DDR beträchtlich. Zugleich sind aber die Produktivitätsreserven der DDR-Wirtschaft immens. Schon kurzfristig müßte es vielen Betrieben möglich sein, durch die Währungsumstellung auftretende Kostenprobleme gegenüber Wettbewerbern aus Hartwährungsländern durch Verbesserung der Arbeitsorganisation, den Einsatz moderner Produktionsanlagen sowie Personalveränderungen aufzufangen.

¹ Ungerechtfertigt ist es, den bundesdeutschen Prozentsatz an Lohnnebenkosten auf die DDR zu übertragen. Denn insbesondere die tarifvertraglichen Leistungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld u.a.) werden nicht mit der Währungsumstellung festgelegt, sondern erst in späteren tarifvertraglichen Verträgen. Sie sind dann aber genauso zu behandeln wie Lohnsteigerungen nach der Umstellung.

Es bedarf daher keiner generellen Lohnsubventionierung, zumal dadurch die Gefahr heraufbeschworen würde, daß Betriebe, die aus anderen als preislichen Gründen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, mit inadäquaten Mitteln im Sinne von Erhaltungssubventionen unterstützt würden. Notwendig sind allerdings kurzfristige Liquiditätshilfen für Betriebe, die ansonsten die kurzfristige Währungsumstellung nicht überstehen, obwohl sie nach einer gewissen Anpassungszeit durchaus wettbewerbsfähige Produkte vertreiben könnten.

Das Kernproblem der vergleichsweise geringen Produktivität der DDR-Wirtschaft begründet sich primär aus den veralteten Produktionsverfahren und Produkten, die auch bei niedrigen Preisen nicht mehr abzusetzen oder aus ökologischen Gründen nicht mehr zu tolerieren sind. Der Trabbi - um ein populäres Beispiel zu nennen - ist auch bei einem so niedrigen Preis schon kurzfristig in der DDR nicht mehr marktfähig; auch die Exportchancen in osteuropäische Länder sind sehr begrenzt und von kurzer Dauer. Innerhalb einer Übergangsfrist dürfte es aber möglich sein, mit der qualifizierten und zu qualifizierenden Belegschaft modernere Autos oder Teile zu produzieren, wenn die Entwicklung nicht allein den kurzfristigen Marktgesetzlichkeiten überlassen wird, sondern Überbrückungshilfen geleistet werden.

Im Vordergrund muß die Modernisierung des hoffnungslos überalteten Kapitalstocks und die Umstellung auf neue Produkte stehen. Notwendig ist daher ein umfangreiches und gezieltes Umstellungsprogramm, das die Modernisierung, Rationalisierung und den ökologischen Umbau der Produktionsanlagen, die Qualifizierung der Belegschaften und des Managements und die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben gezielt fördert.

In vielen Fällen sind Betriebsschließungen und Massenentlassungen freilich unausweichlich. Zudem führt der zu erwartende Produktivitätsschub zu erheblichen Reduzierungen der Belegschaften. Wenngleich in einer Übergangszeit Entlassungen und Arbeitslosigkeit in der DDR nicht zu verhindern sind, so ist es doch möglich, durch eine erhebliche Ausweitung von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, insbesondere der Qualifizierung und Umschulung, die Arbeitslosigkeit zu begrenzen.

Wir schlagen als Sofortmaßnahme ein Programm der Liquiditätshilfe, Modernisierung und Umstellung der DDR-Wirtschaft mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd. DM vor. Im einzelnen enthält dieses Programm:

a) Kurzfristige Liquiditätshilfen

Diese sollen den durch die Währungsumstellung drohenden Konkurs von nach einer Übergangsphase durchaus wettbewerbsfähigen Betrieben verhindern.

b) Umstellungshilfen durch Zuschüsse für Erneuerungsinvestitionen

Gefördert werden sollen Investitionen, mit denen moderne und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren oder Produktinnovationen eingeführt werden. Hierzu gehört auch die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen.

c) Maßnahmen zur Qualifizierung von Beschäftigten

Abweichend von der vorherrschenden bundesdeutschen Praxis soll auch die innerbetriebliche Fortbildung und Umschulung der Arbeitnehmer gefördert werden, und zwar sowohl von Arbeitnehmern, die von Entlassungen bedroht sind, wie auch die Anpassungsfortbildung an neue Techniken.

d) Förderung von Existenzgründungen

Der unumgängliche beschleunigte Strukturwandel erfordert den Aufbau eines klein- und mittelbetrieblichen Sektors in der DDR.

e) Aufbau von Technologie- und Investitionsberatungszentren

Es ist anzustreben, daß die einzelnen Programmelemente miteinander verknüpft werden (z.B. Erneuerung des Kapitalstocks und Qualifizierung der Beschäftigten). Sie sind insbesondere in Problemregionen gezielt einzusetzen und in eine regionale Entwicklungsinitiative einzubetten. Hierzu ist eine Gemeinschaftsinitiative von Staat und Kommunen, der aufzubauenden Arbeitsverwaltung, privater und staatlicher Betriebe und Investoren sowie der Gewerkschaften anzustreben.

Zusätzlich zur Realisierung eines solchen Sofortprogrammes bestehen weitere Anpassungsprobleme. Die öffentliche Debatte über die monetäre Verschmelzung im Rahmen der Herstellung der Währungsunion konzentriert sich vorrangig auf die Umstellung der Einkommen. Dabei vertreten wir die Auffassung, daß die Löhne und Gehälter sowie die Sozialeinkommen über die Relation 1:1 auf DM umgestellt werden sollen. Neben der Umstellung der Einkommen (Löhne, Gehälter und Sozialeinkommen) stellt sich jedoch die Frage, wie die Geldersparnisse, das Bargeld sowie die internen und externen Kreditbeziehungen der DDR umgestellt werden sollen. Hier ist ein differenziertes Vorgehen zu empfehlen. Die im März dieses Jahres vorgelegt "konsolidierte Bilanz des Kreditsystems der DDR" zum Stichtag

31.12.1989 zeigt die Dimensionen, die jedoch wegen der statistischen Erfassungsprobleme mit Vorsicht zu interpretieren sind:

- Die Einlagen der Privatpersonen in Form von Giro- und Sparguthaben sowie längerfristige Einlagen umfassen ca. 176 Mrd. Mark (auf der Passivseite). Wir schlagen vor, die gesamten Einlagen über den Umtauschsatz von 1:1 umzustellen. Dabei ist es zur Geldwertstabilisierung erforderlich, einen Teil der Sparguthaben vorerst einzufrieren. Entscheidend ist jedoch, daß die nach einem Zeitplan freizugebenden Einlagen allesamt 1:1 umgetauscht werden.
- Der Bargeldumlauf, der ohne die Kassenbestände der Banken ca. 17 Mrd. Mark zum 31.12.1989 betrug, ist ebenfalls zum Umstellungskurs von 1:1 einzutauschen.
- Diesen DDR-internen Einlagen stehen zusammen mit den Auslandsverbindlichkeiten und den Reservefonds-Haftungsmitteln vor allem inländische Kredite der Staatsbank an die Betriebe mit 260 Mrd. und den Wohnungsbau mit ca. 108 Mrd. Mark gegenüber. Wir schlagen vor, für die Betriebsschulden einen Umstellungskurs von Null einzusetzen, d.h. diese Schulden zu erlassen. Denn die Betriebe wären nicht in der Lage, bei Übernahme dieser Verbindlichkeiten in die DM-Eröffnungsbilanz, diese Schulden zu bedienen. Illiquidität und Überschuldung wären die Folge eines Verzichts auf diese Schuldenstreichung. Auch der von der Bundesbank vorgeschlagene Umtausch von 2:1, der zu einer Halbierung der Schulden in DM-Währung führen würde, würde immer noch zu schweren Belastungen führen. Um jedoch die Aktivseite der konsolidierten Bilanz des DDR-Kreditsystems gegenüber den mit einem Umtauschkurs von 1:1 umgestellten Einlagen der Privatpersonen auszugleichen, müßte eine entsprechende Ausgleichsforderung gebildet werden. Die daraus entstehenden Zinsverpflichtungen wären in der Anfangsphase durch den Bundeshaushalt zu übernehmen. Den Ausgleichsforderungen steht jedoch ein weit über die Spareinlagen hinausgehendes Mehrfaches an Produktivvermögen gegenüber. Im Rahmen einer Veräußerung von Teilen des bisherigen Staatsvermögens ließen sich dann sukzessive die Ausgleichsforderungen abbauen. Im Zuge der Stornierung der DDR-internen Kredite an die Betriebe, gegenüber denen die Einlagen der Betriebe mit ca. 60 Mrd. Mark abgesetzt werden müßten, ist jedoch eine Anfangsausstattung dieser Betriebe mit DM-Liquidität - im Sinne des DM-Eröffnungsbilanz-Gesetzes von 1948 - sicherzustellen.

- Die externe Verschuldung der DDR (Auslandsforderungen), die sich zum Stichtag 31.12.1989 auf ca. 33 Mrd. Mark gegenüber dem nichtsozialistischen Währungsgebiet belief und in entsprechender Auslands-währung zurückzuzahlen bzw. zu verzinsen ist, sollte in der Startphase der Währungsunion im Rahmen des Bundeshaushalts erfaßt und bedient werden. Diese Auslandsforderungen erhöhen auf Dauer den Kreditbestand aller deutsch-deutschen öffentlichen Haushalte.

Was die langfristige Entwicklung angeht, so lassen sich für den Wirtschaftsraum der DDR zwei Szenarien skizzieren. Das Szenario A beschreibt ein dauerhaftes Wirtschaftsgefälle zu Westdeutschland. Das Szenario B geht von einem vollständigen Einholen des Wirtschaftspotentials der BRD irgendwann nach dem Jahr 2000 aus.

Im Szenario A durchläuft die DDR nach der Restrukturierungskrise eine längere Phase nachholender Modernisierung von Industrie, Dienstleistungssektor und Staat. Es entstehen jedoch nur Unternehmensstrukturen, die in ihrer Produktionsverflechtung weitgehend nach Westen orientiert sind, jedoch keine eigenständigen regionalen Produktionsverflechtungen gestatten. Die Unternehmen bleiben zu einem großen Teil abhängig von strategischen Unternehmensentscheidungen in den Stammhäusern in der BRD, zu einem großen Teil sind sie sogar eher "verlängerte Werkbänke". Das F&E-Potential bundesdeutscher Unternehmen, verbunden mit zugehörigen Dienstleistungsbetrieben, wird - außer in Berlin - nirgendwo in der DDR erreicht. Es kommt zu einem dauerhaften Qualifikationsgefälle zwischen dem Osten und dem Westen. In der DDR bleibt das Einkommensniveau dauerhaft unter dem der BRD, ebenso ein relativ hoher Sockel an Arbeitslosen. Die Gewerkschaften verharren in einer Position der Schwäche. Die Unternehmen investieren zwar in diesem Gebiet, jedoch weniger, um von dort aus den DDR-Markt besser bedienen zu können, sondern um von ostdeutschen Standorten aus vorrangig nach Osteuropa oder in andere Exportregionen zu liefern. Die Binnennachfrage der DDR wird indessen in diesem Szenario zu einem großen Teil von westdeutschen Standorten aus bedient. Ostdeutschland bliebe eine Region, die dauerhaft (regionale) Importdefizite oder nur geringe Exportüberschüsse aufweist. Das Wirtschaftsgefälle wird auch durch den Finanzausgleich, gezielte Regionalpolitik oder gezielte Technologiepolitik nicht ausgeglichen. Ostdeutschland bliebe - von einigen entwickelten großstädtischen Wachstumspolen abgesehen - der ökonomische "Hinterhof" der BRD.

Im Szenario B hingegen gelingt es, moderne industrielle Produktionskomplexe in der DDR aufzubauen, den Importbedarf der Region rasch zu vermindern und Exportüberschüsse zu produzieren. Investiert wird an DDR-Standorten, um neben der Exportproduktion auch den DDR-Markt selbst zu beliefern. Zugleich nutzen die DDR-Unternehmen ihre Standortvorteile im Handel mit den osteuropäischen Ländern. Die Gewerkschaften in der DDR sind stark genug, Lohnsteigerungen nach Maßgabe der Produktivitätsentwicklung durchzusetzen, so daß die innere konsumtive Kaufkraft der DDR wie auch die Steuereinnahmen kräftig und rasch ansteigen. Der Qualifikationsabfluß kann rasch gestoppt werden. Die DDR wird Sitz von Konzernzentralen mit zugehörigen hochwertigen Dienstleistungen; eine umfangreiche und der BRD gleichwertige F&E-Infrastruktur bildet sich heraus. Die Arbeitnehmer sind in der Lage, sich rasch auf die Anforderungen moderner kapitalistischer Produktion einzustellen. Auch die Umweltbelastung vermindert sich auf das Niveau der BRD. Schließlich trägt die Regional-, Infrastruktur-, Forschungs- und Technologiepolitik maßgeblich zur Entwicklung Ostdeutschlands bei, so daß der Angleichungsprozeß gelingt. Ohne massive staatliche Interventionen in den Modernisierungsprozeß kann dieses Szenario jedoch nicht realisiert werden.

Die Optionen für die Szenarien A und B sind derzeit noch völlig offen. Entscheidend ist, wie sich die Investoren, die Politik in Ost wie in West sowie die Arbeitnehmer in der DDR verhalten. Derzeit spricht vieles eher für Szenario A.

3. Skizze eines Auf- und Umbauprogramms für die DDR

3.1 Allgemeine Überlegungen

Schwerpunkte dieser Umbauskizze sind die Energie-, Wasser- und Verkehrs- politik. Die für eine Gesamtbetrachtung äußerst relevanten Felder Abfall-, Chemie- und Agrarpolitik, Natur- und Landschaftsschutz, das System der staatlichen Genehmigungspraxis sowie der Verbraucherschutz werden an dieser Stelle nicht behandelt.

Umweltpolitik muß europaweit vollzogen werden. Der Schutz der 'europäischen' Meere Nordsee, Ostsee und des Mittelmeers incl. des Schwarzen Meeres, der Luft und damit die Entschärfung des Problems des Waldsterbens und der großflächigen Verschmutzung des Bodens und auch der Süßwasserreserven läßt sich natürlich nicht realisieren, wenn nur für das relativ kleine Territorium der DDR ein rasch greifendes ökologisches Sanierungs- programm entwickelt und realisiert wird.

Ein "Ökologischer Marshallplan" ist folglich global und in Europa insbesondere für Osteuropa insgesamt erforderlich, speziell auch für Polen und die Tschechoslowakei, ohne die notwendige Intensivierung des Umweltschutzes in Westeuropa zu vernachlässigen.

Die gesamte Wirtschafts- und Sozialentwicklung hat sich heute nicht nur in der DDR unter dem Imperativ der radikalen Verbesserung der Umwelt- verhältnisse zu vollziehen, durch die allein das Überleben der Menschheit gesichert werden kann. Durch das eklatante Scheitern der Kommandowirtschaft, die von ihrem theoretischen und politischen Anspruch her eine gebrauchswertorientierte Wirtschaftsweise war, ist die Einführung der 'Marktwirtschaft' unvermeidlich geworden. In welcher Form sie in der DDR etabliert wird, ist z.Zt. noch in Grenzen umstritten und vermutlich auch umkämpft. Die Attribute "sozial" und "ökologisch" bedürfen noch der konkreten Ausgestaltung.

Fest steht jedoch, daß auch aus umweltpolitischer Sicht die Leitfunktion des Marktes, dessen Stärke i.d.R. in der Durchsetzung einzelwirtschaftlicher Effizienz, nicht jedoch in einem widerspruchsfreien Verhältnis zu den ökologischen Maximen liegt, die Rahmenbedingungen für die zukünftige Ressourcennutzung und Umweltpolitik setzen wird. Während die Kommandowirtschaft zum Inbegriff von produktionsseitiger Verschwendungen geworden ist, die aufgrund fehlender Konkurrenz den technischen Fortschritt nur

im Schneckentempo gesamtwirtschaftlich verallgemeinert, ist die heutige Konkurrenzwirtschaft, die bekanntlich hochgradig vermachtet und monopolisiert ist (z.B. im Energie-, Chemie- und Verkehrsmittel sektor), zum Inbegriff der Wegwerfgesellschaft und der konsumtiven Verschwendungen geworden und entwickelt permanent neue Produkte, Werkstoffe und Technologien, deren Umweltverträglichkeit nicht zum wichtigsten Kriterium der Vermarktung gemacht wird.

Bezüglich der verschiedenen Maßnahmenfelder des Umbaus in der DDR besteht das Problem, Prioritäten festzulegen. Es stellt sich die Aufgabe, mit einem gegebenen (und politisch natürlich veränderbaren) Mittelvolumen das Gesamtrisiko der Umweltverschmutzung und ihrer Einwirkung etwa auf den Gesundheitszustand der Menschen, als Hauptindikator, zu minimieren, wobei eine Vielzahl komplizierter wohlfahrtstheoretischer Fragen zu beantworten wäre.

Praktisch heißt dies z.B., zu entscheiden, ob eine Altlast mit hohen finanziellen Ressourcen nach dem letzten Stand der Technik "saniert" oder ob mit dem gleichen Geld eine Mindestabsicherung vorgenommen und zusätzlich in das öffentliche Personennahverkehrssystem investiert wird, wodurch umweltpolitisch und risikovermindernd möglicherweise ein viel größerer ökologischer und gesundheitlicher Nettoeffekt erzielt werden kann. In der politischen Praxis läuft dies letztlich auf die Etablierung demokratischer Entscheidungsstrukturen hinaus, die in einem aufgeklärten wissenschaftlichen, öffentlichen und demokratischen Diskurs zu Prioritätsentscheidungen in der Umweltpolitik und bei der Vergabe von finanziellen Ressourcen führen.

3.2 Industriemodernisierung und Energiewirtschaft

3.2.1 Eine allgemeine Modernisierung

Die Modernisierung energie- und emissionsintensiver Industrien sowie der Umbau der Energiewirtschaft (3.2.2) sind die strategischen Hebel zur langfristig wirksamen und kurzfristig bereits spürbaren Senkung der Schadstoffemissionen in die Luft, das Wasser und den Boden. Die Modernisierung dieser Industrien hängt ihrerseits vom Tempo der Erneuerung der Produktionsanlagen, der Aussortierung von Altanlagen sowie dem Grad des technologischen Niveaus ab, auf dem die Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen erfolgen. Für zahlreiche Anlagen z.B. der Stahlindustrie und der Großchemie auf Braunkohlebasis lohnt es nicht,

nachgeschaltete Entstaubungs- und Entschwefelungsanlagen zu installieren, vielmehr erweist sich i.d.R. die Umstellung auf neue (im Westen weitestgehend erprobte) Verfahren als kostengünstigerer und umweltschonenderer Weg. Z.B. sollte der Siemens-Martin-Stahl-Anteil von ca. 42% (1987) möglichst rasch durch die Erhöhung des Oxygenstahlverfahrens mit angeschlossenem Strangguß oder durch Elektrostahlöfen mit Stranggußanlagen ersetzt werden, wodurch der spezifische Energieverbrauch der Grundstoffindustrie sowie der Arbeitskräftebedarf drastisch gesenkt werden könnten. Die Energieeffizienz von E-Stahlöfen ist dabei natürlich dann am höchsten, wenn der Strom in Wärme-Kraft-Kopplungswerken erzeugt wird.

Die Regierungsinformation für den "Runden Tisch" sowie die "Konzeption für die Entwicklung der Umweltpolitik" enthalten Listen der vordringlich stillzulegenden bzw. zu sanierenden Betriebe, z.B. die der Braunkohlenverschmelzung und -weiterverarbeitung (Espenhain, Böhlen, Deuben, Rositz und Webau), das Kunstseidenwerk in Pirna, Betriebsteile der Leuna- und Bunawerke, des Edelstahlwerkes Freital (bei Dresden), der Chemiekombinate Bitterfeld und Wolfen usw., für die entsprechende Arbeitsgruppen eingerichtet worden sind.

Aus unserer Sicht wäre es vordringlich, daß neben Ingenieuren und Ökonomen auch Experten und Vertreter der Umweltschutzverbände, Regional- bzw. Raumplaner und Stadtentwicklungs fachfrauen sowie Experten für Arbeitsmarktpolitik, Fort- und Weiterbildung an der Erstellung der regionalen Umstellungspläne zu beteiligen sind und ansonsten demokratische Kontroll- und Beratungsgremien wie die 'Runden Tische' ihre Arbeit auch zukünftig fortsetzen.

Die Größe der Aufgabe verlangt für alle Branchen umfassende sektorale und flächendeckende regionale Umstellungspläne und Aktionsprogramme.

3.2.2 Energiepolitik und CO₂-Reduktionspolitik

Im Zentrum der Umweltpolitik der DDR steht die Energiepolitik, weil durch deren Umstellung sowohl die Luft- als auch die Wasserverhältnisse drastisch verbessert werden können und als 'Nebeneffekt' auch eine wesentliche Entlastung der Transportkapazitäten der Deutschen 'Reichsbahn' eintreten wird. Neben neuen umfassenden Konzepten zur Reduzierung des Primärenergiebedarfs muß auch die Angebotsstruktur radikal verändert werden, wobei bestimmte Konflikte - z.B. die Frage der Atomenergienut-

zung - noch längst nicht ausgestanden sind.

Der Umbau der Energie- und Chemieindustrie hat doppelgleisig zu erfolgen: Die modernen Braunkohlenkraftwerke in der Lausitz, vor allem die weltgrößten Braunkohlenkraftwerke Boxberg mit 3.500 MW elektrischer Leistung und Jänschwalde mit inzwischen 3.000 MW, müssen entschwefelt und entstickt werden, um die "Politik der hohen Schornsteine" zu beenden, während vor allem die im Raum Halle-Leipzig teilweise schon über 50 Jahre alten Kraftwerke stillgelegt und möglichst durch Heizkraftwerke auf Erdgas- oder Steinkohlenbasis, vorübergehend eventuell auch auf Erdölbasis, ersetzt werden müssten. Allgemein plädieren wir dringend für den Vorrang von verbrauchsnahen Heizkraftwerken auf Erdgas- oder Steinkohlenbasis sowie von Blockheizkraftwerken als Ersatz für die veralteten kleinen Heizwerke vor reinen Kondensationskraftwerken und Stromimporten, da bei letzteren die Abwärme nicht genutzt werden kann. Dies ist auch die konsequenterste Form einer CO₂-Reduktionspolitik (vgl. hierzu MEMORANDUM '90, Kapitel 6.8).

Die Energiekonzerne der Bundesrepublik dagegen liefern sich derzeit einen erbitterten Konkurrenzkampf beim über Kooperations- und Lieferabkommen sowie Gemeinschaftsunternehmen eingefädelten Einstieg in die Energiewirtschaft der DDR. Dieser Konkurrenzkampf zeitigt z.Zt. chaotische und ökologisch sehr problematische Ergebnisse, vor allem aufgrund des Vorpreschens der Energieversorgungsunternehmen wie der PreussenElektra AG, des RWE, der Bayernwerke usw.

Erste Vorverträge über den Bau von 2 Kohlekraftwerken bei Lübeck und Rostock (je 500 MW) konnte die PreussenElektra abschließen. Die Ruhrgas-AG hat mit dem Kombinat "Schwarze Pumpe" den Bau von Gasleitungen vereinbart, und diverse Stromkonzerne bauen neue Leitungen in die DDR. Aus energiewirtschaftlichen Effizienzbetrachtungen und Luftreinhaltegründen ist von der Bereitstellungsseite her dem Bau bzw. dem Umbau von Heizkraftwerken auf Erdgas- bzw. Steinkohlenbasis (also Mischfeuerungs- oder Kombianlagen) der Vorzug vor reinen Kondensationskraftwerken auf Atom- bzw. Kohle/Erdgasbasis zu geben. Die Atomkraftblöcke in Lubmin müssen aus Sicherheitsgründen und auch aus ökonomischen Gründen endgültig stillgelegt werden; bei den Neubauten in Lubmin (Block 5-8 zu je 440 MW) und Stendal (2 Blöcke je 1000 MW im Bau, zwei weitere geplant) an der Elbe ist zu prüfen, ob sie nach US-amerikanischem Vorbild zu Erdgaskraftwerken umgebaut werden können, da die konventionellen Teile und damit die gesamte Infrastruktur auch bei verändertem Primärkreislauf

weitestgehend nutzbar sind. Noch wirksamer wäre dieses Konzept, wenn die Abwärme ebenfalls (in eventuell anzusiedelnden prozeßwärmeintensiven Industriebetrieben) genutzt werden könnte. Sollten sich diese Umbaukonzepte nicht realisieren lassen, wird der Baustop aus Sicherheits- und auch aus langfristigen Wirtschaftlichkeitsgründen unabdingbar.

Die Kapazität von Erdöl- und Erdgasleitungen ist wegen der viel höheren Energiedichte um ein Vielfaches größer als die von 380-KV-Stromtrassen. Der Ausbau und die Nutzung des vorhandenen Gasnetzes in der DDR, die Erfahrungen beim Bau von Öl- und Gasleitungen, über die DDR-Kombinate verfügen, die große Reichweite der Erdgasvorkommen in Norwegen, Holland und der Sowjetunion sowie der hohe volkswirtschaftliche Nutzeffekt, der durch eine rasche Reduzierung der Umweltbelastungen entsteht, rechtfer-tigen angebotsseitig die hier skizzierte Strategie, die auch verhältnismäßig schnell umgesetzt werden kann. Eine um 40% auf ca. 180 Mio Tonnen/a reduzierte Braunkohlenförderung und -verwendung und eine nach den obigen Regeln realisierte Substitution durch Sparmaßnahmen, Erdgas, Steinkohle und Öl dürften damit bis Mitte der 90er Jahre realisierbar sein, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der politische Druck und Wille vorhanden ist, ein derartiges Sofortprogramm, das zukünftige ökolo-gisch optimale Energiepfade nicht verbaut, gegenüber den Energiekonzer-nen durchzusetzen.

Nachfrageseitig müssen Energieeinsparpotentiale genutzt bzw. mobilisiert werden durch:

- Strukturveränderungen in der Wirtschaft,
- Wirkungsgradverbesserungen der Energieumwandlung,
- modernere energiesparendere Haushaltsgeräte,
- Wärmedämmung,
- Anwendung moderner Technologien,
- veränderte Tarifsysteme,
- Nutzung sonstiger Sparpotentiale, deren Nutzung wirtschaftlicher als die Energiebereitstellung ist.

Gerade die Strukturveränderung zu Lasten der Grundstoffindustrie sowie die aus Umweltgründen kurzfristig erforderliche Stilllegung der Karboche-mie und von Aluminiumwerken schaffen Kapazitätsreserven bei der Stromerzeugung, die auch eine Stilllegung der veraltetsten Braunkohlen-kraftwerke und der AKW erlauben, ohne daß im großen Umfang Stromimporte zu tätigen sind. Auf diesem Wege wäre der Stromverbrauchs der Wirtschaft bis 1995 spürbar (um vielleicht 25%) zu senken.

Eine allgemeine Offensive bei der Effektivierung der Energieverbrauchs-
anlagen in Haushalten, Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie und Verkehr,
so z.B. der systematische Einbau von Thermostaten, Rundsteuerungsanlagen
usw., sowie ein großes Wärmedämmprogramm induzieren darüber hinaus unter
der Bedingung, daß schnell wirksame Umschulungsmaßnahmen in Richtung
Installations-, Heizungs- und sonstiges Ausbaugewerbe aufgelegt werden,
eine schnell wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften und schaffen somit
qualifizierte gewerbliche Arbeitsplätze in Sektoren, für die i.d.R. nicht
erst neues Baurecht und neue Flächen bereitgestellt werden müssen.

Wir plädieren also für das Einschlagen eines - in der Terminologie der
Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Kernenergie von 1980
gesprochen - sanften Energiepfades. Die DDR-Energiewirtschaft befindet
sich z.Zt. in einer Verzweigungssituation, für die allerdings nur ein
knappes Zeitfenster zur Verfügung steht. Da insgesamt ein riesiges Bau-
und Modernisierungsprogramm ansteht, muß über den ökologisch effizientesten
Strukturtyp der Entwicklung entschieden werden. Wenn z.B. klar ist,
daß es einen großen Investitionsschub zur Sanierung der Altbaubestände
in den Innenstädten geben wird, ist jetzt zu entscheiden, ob diese
Altstädte mit sinnvollen Nah- oder Fernwärmesystemen zu versorgen sind
oder mit Einzelheizungsanlagen auf Erdgas-, Erdöl- oder gar Strombasis,
die die Vorteile der Wärme-Kraft-Kopplung nicht nutzen können und damit
ökologisch und letztlich auch gesamtwirtschaftlich ineffizient sind.
Bei der Preispolitik für Energieträger ist von vornherein zu verhindern,
daß die bislang faktisch praktizierte Doppelsubventionierung für Großver-
braucher analog zum "Vorbild" Bundesrepublik durch Preispräferenzen
verlängert wird. Die notwendigen Preiserhöhungen für Haushalte und
Kleinverbraucher müssen allerdings die Realeinkommensentwicklung der DDR-
Bürger (durch Umstellung auf Subjektförderung) berücksichtigen. Da
sowieso in großem Umfang neue, individuell zurechenbare Stromzähler usw.
zu installieren sind, sollten gleich die fortgeschrittensten Varianten,
so z.B. Zählgeräte für zeitvariable lineare Stromtarife, zur Anwendung
kommen.

Die Eigentums- und Verfügungsverhältnisse sowie die Organisation des
Aufsichtswesens über die Energiewirtschaft sollte sich an den Ergebnissen
orientieren, die in der umweltorientierten Energieforschung und
-politik seit Jahren als optimale Varianten für die Durchsetzung einer
hocheffizienten Energiewirtschaft entwickelt worden sind: Konstituierung
von Energiedienstleistungsunternehmen als Querverbundunternehmen (An-
bieten von Strom und Wärme hauptsächlich mithilfe von Heizkraftwerken)

möglichst in verbrauchsnahen, d.h. kommunalisierten bzw. auf Bezirksebene organisierten öffentlichen Unternehmen, die einer scharfen Energieaufsicht unterliegen.

Nicht uninteressant dürfte die Vermutung sein, daß der sanfte Weg der Energiepolitik in seiner Gesamtheit viele Produktionserfordernisse beinhaltet, die technisch nicht extrem anspruchsvoll sind (Installations-, Wärmedämmungs-, Tiefbauarbeiten, Rohrverlegung etc.) und somit problemlos von DDR-Betrieben und -Arbeitskräften realisiert werden könnten. Für die Modernisierung des Groß- und Heizkesselbaus der DDR sowie für die hochtechnologische Meß- und Regeltechnik müßten entsprechend schnell wirksame Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet werden. Der notwendige Auftragsschub beim Kessel- und Kraftwerksbau sollte auch dazu genutzt werden, Hilfestellungen für die betreffenden DDR-Unternehmen zu leisten, statt ihn hauptsächlich in den westdeutschen Betrieben zu realisieren.

3.3 Umbaukonzeption und -maßnahmen für die Wasserwirtschaft

Auch für den Umbau der Wasserwirtschaft gilt das Prinzip, sowohl den Bedarf zu senken als auch das Angebot effektiver zu gestalten und die Abwasserbeseitigung auf dem neuesten Stand der Technik und Organisation zu realisieren.

Durch analoge Anwendung des Dienstleistungskonzepts der Energiewirtschaft auf die Wasserwirtschaft wird gerade das DDR-spezifische Problem des im internationalen europäischen Vergleich geringsten natürlichen Wasserdar gebots pro Einwohner am konsequentesten angepackt. Beispiele dafür sind die beschleunigte Einführung von Brauchwasserkreislaufssystemen in der Industrie und Landwirtschaft; Investitionen zur Erneuerung des Wasser rohrnetzes zwecks Verringerung der Wasserverluste sowie die Verhinderung des Versickerns von unbehandelten Abwässern im Boden; Investitionen für Einspartechnik in den Haushalten.

Die Belastung der Gewässer mit Phenolen, chlorierten Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen usw. ist am ehesten durch eine grundlegende Modernisierung der oben genannten Industrien zu reduzieren. Insbesondere der Sanierung der Chemieindustrie kommt wasser-, energie- und auch bodenpolitisch eine Schlüsselfunktion zu. Sie ist aber zugleich mit

enormen Investitionen verbunden. Auch bezüglich der Chemieindustrie steht hier die Frage, ob diese Situation, da es einen vermutlich hohen, von uns derzeit nicht zu quantifizierenden Stillegungsbedarf für nicht rekonstruierbare Altanlagen gibt, nicht einer klassischen Verzweigungssituation (analog zur Energiewirtschaft) gleichkommt und zu einem ersten fühlbaren Schritt in Richtung "Ausstieg aus der Chlorchemie" genutzt werden könnte.

Obwohl der Schwerpunkt auf die vorbeugende, Wasserverschmutzung verhindernde Investitionsstrategie gelegt werden muß, ist dennoch ein enormer Nachholbedarf im öffentlichen und betrieblichen Kläranlagenbau zu realisieren.

3.4 Verkehrspolitik

Sie hängt engstens mit der Siedlungsstrukturrentwicklung zusammen und vice versa ("erzwungene Mobilität"). Dabei zeigt sich in der DDR ein Vorteil: Der Anteil des ÖPNV-Berufsverkehrs liegt bei 63% für 1987 (BRD 1985: 15,1%). Durch verkehrslenkende Maßnahmen wurde gleichzeitig zu Beginn der 80er Jahre ein großer zusätzlicher Teil des Güterverkehrs auf die Schiene verlegt - ein Grund für die totale Überlastung von Strecken und rollendem Material der Bahn.

Die Forderungen der westdeutschen Wirtschaft - etwa des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) -, die DDR-Verkehrsstrukturen an die der BRD anzugelichen, sind unhaltbar, weil das BRD-Verkehrssystem kritiklos zum Referenzmodell gerät. Es besteht jedoch aufgrund des vom IW bezifferten Investitionsbedarfs (58 Mrd. DM für das Schienennetz und 238 Mrd. DM für Straßen und Brücken) die begründete Hoffnung, daß nicht nur Umwelt-, sondern auch volkswirtschaftliche Kostenargumente eine andere Aufteilung von öffentlichem und privaten Verkehr für die DDR politisch realisierbar werden lassen. Selbst wenn aktuell die meisten verkehrspolitischen Entscheidungen in Richtung 'Vorbild BRD' weisen, ist dennoch mittelfristig ein Gestaltungsspielraum für ein eher umweltgerechtes Umbauprogramm vorhanden. *Conditio sine qua non* ist allerdings, daß kurzfristige massive Streckenstilllegungen im Bereich der Bahn politisch verhindert werden.

Daß das Automobil in der DDR wie in der BRD ein Statussymbol par excellence ist, liegt (leider) auf der Hand. Insofern sind die folgenden Vorschläge vermutlich nicht gerade populär, wenn sie auch einzig

vernünftig im Sinne einer ökologischen Überlebensstrategie sind. Als organisierte Gegner dieses Konzepts werden die Automobilkonzerne sowie der ADAC und andere Vertreter des autoindustriellen Komplexes auftreten, die sich z.Zt. der DDR-Automobilindustrie bemächtigen.

Dennoch ist der Konflikt um die generelle verkehrspolitische Entwicklungsstrategie noch nicht ausgestanden. Auch auf diesem Sektor gibt es wie in der Energiepolitik ein Zeitfenster für Verzweigungssituationen. Es gibt auch gut organisierbare Interessen und Kräftegruppierungen für eine eher ökologisch orientierte Verkehrspolitik.

3.4.1 Eisenbahn

Die Deutsche Bundesbahn (DB) und die Deutsche Reichsbahn (DR) planen die Integration beider deutscher Eisenbahnen, unterteilt in zwei Entwicklungsstufen, die Kooperations- und die Planungsgemeinschaft. Beide Bahnen haben z.Zt. ca. 500.000 Mitarbeiter. Die DR beschäftigt im Frühjahr 1990 ca. 250.000, die DB ca. 239.000 Mitarbeiter. Die DR-Produktivität soll um 30 bis 40 Prozent niedriger als die der DB sein. Zur Modernisierung des DR-Streckennetzes seien 80 Mrd. DM, des Fahrzeugparks 20 Mrd. DM erforderlich. In etwa 10 Jahren könnte bei Realisierung eines derart dimensionierten Investitionsprogramms dann der technische Stand der Reichsbahn dem heutigen der DB entsprechen. Plädiert wird dafür, daß die beiden Bahnen aus ökonomischen und ökologischen Gründen die Vorreiterrolle in einer Verkehrsunion übernehmen sollten. In der Tat gibt es hierfür einleuchtende Gründe. Das Eisenbahnnetz muß lediglich modernisiert und weiter elektrifiziert werden, während für neue Autobahnen und Schnellstraßen erst Planungsrecht geschaffen werden müßte, ganz abgesehen davon, daß dies ökologisch nicht vernünftig ist.

3.4.2 Stadtverkehr

Die günstigen Verhältnisse bezüglich der Netzdichte bei den S-Bahnen und Straßenbahnen ermöglichen eine moderne Stadtverkehrskonzeption. Insbesondere müßte hier die Qualität des Angebots gesteigert werden durch neues rollendes Material und eine Verbesserung der Gleisanlagen. Die Taktzeiten sollten nicht ausgelichtet werden. Die Preise müssen dauerhaft subventioniert werden und bleiben ein zentrales soziales und ökologisches Lenkungsinstrument, wie der große Erfolg der Einführung von Umwelttickets

in Berlin-West und westdeutschen Städten schlagend belegt.

3.4.3 Radwegenetze

Sie sind in den Städten der DDR bislang sträflich vernachlässigt. Langfristig sind sie aus umwelt- und gesundheitspolitischen sowie aus ökonomischen Gründen äußerst sinnvoll und sollten deshalb vorrangig in Angriff genommen werden.

Aufgrund der spezifischen 'Rückständigkeit' im Straßenbau (d.h. dem Vorhandensein von wunderschönen alten Alleen) bestehen heute besonders günstige Gelegenheiten, ein flächendeckendes überörtliches Radwanderwege- netz für die DDR anzulegen. Dies würde die Attraktivität der DDR als Urlaubsziel dauerhaft erhalten und sichern.

3.4.4 Tempolimit 100/80/30; 0,0 Promille

Die derzeit geltende generelle Geschwindigkeitsbegrenzung 100/80 sollte beibehalten werden, ebenso das generelle Alkoholverbot. In den Städten wird allerdings viel zu schnell gefahren. Tempo 30 als generelle Geschwindigkeitsbeschränkung für PKW sowie die Markierung von separaten Busspuren bei gleichzeitigem Tempo 50 für Busse würde das Verkehrsgeschehen in den Städten beruhigen. Die Unfallziffern würden drastisch zurückgehen. Die volkswirtschaftlichen Kosten des Individualverkehrs ebenfalls. Die Bundesrepublik sollte aus eigenständigen und aus Solidargründen ebenfalls zu diesen Regeln übergehen. Damit würde der Krieg auf den Straßen entschärft werden.

3.5 Ökologische Stadterneuerung und Raumordnungspolitik

Obwohl in den Planungen der letzten Jahre in Abkehr von der Charta von Athen die Funktionsmischung als städtebauliches Prinzip zunehmend theoretisch entdeckt und auch für Planungen von Neubaugebieten postuliert wurde, sah die Praxis jedoch wegen der Verselbständigung des Postulats der "Lösung der Wohnungsfrage bis 1990" vor allem in Form von neuen Trabantenstädten anders aus. Funktionsentmischung erzeugt natürlich extremen zusätzlichen Verkehr. Eine vorrangige Rekonstruktion des Altbaubestandes in den Innenstädten und Innenstadtrandgebieten bei gleichzeitiger Stabilisierung des ÖPNV-Angebotes, komplettiert mit

wirksamen Wohnumfeldverbesserungen, eröffnet dagegen ermutigende Optionen für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik. Gleichzeitig müssen aus dem derzeitigen Umbruch resultierende zunehmende Flächenansprüche z.B. von Handwerks- und Gewerbebetrieben wohngebietsnah befriedigt werden. In den Neubaugebieten bzw. in ihrer unmittelbaren Nähe müssen wenn möglich entsprechende Flächen ausgewiesen bzw. vorhandene Gebäude umgewidmet werden.

3.6 Umweltökonomische Instrumente und Umweltschutzausgabevolumen

Die Gesamtargumentation bezüglich der optimalen Kombination der unterschiedlichen Instrumente haben wir im MEMORANDUM '90 (Kapitel 6) entwickelt. Wir lehnen eine einseitige Fixierung auf einzelne Instrumente, z.B. auf die sogenannten Ökosteuern, als dysfunktional ab und plädieren stattdessen für einen problemorientierten Instrumentenmix, der sowohl mit Ge- und Verboten, Abgaben (z.B. Abwasserabgaben, eventuell einer CO₂-Abgabe usw.), mit Grenzwertfestlegungen, MIK- und MAK-Werten, Ökosteuern, staatlichen Infrastrukturinvestitionen usw. arbeitet.

4. Soziale Sicherung in der DDR – Anpassung und Neuaufbau

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich in den beiden deutschen Staaten sehr unterschiedliche Sozialsysteme herausgebildet; eine aufeinander abgestimmte Annäherung ist unabdingbare Voraussetzung für eine auch unter sozialen Aspekten akzeptable Vereinigung beider Staaten.

Die Sozialversicherung der DDR bei den beiden Trägern FDGB und Staatliche Versicherung erfaßt annähernd die gesamte Bevölkerung und umfaßt sämtliche Versicherungszweige (Einheit von Kranken-, Unfall-, Renten- und Mutter(Eltern)schaftsversicherung). Die Finanzierung erfolgt über nicht tiefer differenzierte Einheitsbeiträge der Versicherten (10% Pflichtversicherungsbeitrag auf Arbeitseinkommen bis zu 600 Mark im Monat – darüber hinausgehende Entgeltteile werden von ca. 85% der Berechtigten zu ebenfalls 10% freiwillig versichert) sowie der Betriebe (12,5%); knapp die Hälfte der Gesamtausgaben der Sozialversicherung wird aus staatlichen Mitteln finanziert – darüber hinaus trägt der Staatshaushalt rd. die Hälfte der Gesamtausgaben des Gesundheitswesens.

Das System der sozialen Sicherung in der DDR ist gekennzeichnet durch ein

insgesamt niedriges und unzulängliches Versorgungsniveau bei einer Grundstruktur, die die gesamte Bevölkerung nach einheitlichen Kriterien erfaßt. Auf den nunmehr notwendigen strukturellen Wandel ist dieses System wenig vorbereitet. Dies gilt besonders für die Gefahren der Arbeitslosigkeit. Doch auch die starke betriebliche Organisierung und Anbindung der sozialen Sicherung wirft große Probleme für die Zukunft der Sozialversicherung in der DDR auf.

4.1 Die drängendsten Probleme

4.1.1 Schaffung einer effizienten Arbeitsverwaltung und Arbeitslosenversicherung

Mit der übereilten Währungsunion wird der Arbeitsmarkt in der DDR großen Belastungen ausgesetzt. Betriebsschließungen und Massenentlassungen wie auch der Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung und Modernisierung werden schon kurzfristig zu einem erheblichen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit führen. Die Reduzierung des aufgeblähten Staatsapparats und des Sicherheitsapparats verschärfen die Arbeitsmarktprobleme zusätzlich. Die zu erwartende Expansion von Kleinbetrieben und im Dienstleistungssektor kann bei weitem nicht den Arbeitsplatzabbau kompensieren. Zu berücksichtigen ist zudem, daß ein erheblicher Teil der Nachfrage der Haushalte und Betriebe der DDR nicht im eigenen Land beschäftigungswirksam wird. Angesichts dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, daß in relativ kurzer Zeit die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million steigen wird, im ungünstigen Fall ist sogar mit mehr als zwei Millionen Arbeitslosen zu rechnen.

Das derzeit geltende Arbeitsrecht kann der Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht wirksam Einhalt gebieten. Die Schaffung einer effektiven Unternehmens- und Betriebsverfassung, die Stärkung unabhängiger und handlungsfähiger Gewerkschaften und betrieblicher Interessenvertretungen ist auch unter Gesichtspunkten der sozialen Sicherung und eines funktionsfähigen Arbeitsmarkts ein Gebot der Stunde.

Wie lange die Phase der Massenarbeitslosigkeit auf dem Gebiet der bisherigen DDR anhalten könnte, ist schwer abschätzbar. Nicht nur bundesdeutsche Erfahrungen weisen mit Nachdruck darauf hin, daß Arbeitslosigkeit zur Normalität auch der sozialen Marktwirtschaft zu zählen ist. Um so wichtiger ist der schnellstmögliche Aufbau einer

effektiven Arbeitsverwaltung und Arbeitslosenversicherung. Deren Instrumente, Kompetenzen, Finanzierungsbasis und Leistungsniveau gehören bundesdeutschen Erfahrungen zufolge zu den zentralen Punkten der bisweilen harten ordnungspolitischen Auseinandersetzungen; dies wird in gleicher Weise für den Neuaufbau in der DDR gelten.

Bei einem verfassungsmäßig geregelten, individuell allerdings nicht einklagbaren Recht auf Arbeit ist der Verpflichtung der Unternehmen, Kommunen und zentralstaatlichen Stellen zu einer aktiven Arbeitsmarkt-, Arbeitsbeschaffungs- und Beschäftigungspolitik nicht nur gesetzesprogrammatisch eine sehr viel höhere Priorität als im Geltungsbereich des gegenwärtigen AFG einzuräumen. Vor dem Hintergrund bundesdeutscher Erfahrungen muß dringend davor gewarnt werden, die Kompetenzvielfalt bei der Mittelrekrutierung und Mittelverwendung auf das Gebiet der DDR zu übertragen. Regionale Problem- und Klientennähe sowie die explizite Kompetenz zur Bündelung und Mischung finanzieller Ressourcen der Arbeitsförderungs- und Beschäftigungspolitik haben beim anstehenden Aufbau der neuen Arbeitsverwaltung eine unwiederbringliche Chance zur Realisierung.

Fast jeder dritte Betrieb in der DDR verfügt derzeit über eigene Weiterbildungseinrichtungen. Diese Kapazitäten müssen stärker überbetrieblich organisiert, ausgebaut und modernisiert werden. Gerade angesichts des von allen Seiten prognostizierten hohen Qualifizierungs- und Umschulungsbedarfs kommt diesem Bereich eine herausragende Bedeutung zu. Seit langem fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter anderem die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem AFG über eine höhere Beteiligung des Zentralstaats sowie eine Umlage der Betriebe und Unternehmen zu finanzieren, denn die gegenwärtig dominierende Beitragsfinanzierung bedeutet eine Fehlallokation finanzieller Mittel der Versicherten. Bei Arbeitslosigkeit handelt es sich um ein grundsätzlich nicht versicherbares soziales Risiko. Dem muß bei der Ausgestaltung der Finanzierungsinstrumente – beispielsweise in Form von Unternehmensumlagen, einer explizit formulierten staatlichen Aufgaben- und damit Ausgabenzuständigkeit sowie eines Arbeitsmarktbeitrages aller Erwerbstätigen – Rechnung getragen werden.

Seit dem 26. Februar 1990 erhalten DDR-Bürger für die Zeit der Arbeitsvermittlung eine Unterstützung in Höhe von 70% ihres bisherigen Nettolohns. Bis zu 500 Mark werden aus öffentlichen Mitteln finanziert, darüber hinausgehende Beträge werden bis zur Höhe des Unterstützungs-

satzes (maximal 1000 Mark) durch Aufstockungszahlungen der Betriebe gedeckt. Wegen des niedrigen Durchschnittslohnniveaus von netto ca. 1.000 Mark (rd. 1.300 Mark brutto) muß die Untergrenze der Arbeitslosenunterstützung bei 70% des Nettolohns liegen. Dies gilt um so mehr, als die für die Kosten der Lebenshaltung entscheidenden Preise im Zuge der Wirtschaftsreformen und der Währungsunion kräftig anziehen werden. Die notwendige Dynamisierung der Unterstützungsleistungen entsprechend der durchschnittlichen Lohnentwicklung kann die materielle Lebenslage der Arbeitslosen nur zum Teil kompensieren, denn die in einer Reihe von Betrieben durchaus zu erwartenden kräftigen Lohnerhöhungen werden im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt erst über eine Frist von mehreren Jahren merklich durchschlagen.

Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit sind in der Bundesrepublik an vorhergehende beitragspflichtige Beschäftigung geknüpft - bei der Arbeitslosenhilfe zudem an die sogenannte Bedürftigkeit der Arbeitslosen. Hierdurch sind jedoch Sicherungslücken bei Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Zu Beginn gesellschaftlicher Arbeitslosigkeitsphasen - das zeigen in der BRD die Erfahrungen der vergangenen gut 15 Jahre - rekrutiert sich der größte Teil der Arbeitslosen aus dem Beschäftigungssystem mit der Folge, daß der überwiegende Teil zunächst auch Anspruch auf Unterstützungsleistungen hat. Bei einer finanziell hinreichend ausgestatteten Arbeitslosenversicherung werden daher Sicherungslücken in Form der Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug in der DDR zunächst nur in geringem Umfang zu erwarten sein. Dies würde sich bei einer umstandslosen Übertragung des hiesigen Sicherungssystems mit anhaltender Dauer der Arbeitslosigkeit allerdings schnell ändern. Zum einen wird der quantitative Anteil jener Personen zunehmen, die aus dem (Aus-)Bildungssystem in Arbeitslosigkeit wechseln. Zum anderen werden sich relativ schnell auch auf dem DDR-Arbeitsmarkt sog. Problemgruppen herauskristallisieren; hierzu zählen insbesondere Schwerbehinderte und gesundheitlich Beeinträchtigte sowie Ältere. Erforderlich ist daher die Etablierung einer Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit, die Sicherungslücken schließt, sowie der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung, die eine Abdängung vor allem der Frauen vom Arbeitsmarkt in die Stille Reserve bewirken und die Frauenerwerbsquote senken würde.

4.1.2 Aufbau einer lebensstandardsichernden Altersversorgung

Das Rentenversicherungssystem der DDR weist nur wenig Ähnlichkeiten mit

der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) der Bundesrepublik auf. Die Rentenberechnung erfolgt auf der Grundlage von nach Arbeitsjahren gestaffelten Festbeträgen, dem Durchschnittsverdienst der letzten 20 Jahre sowie der Zahl der insgesamt zurückgelegten Versicherungsjahre. Wegen der seit 1949 nicht mehr erhöhten Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark monatlich für die Pflichtversicherung beläuft sich die maximal erreichbare monatliche Rente nach 45 Versicherungsjahren auf 480 Mark; die durchschnittliche Altersrentenhöhe betrug 1988 ca. 376 Mark, was einem Nettorentenniveau von rund 39% entsprach. Andererseits werden in der DDR - ebenfalls in Abhängigkeit von der Zahl der Arbeitsjahre - Mindestrenten gewährt, deren Höhe 1988 nach 40 bzw. 45 Jahren zwischen 44 und 48 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeiter und Angestellten abdeckte - der niedrigste Mindestrentenbetrag (330 Mark) entsprach rund ein Drittel des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts. Der im Vordergrund stehende Versorgungscharakter des Mindestrentensystems kompensiert damit sehr stark eventuelle Niedrigeinkommenspositionen während der Erwerbsphase.

Durch die in der gegenwärtigen Form seit 1971 bestehende Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) wurde die Möglichkeit eröffnet, auch das über der Beitragsbemessungsgrenze liegende Arbeitsentgelt zu versichern. Für diesen Fall betrug die durchschnittliche Altersrente 1988 monatlich 479 Mark oder 49% des durchschnittlichen Nettoentgelts. Ein 1990 in Rente gehender Durchschnittsverdiener mit 45 Versicherungsjahren und Zugehörigkeit zur FZR seit 1971 erhält eine Rente von rund 680 Mark - was einem Nettorentenniveau von knapp 70% entspricht. Diese für DDR-Verhältnisse beachtliche Rentenhöhe ist allerdings lediglich eine Modellgröße, die mit der finanziellen Versorgungslage im Alter ebensowenig deckungsgleich ist wie unser hiesiger Standardrentner mit einer monatlichen Rente von über 1.700 DM nach 45 Versicherungsjahren. Insbesondere die DDR-Bestandsrenten müssen künftig wegen ihrer geringen Höhe deutlich angehoben werden. Geschieht dies nicht oder nur in unzureichendem Maße, so droht in einem vereinten Deutschland eine starke Zunahme von Altersarmut.

In der politischen Diskussion der Bundesrepublik besteht wohl nicht zuletzt angesichts des zu erwartenden Preis- und Kostenschubs ein breiter Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit einer Erhöhung der DDR-Renten. Darüber hinaus bietet sich aus bundesdeutscher Sicht die Übertragung der stark an Äquivalenzprinzipien orientierten dynamischen Renten an. Vor dem Hintergrund der von uns im MEMORANDUM '88 aufgezeigten Alternativen der Alterssicherungspolitik sowie der im MEMORANDUM '89 an der Rentenreform

'92 geübten Kritik halten wir eine Übertragung bundesdeutscher Rentenversicherungsprinzipien vom Grundsatz her dann für akzeptabel, wenn die bisherigen Spezifika des DDR-Sozialsystems, wie Mindestrenten und umfassende Sozialversicherungspflicht aller Erwerbstätigen sowie eine angemessene Beteiligung des Staatshaushalts an der Finanzierung der Renten, aufrecht erhalten werden. Andererseits können wir von einer Duplizierung hiesiger Trägerstrukturen (Arbeiterrentenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaft und diverse berufsständische Versorgungswerke) nur dringend abraten.

Auch im Falle einer Vorweganhebung der DDR-Renten und der Orientierung des künftigen Rentensystems am bundesdeutschen Vorbild werden die Absolutbeträge der DDR-Renten noch lange unter den bundesdeutschen Beträgen liegen. Die Bezugsbasis für die Rentenberechnung (Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsentgelte) wird noch über Jahre hinter der entsprechenden und ebenfalls weiter steigenden Vergleichsgröße der Bundesrepublik herhinken.

4.1.3 Gesundheitswesen und Krankenversorgung – Chancen für Alternativen zur Politik der Vermarktung

Das System der gesundheitlichen Versorgung in der DDR ist in seiner ordnungspolitischen Ausgestaltung und Zielrichtung dem bundesdeutschen diametral entgegengesetzt. Für die Zukunft ist daher vor allem dafür Sorge zu tragen, daß die Unentgeltlichkeit der medizinischen Betreuung, ihre allgemeine Zugänglichkeit und die Chancengleichheit bei der Inanspruchnahme von Leistungen erhalten bleiben und daß die Arzt-Patient-Beziehung nicht den Marktgesetzlichkeiten unterworfen wird. Die in den letzten Wochen deutlich sichtbar gewordenen Bestrebungen ärztlicher Standesorganisationen wie auch der Privatversicherer und von Teilen der sozialen Krankenversicherungsträger aus der Bundesrepublik sind deutliche Warnsignale.

Die Mängel des bundesrepublikanischen Gesundheitswesens, die wir zuletzt im MEMORANDUM '88 und '89 aufgezeigt haben, sind nicht zu übersehen. Das ambulante Behandlungsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigung hat zu den – aus Versicherungsbeiträgen zu finanzierenden – höchsten Ärzteeinkommen in der EG geführt; gleichzeitig wurde dadurch die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung etabliert und stabilisiert – mit den bekannten Nachteilen für die Patienten und finanziellen Belastungen der Versicher-

ten. Die Überbetonung technischer, apparativer Medizin - bewirkt durch die Einzelleistungsvergütung im ambulanten Bereich - hat eine Ausweitung der Behandlungsmenge zum Ergebnis. Es dominiert das ökonomische Interesse an Krankheit statt an Gesundheit - der "Unternehmerarzt" wird zur Regel. Die psychosozialen Grundlagen in der Medizin verkümmern angesichts der ordnungspolitisch betriebenen Auslieferung des Gesundheitswesens an die Pharma- und Medizingeräte-Industrie. Organisations- und Kompetenzdefizite des arbeitsmedizinischen Dienstes sowie seine finanzielle Abhängigkeit von Betriebs- und Unternehmensleitungen sind für eine effiziente Präventionspolitik mehr als hinderlich. Nicht zuletzt hat die durch das sogenannte Gesundheitsreformgesetz drastisch forcierte weitere Marktoffnung des Gesundheitswesens und Privatisierung von Gesundheitsrisiken zu zusätzlichen Belastungen der ohnehin bereits sozial Benachteiligten geführt. Schlußendlich hat die Zersplitterung der gesetzlichen Krankenversicherung in über 1100 Kassen sowie die Marktfreiheit des Privatversicherungssystems eine zunehmende Zersetzung von Solidarprinzipien zur Folge. Nach Risiko- und Einkommenstruktur stark differierende Beitragsätze der Versicherten, ein ruinöser Wettbewerb der Kassen untereinander bei gleichzeitig dadurch bedingter struktureller Unfähigkeit zur Bildung ausreichend starker Verhandlungspositionen gegenüber den privatwirtschaftlichen Anbietern im Gesundheitssystem sowie der ökonomische Anreiz für höherverdienende Einkommensgruppen mit niedrigen gesundheitlichen Risiken zur Verabschiedung aus der Solidargemeinschaft sind die deutlichsten negativen Folgen.

Abgesehen von dem formalen Anspruch auf eine allgemeinmedizinische Grundversorgung steht das bisherige Gesundheitswesen der DDR vor großen Problemen. Es fehlt an Arzneimitteln und insbesondere an modernen medizin-technischen Geräten und mittlerem pflegerischen Personal. Nach bundesrepublikanischen Schätzungen ist zudem rund die Hälfte der Bausubstanz der Krankenhäuser kaputt. Den gravierenden Versorgungsmängeln stehen allerdings eine ganze Reihe erhaltenswerter formaler Strukturprinzipien gegenüber, die im Interesse der Versicherten und Patienten nicht ohne Not über Bord geworfen werden sollten. Dies gilt etwa für die Betonung der medizinischen Prävention gegenüber der rein kurativen Medizin, für die enge Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung, für die fach- und berufsübergreifenden ambulanten Einrichtungen, für das Betriebsgesundheitswesen wie auch für die verhältnismäßig gleichmäßige regionale Verteilung medizinischer Versorgungseinrichtungen - und nicht zuletzt, mit all dem zusammenhängend, für die Unabhängigkeit von kommerziellen Erwägungen.

Das beiden Gesundheitssystemen gemeinsame Sachleistungsprinzip gebietet eine schnelle Harmonisierung des Leistungsrechts sowie der qualitativen Versorgungsstandards, da ansonsten mit Ausweichreaktionen größeren Umfangs zu rechnen ist. Die Preise für Arzneimittel sowie für Heil- und Hilfsmittel werden sich unter den Bedingungen einer Währungsunion umgehend angleichen. Auch aus diesem Grunde ist die in der DDR bereits existierende Positiv-Liste als Marktzugangsbarriere für die überteuerten bundesdeutschen Produkte aufrechtzuerhalten und im Hinblick auf qualitative Standards auszubauen. Soll die weitere Abwanderung von Pflegepersonal und Ärzten gestoppt werden, so bedarf es hierzu zum einen einer deutlichen Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der pflegenden Berufe in der DDR bei gleichzeitigem Verzicht von bundesdeutscher Seite auf Abwerbung entsprechender Fachkräfte sowie zum anderen der ärztlichen Niederlassungsfreiheit. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang allerdings die verbindliche Orientierung der Niederlassungen an regionalen Bedarfsplanungen sowie eine Abstimmung und Verknüpfung mit den aufrechtzuerhaltenden Kapazitäten der Polikliniken und Ambulatorien, deren Funktionsfähigkeit auch und gerade unter personeller Beteiligung der niedergelassenen Ärzte zu gewährleisten wäre. Eine starke, über die Schaffung entsprechender Strukturen herzustellende Verhandlungsmacht der sozialen Krankenversicherung ist neben der Pflichtversicherung aller Erwerbstätigen gundlegende Voraussetzung für die Bewahrung und den Ausbau eines solidarischen Gesundheitssystems. Regionale Einheitskassen wären unter den genannten Gesichtspunkten ebenso eine Alternative zum zergliederten bundesdeutschen System wie die Überlegung, Renten- und Krankenversicherung unter ihrer jetzigen einheitlichen, aber regional zu gliedernden Trägerschaft zu belassen - ein Ordnungsprinzip, das im übrigen auch dem seit langem bewährten System der bundesdeutschen Knappschaft nahe käme. Gerade vor dem Erfahrungshintergrund der bundesdeutschen Rehabilitationspraxis, der diesbezüglichen Unüberschaubarkeit und fehlenden Verbindung der einzelnen Phasen im Rehabilitationsprozeß sowie der aufgrund der Trägervielfalt verbreiteten Schnittstellen-Inkompatibilität zwischen medizinischer, beruflicher und sozialer Rehabilitation, wäre die Beibehaltung der organisatorischen Einheit von Renten- und Krankenversicherung - bei getrennter Rechnungslegung - nicht nur im Interesse der Rehabilitanden geradezu beispielgebend.

4.1.4 Sicherung der Rechte von Frauen und Familien

Für die Zukunft keiner anderen vergleichbaren Personengruppe wird die Beibehaltung und Realisierungsmöglichkeit des verfassungsmäßigen Rechts auf Arbeit von so entscheidender Bedeutung sein wie für die Frauen der DDR. Im Jahre 1988 stellten sie fast die Hälfte aller Berufstätigen. Die Frauenerwerbsquote lag mit 83,2% ähnlich hoch wie die der Männer, und damit um fast 30 Prozentpunkte über der Erwerbsquote der Frauen in der Bundesrepublik. Die alleinige Ursache hierfür im bisherigen Arbeitskräftemangel zu suchen, ist zu kurz gegriffen; entscheidend sind auch die unterschiedlichen arbeits- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen, die als Voraussetzung erfüllt sein müssen, damit allen Frauen, die an einer Erwerbstätigkeit interessiert sind, hierzu die Möglichkeit gegeben wird. Hier sind die diesbezüglichen Optionen im anderen deutschen Staat trotz einiger Mängel, wie etwa der in vielen Bereichen fehlenden Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Inanspruchnahmemöglichkeit von familiär bedingten Freistellungsansprüchen, sehr viel stärker ausgebaut als in der Bundesrepublik.

Die Gestaltungsprinzipien im Bereich der Frauen- und Familienpolitik liegen in beiden deutschen Staaten keineswegs weit auseinander; Unterschiede zeigen sich eher in einzelnen Strukturen und Standards sowie in der sehr viel stärkeren Indiepflichtnahme der DDR-Betriebe bei ihrer Realisierung. Die Nettoentgeltfortzahlung in den letzten Schwangerschaftswochen sowie nach der Niederkunft stimmt vom Grundsatz her hier wie dort überein - allerdings ist die 20-wöchige Schutzfrist der Mütter in der DDR nach der Niederkunft und damit auch die Fortzahlung des Nettoentgelts 12 Wochen länger als in der Bundesrepublik. Dem hiesigen Erziehungsurlaub von 15 bzw. demnächst 18 Monaten mit Anspruch auf Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM monatlich entspricht in der DDR ein Anspruch auf bezahlte Freistellung bis zum Ende des 12. bzw. 18. Lebensmonats des Kindes. Die Höhe der während dieser Zeit gezahlten Mütterunterstützung beläuft sich auf 50 und 90 Prozent des vormaligen Nettoentgelts. Der Lohnersatzcharakter der Mütterunterstützung entspricht damit dem in der Bundesrepublik bis 1985 gewährten Mutterschaftsurlaubsgeld. Allerdings decken die Zahlungen in der DDR für die vollerwerbstätigen Mütter in den meisten Fällen einen relativ höheren Anteil des Nettoeinkommensausfalls während der Freistellung ab als das Bundeserziehungsgeld. Während der Freistellung besteht Kündigungsschutz, nachher eine Rückkehrgarantie auf den alten Arbeitsplatz.

Die Absolutbeträge des staatlichen Kindergeldes für Erst- und Zweitkinder stimmen in beiden Sozialsystemen überein, für weitere Kinder liegen die bundesdeutschen Maximalbeträge höher. Der kumulierte Zahlbetrag des Kindergeldes beläuft sich - jeweils verglichen mit dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen - jedoch in der DDR auf einen deutlich höheren Anteil als in der Bundesrepublik; beim dritten Kind beispielsweise auf rd. 23% (BRD maximal rd. 11%).

Deutliche Unterschiede zeigt schließlich der flächendeckende Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen in beiden Staaten; er bestimmt letztlich auch die Realisierungsmöglichkeiten eines Rechts auf Arbeit für Frauen. Während in der Bundesrepublik auf 36 Kinder der Altersgruppe bis zu drei Jahren ein Krippen- oder Tagespflegeplatz entfällt (davon stellen alleine Hamburg und Berlin 40%), können in der DDR rd. 80% der Kinder in Krippen versorgt werden. Die Hortplätze für schulpflichtige Kinder reichen in der Bundesrepublik nicht einmal aus, um allen Alleinerziehenden einen Platz für ihre Kinder gewährleisten zu können. In der DDR liegt der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen bei deutlich über 90%; die Plätze sind zudem kostenlos und haben Öffnungszeiten, die der Berufstätigkeit der Mütter/Väter nicht entgegenstehen.

Nicht zuletzt liegt in der DDR die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche in der alleinigen Verantwortung der Frauen - während diese Fristenlösung in der Bundesrepublik nach wie vor verfassungswidrig ist und gerade jetzt seitens der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg alle Anstrengungen unternommen werden, die soziale Notlagenindikation weiter einzuschränken.

4.1.5 Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte

Der Aufbau und die Stärkung der Gewerkschaften in der DDR wird entscheidend für die Beantwortung der Frage sein, ob und wie weit beim Vollzug der Wirtschaftsreformen und der Währungsunion wenigstens ein Minimum an sozialen Standards erhalten werden kann. Die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellationen in beiden deutschen Staaten geben eher Anlaß zur Skepsis.

Noch sind die verfassungs- und arbeitsrechtlich garantierten Arbeitnehmerschutz- und Mitbestimmungsrechte in Kraft. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des sehr viel stärker als in der BRD ausgebauten Bestands-

schutzes von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen der arbeitsgesetzlichen Normen, der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, des Rechts der Gesetzesinitiative und der Mitwirkungsrechte bei einschlägigen Gesetzgebungsverfahren sowie des Streikrechts und des Aussperrungsverbots. Norm und Wirklichkeit klaffen allerdings gegenwärtig zunehmend auseinander. Das Handeln vieler Betriebsleitungen orientiert sich offenbar bereits heute an jenen Verhältnissen, die erst im Zuge der anstehenden Wirtschaftsreformen etabliert werden sollen. Diesen neuen Entwicklungen stehen viele Betriebsgewerkschaftsleitungen hilflos gegenüber.

Zum größten Teil negative Reaktionen löste das auf der letzten Volkskam- mersitzung vor der Wahl verabschiedete Gewerkschaftsgesetz aus. Auf Seiten der bundesdeutschen Gewerkschaften stieß vor allem die damit gesetzte Option auf Kritik, derzu folge die Regierung einen Streik aus Gründen des Gemeinwohls aussetzen kann. Daneben sind aber Bestandsschutz und Betätigungs freiheit der Gewerkschaften festgeschrieben. Die tariflich zulässigen Regelungsbereiche sind ebenso wie die betrieblichen Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte weiter gefaßt als im bundesdeutschen Tarifvertragsgesetz oder im Betriebsverfassungsgesetz. Streikrecht und Aussperrungsverbot sind in der Verfassung festgeschrieben, Schadenersatz-ansprüche bei Arbeitskämpfen sind ausgeschlossen, und die Lohnfortzahlung ist in allen Fällen mittelbar arbeitskampfbedingter Produktionsstörungen gesetzlich gewährleistet. Viele der materiell-technischen Regelungen finden sich auch in bundesdeutschen Gewerkschaftsbeschlüssen wieder. Diese wichtigen Punkte sollten bei einer kritischen Durchleuchtung des DDR-Gewerkschaftsgesetzes mehr Beachtung finden. Es fehlt allerdings bisher an einer effizienten und demokratischen Unternehmens- und Betriebsverfassung, die die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen im Betrieb gewährleisten kann. Hier ist darauf zu verweisen, daß das am weitesten gehende westdeutsche Mitbestim- mungsmodell - die Montan-Mitbestimmung - ganz wesentlich zur Erleichte- rung des Strukturwandels in bundesdeutschen Krisenregionen beigetragen hat.

4.2 Entwicklungsszenarien und Kostenabschätzung

Für den Bereich der sozialen Sicherung sowie der sozialen Infrastruktur lassen sich Entwicklungsszenarien und darauf aufbauende Kostenschätzun- gen beschreiben, auch wenn hinsichtlich der sozialstatistischen Datenlage in der DDR Vorbehalte angebracht sind.

4.2.1 Kostenkorridor der Arbeitslosigkeitsszenarien

Im September 1989 belief sich die Zahl der Berufstätigen auf rund 8,5 Millionen Personen. Abzüglich der zwischenzeitlich erfolgten Abwanderungen von rund 300.000 Erwerbspersonen gehen wir im folgenden von 8,2 Millionen Erwerbstätigen aus. Hinzu kommt der sog. "X-Bereich" (Sicherheitsapparat, NVA, Polizei, Parteiapparate usw.), über dessen Gesamtumfang lediglich Schätzungen vorliegen, die bis zu einem Volumen von 1 Millionen Personen reichen. Aus den vorliegenden Einkommensdaten ergibt sich in Abhängigkeit von der Höhe der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit der in Tabelle 4 ablesbare Kostenkorridor für Unterstützungsleistungen infolge von Arbeitslosigkeit. In einer ersten Phase werden fast sämtliche Männer und Frauen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, da sich Arbeitslosigkeit überwiegend aus dem Beschäftigungssystem rekrutieren wird. Der weitere Verlauf hängt entscheidend davon ab, wie restriktiv das zu schaffende Leistungsrecht gehandhabt und damit der Ausgrenzungsdruck aus dem Leistungsbezug gestaltet wird.

Tabelle 4: Kosten der Arbeitslosigkeit in der DDR

Zahl der Beschäftg. in Mio. JD	Durchsch. Brutto in Mio. Mark	Brutto lohn- summe Mrd. M	Netto- quote	Durchsch. Netto in Mio. Mark	Alos in Mio. JD	Unter- stützg. Satz	Monatl. Unter- stützg.- höhe	Kosten der Alo Mrd. Marksatz	erford. Beitrags- Satz in M	konst. Beitr.- Satz in M	verblbd. Defizit/ Obersch. Mrd. M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
8,2	1300	127,9	0,76	988	0,0	0,7	691,60	0,00	0,0	5,5	5,5
8,0	1300	124,8	0,76	988	0,2	0,7	691,60	1,66	1,3	5,4	3,7
7,8	1300	121,7	0,76	988	0,4	0,7	691,60	3,32	2,7	5,2	1,9
7,6	1300	118,6	0,76	988	0,6	0,7	691,60	4,98	4,2	5,1	0,1
7,4	1300	115,4	0,76	988	0,8	0,7	691,60	6,64	5,8	5,0	-1,7
7,2	1300	112,3	0,76	988	1,0	0,7	691,60	8,30	7,4	4,8	-3,5
7,0	1300	109,2	0,76	988	1,2	0,7	691,60	9,96	9,1	4,7	-5,3
6,8	1300	106,1	0,76	988	1,4	0,7	691,60	11,62	11,0	4,6	-7,1
6,6	1300	103,0	0,76	988	1,6	0,7	691,60	13,28	12,9	4,4	-8,9
6,4	1300	99,8	0,76	988	1,8	0,7	691,60	14,94	15,0	4,3	-10,6
6,2	1300	96,7	0,76	988	2,0	0,7	691,60	16,60	17,2	4,2	-12,4
6,0	1300	93,6	0,76	988	2,2	0,7	691,60	18,26	19,5	4,0	-14,2
5,8	1300	90,5	0,76	988	2,4	0,7	691,60	19,92	22,0	3,9	-16,0
5,6	1300	87,4	0,76	988	2,6	0,7	691,60	21,58	24,7	3,8	-17,8
5,4	1300	84,2	0,76	988	2,8	0,7	691,60	23,24	27,6	3,6	-19,6
5,2	1300	81,1	0,76	988	3,0	0,7	691,60	24,90	30,7	3,5	-21,4
5,0	1300	78,0	0,76	988	3,2	0,7	691,60	26,56	34,0	3,4	-23,2
4,8	1300	74,9	0,76	988	3,4	0,7	691,60	28,22	37,7	3,2	-25,0
4,6	1300	71,8	0,76	988	3,6	0,7	691,60	29,88	41,6	3,1	-26,8
4,4	1300	68,6	0,76	988	3,8	0,7	691,60	31,54	45,9	3,0	-28,6

Je nach dem wie hoch der Zugang aus dem sog. "X-Bereich" in Arbeitslosigkeit sein wird, steigt das Volumen der notwendigen Unterstützungsleistungen (bei sonst gleichen Annahmen) um 0,82 Mrd. Mark pro 100.000 Personen.

Der Kostenkorridor in Tabelle 4 greift lediglich das für ein Kalenderjahr zu erwartenden Lohnersatzleistungsvolumen ab. Hinzu kommen Sach-, Personal- und Infrastrukturkosten für den Aufbau einer effektiven Arbeitsverwaltung sowie insbesondere für Qualifizierungseinrichtungen zur Abdeckung des enormen Umschulungs- und Fortbildungsbedarfs in Größenordnungen, die sich in den Anfangsjahren auf ca. 5 Mrd. Mark belaufen dürften. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen infolge von Mindereinnahmen aufgrund zurückgehender Erwerbstätigenzahlen sowie zusätzlicher sonstiger direkter und indirekter Ausgaben wegen Arbeitslosigkeit.

4.2.2 Kosten einer deutlichen Anhebung der DDR-Renten

Seit der deutlichen Rentenerhöhung vom Dezember 1989 beträgt die durchschnittliche Altersrente aus der Pflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten knapp 450 Mark. Dieser Betrag entspricht rd. 34% des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts der Berufstätigen - der Anteilswert ist deckungsgleich mit dem der bundesdeutschen GRV. Ein solcher Vergleich von Durchschnittsgrößen ist allerdings unter einer Reihe von Vorbehalten zu stellen. Während z.B. über ein Drittel der Versichererrenten an Frauen aus der bundesdeutschen Arbeiterrentenversicherung unter 300 DM liegt, beginnen in der DDR aufgrund des Mindestrentensystems die Zahlbeträge erst oberhalb dieser Grenze. Andererseits sind Streubreite und Rentenkumulation in der bundesdeutschen Alterssicherung sehr viel stärker ausgeprägt als im Alterssicherungssystem der DDR. Unter anderem aus diesen Gründen sind die Rentendurchschnittswerte in der BRD sehr viel weniger aussagekräftig hinsichtlich der materiellen Lebenslage im Alter als die DDR-Werte für die dortige Situation.

Hauptsächlich wegen der geringen Streubreite der Rentenzahlbeträge aus der DDR-Pflichtversicherung, des niedrigen Nettorentenniveaus und des zu erwartenden Anstiegs der Lebenshaltungskosten in der DDR wird von maßgeblichen Vertretern der bundesdeutschen Rentenversicherungsträger eine Vorweganhebung der Durchschnittsrenten auf ca. 70% des durchschnittlichen Nettoentgelts der Berufstätigen für notwendig und

vertretbar erachtet. Dies würde eine Durchschnittsrentenerhöhung um 230 Mark von derzeit rd. 450 Mark auf rd. 680 Mark monatlich bedeuten. Bei rund 2,83 Millionen Rentenfällen (ohne Hinterbliebenen-/Zweitrenten) im Bestand der beiden DDR-Sozialpflichtversicherungsträger bedeutet dies Mehrausgaben von jährlich mindestens 7,8 Mrd. Mark. Das ist ein Ausgabenanstieg um mehr als 50% - verglichen mit den gegenwärtigen Rentengesamtausgaben der Pflichtversicherung. Dieser Betrag wäre zudem - wie alle anderen Rentenleistungen auch - entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung jährlich zu dynamisieren.

4.2.3 Mehrausgaben des Gesundheitswesens

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger für gesundheitliche Leistungen einschließlich der Geldleistungen (insbesondere Krankengeld auch für die ersten sechs Wochen) werden sich in diesem Jahr auf gut 22 Mrd. Mark belaufen. Hinzu kommen Leistungen aus dem Staatshaushalt der DDR von schätzungsweise 19 Mrd. Mark. Alleine die wegen ansonsten zu erwartender Ausweichreaktionen möglichst umgehend vorzunehmende Angleichung der Versorgungsstandards (ohne bauliche Maßnahmen) schätzen wir auf kurzfristig 8 bis 10 Mrd. Mark jährlich. Hinzukommen müssen Lohnerhöhungen für das pflegende und ärztlich-medizinische Personal, um weiteren Abwanderungen mit Aussicht auf Erfolg vorbeugen zu können.

4.3 Gesamtkosten und Finanzierungsmöglichkeiten

Bei ein bis zwei Millionen Arbeitslosen (einschließlich der über Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu fördernden bzw. zu qualifizierenden Personen) im Jahresdurchschnitt, bei der notwendigen Voraberhöhung der Renten sowie der Angleichung von Versorgungsstandards im Gesundheits-/Sozialwesen muß mit zusätzlichen Mitteln von jährlich mindestens 25 bis 35 Mrd. Mark gerechnet werden. Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger sowie des Staates für das Gesundheits- und Sozialwesen müßten damit um die Hälfte bis zu zwei Dritteln steigen. Zur DDR-internen Finanzierung dieses finanziellen Mehrbedarfs bieten sich theoretisch zwei Instrumente an: die Beitragsfinanzierung auf der einen und/oder die Steuerfinanzierung auf der anderen Seite.

Beitragssfinanzierung

Das gesamte Beitragsaufkommen der Pflicht- und Freiwilligen Zusatzrentenversicherung wird sich 1990 auf rd. 20,5 Mrd. Mark belaufen. In einem ersten Schritt müßte die Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark monatlich deutlich angehoben werden. In der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung der Bundesrepublik beträgt sie z.Zt. etwa 180% des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts. Bei einer angenommenen Übertragung dieser Relation auf DDR-Verhältnisse würde dies dort einer Beitragsbemessungsgrenze von ca. 2.300 Mark entsprechen. Bei gleichzeitiger Sozialversicherungspflicht aller Erwerbstädtigen ist davon auszugehen, daß die gesamte Bruttolohnsumme der Beitragspflicht unterliegen würde. Bei 8,2 Millionen Erwerbstädtigen und einem Gesamtsozialversicherungsbeitrag von angenommen 20% würde das Beitragsaufkommen bei einer Bruttolohn- und -gehaltssumme von rd. 128 Mrd. Mark etwa 25,6 Mrd. Mark betragen. Bei Vollbeschäftigung würde die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze demnach zu einer Steigerung des Beitragsvolumens von rd. 25% führen. Damit ließen sich rd. 30% der zu erwartenden Zusatzkosten im Renten- und Gesundheitsbereich decken. Allerdings würde die Nettoquote der Arbeitnehmer (Verhältnis von Netto- zu Bruttoeinkommen) merklich sinken. Belastet würden vor allem jene rd. 15% der Berufstätigten, die ihr über der heutigen Beitragsbemessungsgrenze liegendes Arbeitseinkommen nicht freiwillig zusatzversichert haben. Da auch in der DDR in der ersten Phase der Währungsunion mit Massenarbeitslosigkeit und entsprechend rückläufigen Beschäftigungszahlen zu rechnen sein wird, wird die beitragspflichtige Lohnsumme deutlich sinken. Bei einem um 2 Millionen Personen sinkenden Beschäftigungsstand würde die beitragspflichtige Lohnsumme auf rd. 97 Mrd. Mark sinken, das Gesamtbeitragsaufkommen würde damit trotz der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze dem unter unveränderten Bedingungen zu erwartenden Volumen des laufenden Jahres von 20,5 Mrd. Mark entsprechen - während die zusätzlichen Kosten gleichzeitig deutlich zunehmen würden.

Eine über die in der ersten Stufe vorzunehmende Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze hinausgehende zusätzliche Beitragssatzerhöhung ist angesichts der Nettoeinkommensposition der Arbeiter und Angestellten nicht vertretbar. Beim genannten Arbeitslosigkeitsszenario wäre zur Kostendeckung im übrigen eine Gesamtbeitragssatzsteigerung von rd. 40 Prozentpunkten (davon 20 Prozentpunkte Arbeitnehmerbeitrag) erforderlich. Wegen der damit unweigerlich verbundenen Senkung der verfügbaren Arbeitnehmereinkommen ist auch bei in Zukunft steigenden Bruttoarbeitsentgelten verteilungspolitisch nur eine verhaltene Beitragssatzerhöhung vertretbar.

Steuerfinanzierung

Im laufenden Rechnungsjahr wird sich der Zuschuß des Staates zu den Ausgaben der beiden Sozialversicherungsträger auf etwa 19,5 Mrd. Mark belaufen; hinzu kommen schätzungsweise 19 Mrd. Mark originäre Haushaltsmittel für das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR.

Haupteinnahmequelle des Staatshaushalts sind die Pflichtabführungen der Volkseigenen Betriebe, der Kombinate und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - also Produktions- und Handelsfondsabgaben, Beiträge für gesellschaftliche Fonds, Nettogewinnabführungen und Produktabgaben. Hierdurch alleine werden über drei Viertel der Gesamteinnahmen gedeckt. Das Steueraufkommen liegt dagegen deutlich unter 10%. Infolge des zusätzlichen Steuerfreibetrages für Arbeitnehmer in Höhe von 200 Mark monatlich ab April 1990 gehen dem Fiskus vom ohnehin geringen Steueraufkommen weitere rd. 2 Mrd. Mark verloren. Die Finanzierung der zusätzlichen sozialpolitischen Kosten über eine Erhöhung der direkten Steuern scheidet daher wegen der dann exorbitant zu erhöhenden Steuersätze aus. Die Hoffnung auf eine Steigerung des betrieblichen Abgabevolumens wäre illusionär - eher ist mit dem genauen Gegenteil zu rechnen. Konfrontiert mit der internationalen Konkurrenz wird es in vielen Bereichen zu Betriebsschließungen kommen und damit auch zu einem sehr deutlichen Rückgang der Staatseinnahmen. Damit aber entstehen zusätzliche Gefahren für die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems, die die von uns geschätzten finanziellen Defizite noch weiter in die Höhe treiben könnten. Wegen der Struktur der öffentlichen Einnahmen sehen wir ohnehin die größten Finanzierungsprobleme nicht so sehr im engeren Bereich der sozialen Sicherung als vielmehr beim staatlichen Haushalt. Diese Finanzierungsprobleme werden erst recht nicht dadurch lösbarer, daß etwa das bundesdeutsche Steuersystem mit seinem Schwerpunkt auf der Einkommensbesteuerung der Erwerbstätigen bruchlos auf die DDR übertragen wird.

Auf kurze und mittlere Frist gibt es zur Finanzierung dieser Defizite durch öffentliche Mittel aus der Bundesrepublik keine relevante Alternative. Alleine für den sozialen Sicherungsbereich wären dies jährliche Kosten in Höhe von 25 bis 35 Mrd. DM bei einer Währungsumstellung im hier angesprochenen Bereich von 1:1. Dies aber übersteigt die in der bundesdeutschen politischen Diskussion gehandelten Beträge für eine Anschubfinanzierung nicht nur in absoluter Höhe sehr deutlich, sondern auch und gerade in der zeitlichen Perspektive.

5. Grundsätze und Instrumente zur Finanzierung der Sanierungskosten

Die überstürzte Einführung der Währungsunion mit der DDR ist mit hohen ökonomischen und sozialen Risiken verbunden und verursacht Folgekosten, die zu einem ganz erheblichen Ausmaß in der Bundesrepublik getragen werden müssen. Dazu gehören die Kosten für das aufzubauende oder grundlegend zu reformierende System der sozialen Sicherung. In Abhängigkeit von der Höhe der Arbeitslosigkeit werden in der Startphase hierfür 25 bis 35 Mrd. DM anfallen und von der Bundesrepublik in der Startphase pro Jahr aufgebracht werden müssen.

Darüber hinaus erfordert die Bereitstellung kurzfristiger Liquiditätshilfen, die Modernisierung und Umstellung der Wirtschaft der DDR die rasche Umsetzung eines Sofortprogramms in Höhe von 15 Mrd. DM. Der Erfolg wirtschaftlicher Reformen hängt darüber hinaus ganz entscheidend davon ab, ob unverzüglich auch Schritte zur Erneuerung und ökologischen Sanierung der Infrastruktur in Gang gesetzt werden. Auch hierfür wird die Bundesrepublik in der Startphase mit rund 25 Mrd. DM jährlich einstehen müssen. Insgesamt schätzen wir damit die Kosten der sofortigen Einführung der deutsch-deutschen Währungsunion in der Startphase auf 65 – 75 Mrd. DM pro Jahr.

Die hier ausgewiesenen Kosten stellen eher eine Untergrenze dar, denn die enormen Risiken für den Staatshaushalt der DDR im Verlauf der kurzfristig notwendigen Umstellung des gesamten Steuersystems wie auch die Belastungen durch Ausgleichsforderungen für die Schuldenstreichungen bei den Staatsbetrieben sind hier nicht abgeschätzt. Um so dringlicher ist die möglichst rasche Verwirklichung des von uns vorgeschlagenen Sofortprogramms zur Sanierung der Wirtschaft sowie zum Ausbau der Infrastruktur. Denn je schneller ein solches Programm umgesetzt und beschäftigungswirksam wird, um so größer sind die Chancen, daß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu begrenzen ist. Wirksame staatliche Programme zur Modernisierung der Wirtschaft und der Infrastruktur wie auch der ökologischen Erneuerung der DDR sind die Basis für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Sie können zugleich die sozialen Kosten der Währungsunion reduzieren.

Ein ökonomisches und sozial-ökologisches Sofortprogramm in der hier beschriebenen Weise und in den angegebenen Dimensionen ist dringend erforderlich, will man den Einkommens- und Wettbewerbsrückstand der DDR nicht noch weiter anwachsen lassen. In der Bundesrepublik wiederum

entscheidend wird freilich die Art und Weise der Finanzierung dieses Sofortprogrammes sein.

Die Finanzierung der Aktivitäten in den Bereichen produktivitätsstarker und sozial-ökologischer Infrastrukturpolitik sowie zur Anpassung bzw. zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme stellt eine staatlich zu organisierende Gemeinschaftsaufgabe dar. Deshalb sind Forderungen nach einer Finanzierung der DDR-Sanierungskosten durch den Verzicht auf einen Teil der Tariflohnnerhöhungen grundsätzlich abzulehnen. Die Aufbringung dieser "Solidarleistungen" darf nicht über entsprechende Tarifabschlüsse auf die Gruppe der Arbeitnehmer einseitig abgewälzt werden. Vielmehr ist bei der Finanzierung dieser Gemeinschaftsaufgabe an der Verteilung der Einkommens- und Vermögenskraft in der Bundesrepublik anzusetzen.

Wegen des dramatisch starken Gefälles der wirtschaftlichen Entwicklung und der völligen Andersartigkeit der sich stellenden Umstrukturierungsaufgaben läßt sich die Sanierung der DDR-Wirtschaft in einer langen Anpassungsphase auch nicht im Rahmen des bisherigen Auftrags des Grundgesetzes zum regionalen Ausgleich der Wirtschaftskraft und der Finanzausstattung innerhalb der Bundesrepublik lösen. Der bisherige Länderfinanzausgleich mit einem Volumen von 3,4 Mrd. DM (1988), der die Steuerkraft (Steuern je Einwohner) eines Landes im Prinzip an den Bundesdurchschnitt angleicht und die Sonderstellung der Stadtstaaten Hamburg und Bremen gegenüber den Flächenländern über die Einwohnerwertung (1,35%) zumindest ansatzweise berücksichtigt, würde völlig gesprengt, wenn etwa die fünf DDR-Länder (Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg) einbezogen würden. Methodisch allerdings problematische Modellrechnungen zeigen, daß ca. 10 bis 20 Mrd. DM an Ausgleichsmitteln dann in die DDR-Länder fließen würden, während bisherige steuerschwache Nehmerländer in der Bundesrepublik - einschließlich der notleidenden Stadtstaaten - starke Geberländer würden. Die Ursachen dafür liegen in der vergleichsweise niedrigen Pro-Kopf Besteuerung der DDR-Bürger. Deshalb macht die Sanierung der DDR vielmehr ein eigenständiges Finanzierungsmodell bei Beibehaltung der bisherigen Systeme zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft für den Wirtschaftsraum der BRD erforderlich. Das gilt auch für die Bundesergänzungszuweisungen, mit denen der Bund 2% seines Anteils an der Umsatzsteuer (1989 2,7 Mrd. DM) auf der Basis des Länderfinanzausgleichs zusätzlich an finanzschwache Bundesländer verteilt. Schließlich muß auch der Strukturhilfefonds über jährlich 2,4 Mrd. DM, der von 1988 an für

zehn Jahre aus Bundesmitteln verteilt wird, beibehalten werden. Aus diesem Fonds erhalten die Länder bzw. deren Kommunen Finanzmittel, die unter anderem durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und damit verbundenene Sozialkosten belastet sind. Die Sanierung der DDR-Wirtschaft muß unabhängig von diesen existenzsichernden Ausgleichssystemen im föderalen Bundesstaat für das Wirtschaftsgebiet der BRD organisiert und finanziert werden. Denn es ist auch weiterhin dafür Sorge zu tragen, daß sich die Auseinanderentwicklung der Regionen in diesem Wirtschaftsgebiet nicht vertieft. Längerfristig freilich, wenn etwa in zehn Jahren eine Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den deutsch-deutschen Wirtschaftsräumen erfolgt sein wird, wird eine auf Dauer ausgerichtete Neuordnung des gesamten föderalen Finanzsystems erforderlich.

Abzulehnen ist auch eine Finanzierung der Sanierung der DDR über die einkommensschwächeren Länder der EG. Insofern ist zwar anzustreben, daß die Grundsätze der regionalen und sektoralen Strukturpolitik möglichst zügig auch für die Durchführung des Modernisierungs- und Umstellungsprogramms der DDR Anwendung finden und in die Entscheidungsverfahren der EG einbezogen werden. Zugleich ist aber sicherzustellen, daß die Mittel der EG-Strukturfonds (ESF, EFRE) in ihren bisherigen Niveaus und ihrer regionalen und nationalen Verteilung durch die deutsch-deutsche Vereinigung nicht eingeschränkt werden. Anzustreben ist zudem mittelfristig eine Abstimmung der Modernisierungs- und Infrastrukturprogramme für die DDR mit den spezifischen Osteuropaprogrammen der EG.

Ökonomisch schädlich und sozial nicht akzeptabel ist eine Finanzierung der zusätzlichen Lasten der deutsch-deutschen Vereinigung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer; denn diese steigert einerseits die ohnehin vorhandenen Inflationsgefahren und belastet andererseits die ökonomisch schwachen Einkommensbezieher überproportional. Zugleich ist auf die für 1992 geplante Senkung der Unternehmensteuern zu verzichten.

Wir plädieren stattdessen für einen verteilungspolitisch ausgewogenen Mix von Finanzierungsinstrumenten. Die Finanzierungsquellen im einzelnen sind:

- Noch 1990, aber auch 1991 werden sich Steuermehreinnahmen gegenüber den Annahmen in den bisherigen öffentlichen Haushaltssplanungen aufgrund der anhaltend günstigen konjunkturellen Lage ergeben. Nicht zuletzt werden konjunkturelle Wachstumsimpulse der deutsch-deutschen

Vereinigung zu Steuermehreinnahmen in der Bundesrepublik führen. Die Steuermehreinnahmen sollten zur Finanzierung des Sofortprogramms im Wirtschaftsgebiet der bisherigen DDR verwendet werden.

- Innerhalb des derzeitigen Bundeshaushaltes können durch Umschichtungen und Einsparungen Finanzmittel gewonnen werden. In dem Ausmaß, in dem die bereits angesprochenen bisherigen Kosten der deutsch-deutschen Teilung sinken, wachsen neu verwendbare Finanzen hinzu. Soweit die Übersiedlung der Bevölkerung der DDR zurückgeht, entstehen den öffentlichen Haushalten in der Bundesrepublik künftig keine neuen Zusatzbelastungen in diesem Bereich.
- Einen wesentlichen Posten zur Umschichtung im Bundeshaushalt bietet der Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14), der mit 54,5 Mrd. DM in 1990 das gesamte Ausmaß der Ausgaben für den militärischen Bereich unterzeichnet. Hier wird auch als Beitrag zu einer Abrüstungsinitiative eine durchaus realisierbare Kürzung um 10 Mrd. DM vorgeschlagen. Diese "Friedensdividende" ("peace dividend") sollte jeweils zur Hälfte für die Finanzierung des "Sofortprogramms DDR" und zur Rüstungskonversion in bundesdeutschen Unternehmen genutzt werden.
- Um auch im Bereich der öffentlichen Mittelaufbringung dem Charakter der Vor-Finanzierung Rechnung zu tragen, wird die Auflage einer langfristigen DM-Anleihe, die von In- und Ausländern nach Renditegesichtspunkten (freiwillig) gekauft werden kann, vorgeschlagen. Diese Anleihe ist entsprechend den in der Bundesrepublik aufzubringenden Mitteln für die Sanierung der DDR-Infrastruktur mit einem Volumen von 25 Mrd. DM aufzulegen. Die jährlichen Zinszahlungen (bei 8 bis 9% pro Jahr 2 bis 2,5 Mrd. DM) sowie die Kurspflege übernimmt in der Anfangsphase der Bundeshaushalt. Die offizielle Tilgung sollte jedoch erst nach zehn Jahren einsetzen.
- Angesichts der Dimensionen, die in der Startphase die Soziale Sicherung, die Modernisierung und Umstellung der Wirtschaft sowie die Sanierung der Infrastruktur auf dem Gebiet der DDR erfordern, sind freilich über kurz oder lang Steuererhöhungen unvermeidlich. Daran wird keine Bundesregierung vorbeikommen. Allerdings sind die aktuellen Bestrebungen unübersehbar, diese Diskussion möglichst auf das Jahr 1991 zu verschieben. Diese unumgänglichen Steuererhöhungen sind nach Maßgabe ökonomischer Effizienz und sozialer Verteilungsge rechtigkeit zu gestalten.

Wir schlagen eine zeitlich (etwa auf fünf Jahre) beschränkte, jedoch nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe in Höhe von 10% auf die Einkommensteuerschuld ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000/120.000 DM (Alleinstehend/Verheiratet) vor. Mit diesem Finanzierungsinstrument ließe sich die im Bereich hoher Einkommen starke Entlastung durch die drei Stufen der Einkommensteuersenkung von 1986/1988/1990 korrigieren.

Der Vorschlag einer Ergänzungsabgabe richtet sich gegen die Forderung nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denn die Erhöhung der Mehrwertsteuer um etwa 1 bzw. 2% (Aufkommen ca. 10 bzw. 20 Mrd. DM) würde derzeit in der ohnehin konjunkturell angespannten Konstellation die Geldentwertung beschleunigen und damit auch Rückwirkungen auf die Tarifverhandlungen sowie Zinsentwicklungen auslösen. Schließlich würde der aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzierte "Solidarbeitrag" die Bezieher unterer Lohneinkommen und Sozialeinkommen überproportional belasten.

Über die Plazierung der freiwillig erwerbbaren Anleihe hinaus schlagen wir eine Vermögensanleihe mit Zeichnungspflicht ("Zwangsanleihe") vor. Soweit das steuerpflichtige Vermögen eine Freigrenze (etwa 100.000 DM) übersteigt, setzt eine Zeichnungspflicht ein. Der auf den Zeichnungspflichtigen entfallende Zeichnungsbetrag wächst mit der Höhe des Vermögens jenseits der Freigrenze. Im Rahmen der gesetzlichen Regelung ist die Modalität der Rückzahlung dieser Vermögensanleihe verbindlich festzulegen. So könnte etwa, auf mehrere Jahre verteilt, eine stufenweise Rückzahlung fünf Jahre nach der Zeichnung dieser Vermögensanleihe vorgesehen werden. Auch für die Zinszahlungen wäre eine zeitliche Staffelung vorstellbar. In den ersten beiden Jahren würden beispielsweise keine Zinsen bezahlt. Für die Restlaufzeit könnte eine jahresdurchschnittliche Verzinsung mit 5% bzw. deren Kopplung an die Kapitalmarktzinsen vorgenommen werden (etwa: Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere minus x-Prozent). Dem Zeichnungspflichtigen würden in den ersten beiden Jahren Belastungen im Ausmaß des erzwungenen Verzichts auf Kapitaleinkommen entstehen. Die Zinszahlungen in den Folgejahren müßte der Staat übernehmen.

Die Belastung des Zeichnungspflichtigen beließe sich in dieser Phase im Prinzip auf den Abzug der x-Prozent vom Zinssatz für festverzinsliche Wertpapiere. Diese Zwangsanleihe führt gegenüber der Erhebung einer Steuer zu geringeren Belastungen der Vermögensseigentümer. Sie betont den zeitlich eingeschränkten Charakter der Vor-Finanzierung

Staatseinnahmen, die sich mit der sich stärkenden Wirtschaftsdynamik im Gebiet der DDR ergeben, zurückbezahlt.

Eine derartige Zwangsanleihe wurde schon einmal am 20. Juli 1922 (RGbl. I, S. 601) für natürliche Personen und Personenvereinigungen sowie auf Vermögensmassen, die am 1.1.1923 vermögensteuerpflichtig waren, erhoben. Per Gesetz vom 16.7.1925 ist jedoch die ursprünglich vorgesehene Rückzahlung aufgehoben worden. Vergleichbar dieser Zwangsanleihe ist auch die Erhebung der Konjunkturausgleichsrücklage von 1970 - 1972, die wieder zurückbezahlt wurde. Die Belastung reduzierte sich auf den Verlust von Kapitaleinkommen im Rahmen entgangener Anlagemöglichkeiten. Schließlich sah das "Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushaltes" 1983 eine später rückzahlbare "Investitionshilfeabgabe" von 5% auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld vor. Vor allem wegen ihrer Anrechenbarkeit mit neuen Investitionen ist diese Investitionshilfeabgabe durch das Bundesverfassungsgericht verworfen worden. Diese Erfahrungen müssen bei der Ausgestaltung der Vermögensanleihe berücksichtigt werden. Die hier vorgeschlagene Vermögensanleihe böte die Möglichkeit, bei besitz- und damit einkommenstarken Wirtschaftseinheiten Finanzmittel zeitlich beschränkt abzuschöpfen, um damit das Sanierungsprogramm für die DDR-Wirtschaft zu finanzieren.



"Stadtwerke der Zukunft" als Instrument einer CO₂-Reduktionspolitik

Energiedienstleistungsunternehmen und "Least-Cost Planning" am Beispiel Bremen

I. Vorbemerkung

Kommunale Energiepolitik kann heute nicht mehr allein aus ihren örtlichen Bedingungen heraus entwickelt werden: "Global denken, lokal handeln" lautet das Leitmotiv für eine Energiepolitik vor Ort, die verantwortlich Konsequenzen aus den globalen Risiken und Problemen der weltweiten Energieversorgung ziehen will. Die Stichworte hierfür sind: Energiepreiskrisen, Krieg ums Öl, Energiehunger der III. Welt, Erschöpfbarkeit der Energieressourcen, Tschernobyl und Treibhauseffekt; alle diese globalen Probleme wirken zurück auf die örtliche Energiepolitik. Aber auch der umgekehrte Zusammenhang spielt eine viel größere Rolle als viele meinen: "Lokal handeln, um global zu verändern". Der Demonstrationseffekt konkreter Beispiele und erfolgreiche Lösungsansätze vor Ort ersetzen viele wissenschaftliche Abhandlungen und Konferenzen. Ohne kommunale/regionale Vorreiterrollen wird es zu keiner Wende in der Energiepolitik der Bundesrepublik kommen, ohne nationale Vorreiterrollen werden eine wirksame internationale Klimastabilisierungspolitik und der Abschluß einer "Internationalen Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre" nicht erreicht werden können.

Bei ungebremster Entwicklung des weltweiten Energieverbrauchs errechnen die meisten Klimamodelle in den nächsten 50 bis 100 Jahren eine globale Temperaturerhöhung von 1,5-4,5 °C allein aus der erhöhten CO₂-Konzentration (bei einer Verdopplung der vorindustriellen CO₂-Konzentration von 280 ppm auf 560 ppm) und noch einmal so viel infolge anderer Treibhausgase (vor allem FCKW, Methan, N₂O, Ozon)¹. Die Folgen einer globalen, durchschnittlichen Temperaturerhöhung von 3-9 °C könnten die Dimension eines Atomkrieges annehmen.

Aber nicht nur der bedrohlich näher gerückte Treibhauseffekt, sondern auch die zivil-militärische Nutzung der Atomenergie ist mit derartigen unermeßlichen, buchstäblich grenzenlosen Risiken² verbunden, wie sie in der Menschheitsgeschichte wohl noch niemals drohten.

Jede Form der "Risikostreuung" (Altbundeskanzler H. Schmidt) oder gar der einfachen Risikoverlagerung - mehr atomare Risiken um angeblich dem Treibhauseffekt entgegenzuwirken - muß angesichts der Globalität der Bedrohung solange als fahrlässig und verantwortungslos zurückgewiesen werden, solange es nachweislich eine bessere Alternative gibt: Notwendig und (noch) möglich ist eine Strategie, die die Risiken insgesamt abbaut und den Ausstieg aus der Atomenergie mit einer flankierenden Energiepolitik zur Klimastabilisierung verbindet.³

Als notwendiger Beitrag der Bundesrepublik zur weltweiten Klimastabilisierung werden die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 etwa um 30 %, bis zum Jahr 2020 etwa um 50 % und bis 2050 etwa um 80 % gesenkt werden müssen.⁴ Eine solche Strategie hat nur eine

Chance, wenn es gelingt eine Energiepolitik durchzusetzen, die der rationelleren Energie Nutzung absolute Priorität einräumt - und dies nicht als Lippenbekenntnis, sondern im Sinne einer planmäßigen und überprüfbarer Reduzierung des Energieverbrauchs (der CO₂-Emissionen) in den nächsten drei Jahrzehnten um durchschnittlich 2 % pro Jahr. Dieser notwendige Umsteuerungsprozeß in eine energieeffiziente Gesellschaft ist wohl die größte wirtschafts- und energiepolitische Herausforderung, der die Bundesrepublik seit dem 2. Weltkrieg gegenübersteht.

Rund 45 % der CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik stammen direkt (bei Erdgas) oder indirekt (bei der Elektrizitäts- oder Fernwärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern) aus dem Verkauf leitungsgebundener Energieträger; ein weiterer Anteil von rd. 25 % der CO₂-Emissionen, der insbesondere aus der Verbrennung von Heizöl in den Sektoren Haushalte, Kleinverbrauch und Industrie resultiert, kann auch durch die Unternehmenspolitik von Energieversorgungsunternehmen indirekt mitbestimmt werden (z.B. durch Nah- und Fernwärmeangebote oder Einsparpolitik).⁵

Daher bedeutet die Umsetzung der erforderlichen CO₂-Reduktionspolitik immer auch einen radikalen Wandel der Unternehmensziele eines Energieversorgungsunternehmens (EVU): Aus dem traditionellen Energieabsatzmaximierer muß schrittweise ein Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) entstehen. Grundgedanke eines EDU ist dabei, daß die *Zuführung und die Einsparung von Energie möglichst als "Paket"* angeboten werden sollen, um dadurch die vom Verbraucher gewünschte Energiedienstleistung mit möglichst geringem Energie- und Kosteneinsatz bereitzustellen. Kommunale EDU spielen hierbei eine herausragende Rolle, weil eine konsequente "EDU-Strategie" (mit den drei Säulen: Rationellere Energie Nutzung, Wärme-Kraft-Kopplung, Regenerative) umfassend nur dezentral und durch einen Umbau "vor Ort" umgesetzt werden kann (Stichwort: Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft⁶).

II. Grundphilosophie einer "EDU-Strategie"

1. Datengrundlage

Eine "EDU-Strategie" baut auf der folgenden Datengrundlage auf:

- trotz einer - durch die Energiepreissprünge der 70er Jahre ausgelösten - erheblichen Effizienzsteigerung im Energieversorgungssystem der Bundesrepublik existiert beim Stand der Technik (ohne Wohlfahrtseinbuße) ein zusätzliches hohes Energieeinsparpotential (bis zu 90 % bei der Raumwärme, etwa 30-60 % - je nach Sektor - bei Elektrizität⁷).
- der überwiegende Teil dieses technischen Einsparpotentials ist für den Nutzer - vergleichbare Wirtschaftlichkeitsrechnung wie für einen Energieanbieter vorausgesetzt - in dem Sinne kosteneffektiv, daß die Kilowattstunde "Einsparenergie" weniger kostet als der Kauf einer zusätzlichen Kilowattstunde. Die "Gestehungskosten der Einsparenergie" bei effizienteren elektrischen Haushaltsgeräten werden z.B. für die Bundesrepublik auf 2-17 Pf/kWh geschätzt; der durchschnittliche Bezugspreis für Haushalte beträgt demgegenüber etwa 24 Pf/kWh. Etwa 55 % der Heizenergie in Bremen kann mit spezifischen Kosten von 2-10 Pf/kWh (im Durchschnitt ca. 4,7 Pf/kWh bei 25jähriger Lebensdauer der Maßnahmen) eingespart werden. Bei einem Jahreswirkungsgrad der Heizanlage von 82 %

müßte der "anlegbare Heizölpreis" also nur 38,5 Pf/l überschreiten, damit sich für Einsparmaßnahmen mit den mittleren Kosten von 4,7 Pf/kWh ein wirtschaftlicher Vorteil ergibt.⁸

- Strom aus Wärme-Kraft-Kopplung (insbesondere mit Erdgas oder Kohle zu Importpreis) ist beim Neubau von Kraftwerken die billigste Form der Stromerzeugung, wenn die ausgekoppelte Wärme (als Nah- oder Fernwärme) zum anlegbaren Ölpreis absetzbar ist.⁹
- Windkraftwerke und solare Warmwassererzeugung (Kollektoren) sind unter günstigen Randbedingungen bereits heute einzelwirtschaftlich konkurrenzfähig und insbesondere unter Berücksichtigung der vermiedenen externen Kosten volkswirtschaftlich vorteilhaft.¹⁰

Hieraus folgt: Aus ökologischer und volkswirtschaftlicher Sicht sind Investitionen zur Ausweitung des Energieangebots in der Bundesrepublik in der Regel nur noch bei Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) und regenerativen Energiequellen vertretbar und auch nur, insoweit z.B. Fern- und Nahwärme langfristig konkurrenzfähig ist gegenüber der Wärmedämmung und/oder beim Ersatz von ungekoppeltem durch gekoppelten Strom. Eine Politik des Vorrangs für effizientere Energienutzung verlangt keinen wirtschaftlichen Verzicht (Opfer), sondern bedeutet ein volkswirtschaftlich hochrentables Zukunftsinvestitionsprogramm. Das Risiko, durch eine forcierte Effizienz- und CO₂-Reduktionsstrategie das volkswirtschaftlich Falsche zu tun, ist gering im Vergleich zu den wirtschaftlichen und ökologischen Risiken einer unveränderten Energiepolitik.

2. Konzeptionelle Grundlagen

In methodischer und konzeptioneller Hinsicht beruht eine "EDU-Strategie" auf folgenden Grundlagen:¹¹

- "Energiedienstleistungen statt Kilowattstunden": Die Energiemarkte sind zwar als "Kilowattmärkte" organisiert, der Verbraucher benötigt jedoch Energiedienstleistungen (EDL): Wärme, Licht, Kraft etc. Durch Heizung allein wird das schlecht wärmegedämmte Haus nicht warm; billige Energiepreise nützen dem Hauseigentümer nichts, wenn seine Energierechnung wegen unnötiger Wärmeverluste hoch ist. Gesucht wird einerseits die billigste "Paket"-Lösung von Energiezuführung und effizienterer Unwandlungstechnologie und andererseits die Bereitstellung einer EDL (z.B. Wärme pro qm/a) mit dem geringstmöglichen Einsatz an nicht erneuerbaren und umweltschädlichen Energiequellen. Das traditionelle angebots- und versorgungsorientierte "Kilowatt-Marketing" treibt den Energieverbrauch weit über den technisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz für EDL hinaus. Ein volkswirtschaftlich effizienter Kapitaleinsatz verlangt: "Kein neues Kilowatt-Angebot solange das Einsparen (durch effizientere Nutzung) billiger ist".
- "Strategisches Sparen statt Trendsparen": Die bequeme Arbeitsteilung "EVU versorgen, Verbraucher sparen" ist überholt. Der sich selbst überlassene Verbraucher spart - selbst bei hohen Energiepreisen (z.B. durch Energieabgaben) - nur einen Bruchteil (etwa 20-30 %) der "gehemmten wirtschaftlichen Potentiale" (Jochem). Alleiniges markt- und preisinduziertes Energiesparen dauert zu lange und ist für den Umweltschutz bei weitem nicht ausreichend sowie in der Verteilungswirkung wegen fehlender oder geringer Ausweichmöglichkeiten für viele Verbrauchergruppen (z.B. bei Mietern, Berufspendlern, einkommensschwachen Familien) unsozial; nach der Wettbewerbstheorie besteht zwar Substitutionskonkurrenz zwischen dem "Machen und dem Einsparen" (durch Kapitaleinsatz) von Energie; aber unzählige Hemmnisse stehen einer effizienten Allokation vor allem auf

der Verbraucherseite in der Praxis entgegen, z.B. die subjektive Vorliebe für kürzere Amortisationszeiten (ca. 1-4 Jahre) bei Industrie, Haushalten und öffentlichen Institutionen, die mangelnde Markttransparenz und Liquidität, unübersichtliche und nicht kostenechte Energiepreisstrukturen und strukturell bedingte Interessengegensätze wie z.B. der von Investor (Vermieter) und Nutzer (Mieter).

Vor allem ist der exakte Zeitpunkt für die Vornahme von Energieeinsparmaßnahmen und damit die zielgruppenspezifische Verfügbarkeit von Informationen und Kapital von erheblicher Bedeutung; wird zum Zeitpunkt eines Neubaus, einer ohnehin anstehenden Gebäuderenovierung bzw. einer Neuanschaffung eines Elektrogerätes oder einer Heizungsanlage nicht - mit häufig nur geringen Mehrkosten - die effizienteste Energie-Umwandlungs- und Nutzungstechnologie ausgewählt, sind solche Potentiale bis zum nächsten Erneuerungszyklus in der Regel nicht mehr wirtschaftlich erschließbar ("lost opportunity resources"); gerade Situationen vorübergehender Überkapazitäten oder scheinbaren Energieüberflusses verführen dazu, daß solche "lost opportunities" zur Regel werden.

Zur Lösung dieser neuen Fragestellungen kann an die fortgeschrittenen Erfahrungen bei der Regulierung und Unternehmensplanung in einigen Bundesstaaten der USA angeknüpft werden. Wegen der teilweise erheblichen strukturellen Unterschiede sind dabei weniger die Quantitäten, sondern vor allem die Methode und die Qualität der neuen amerikanischen Energieplanung für die Bundesrepublik bzw. für die DDR von Bedeutung.

Unter dem Stichwort "Least-Cost Planning" wird in der amerikanischen Regulierungspraxis insbesondere das grundsätzliche Problem aufgerissen, wie die nach der Wettbewerbstheorie zwingend gebotene systematische Abwägung "Einsparen oder Zubauen" auch zum selbstverständlichen Bestandteil der Unternehmensphilosophie von "Versorgungs"-Unternehmen gemacht werden kann. Das Konzept des "Least-Cost (Utility) Planning", auf diese Fragestellung angewandt, bedeutet, daß Maßnahmen rationellerer Energienutzung auf der Nachfragerseite als Ressourcen betrachtet werden, derer sich die bisherigen reinen Energieverkäufer bei der Beschaffung von Energie im Prinzip ebenso bedienen können wie bei der Errichtung neuer Erzeugungskapazitäten. Man spricht auch von einer Planung, die die Angebots- und Nachfragerseite des Energiemarkts konzeptionell integriert und dabei versucht, eine *Minimalkostenkombination* ("cost effective") von Zubau- und Einsparmaßnahmen zu erreichen.

Eine solche sektor-, technologie- und anwenderspezifische Simulation des Substitutionswettbewerbs zwischen Energie und Kapital durch "Least-Cost Planning" ist notwendig, weil auch ein durch Energieabgaben (Internalisierung der externen Kosten) korrigierter Markt- und Preismechanismus als alleiniges globales Koordinierungsinstrument den Umbau in eine energieeffiziente Gesellschaft nicht umfassend und rasch genug herbeiführen kann. Eine volkswirtschaftlich optimierte Abwägung zwischen "Einsparen oder Zubauen" stellt sich auf dem "gespaltenen" Energiemarkt in der Regel nicht von selbst her; notwendig ist eine intelligente öffentliche "Entdeckungsplanung" von kosteneffektiven Potentialen sowie deren marktförmig flexible Implementation mit aktiver Beteiligung der EVU/EDU ("öffentliche Marktsimulation"); notwendig sind auch staatliche Markteinführungshilfen, um "an sich" wirtschaftliche und innovative Projekte und Einsparmaßnahmen gegenüber strukturellen Hemmnissen "am Markt" durchsetzungsfähig zu machen. Für eine wirksame "Strategische Einsparinitiative" mit dem Ziel einer energieeffizienten Gesellschaft müssen daher globale Steuerungsinstrumente (Abgaben, Steuern) durch sektor- und zielgruppenspezifische Maßnahmenbündel und Fördermaßnahmen wie auch durch Ge- und Verbote

ergänzt werden;¹² hierbei sind die Kommunen und kommunale EDU die entscheidende und wirksamste Umsetzungsebene.

3. Die Schlüsselrolle der Kommunen und kommunaler EDU

Für die Umsetzung des Primats der Energiepolitik und für die Bürgerbeteiligung in der Energieplanung ist die Kommune der entscheidende politische Ort. Hier kann der politische Wille noch in direkter Form in eine sozial und ökologisch verträgliche Unternehmenspolitik übersetzt werden, z.B. durch die Neubestimmung des öffentlichen Auftrags im Sinne eines EDU in der Satzung der Stadtwerke. Dabei stellt sich auch die kommunalpolitisch wichtige Frage, wie die Bürgerschaft insgesamt und insbesondere die bisher vertretungs- und einflußlose große Mehrheit der Tarifkunden in einen Kommunikations- und Partizipationsprozeß einbezogen werden, damit der Wandel zum EDU auch die sozialen Interessen der Bürgemehrheit widerspiegelt. Durch eine Offenlegung der Wirtschaftspläne und der Preispolitik sowie durch die Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung z.B. durch regelmäßige öffentliche Hearings, durch Beiräte unter Beteiligung von Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutzverbänden könnte die Geschäftspolitik eines kommunalen EDU demokratisiert werden.

Auch in technisch-struktureller Hinsicht verlangt das Umsteuern in eine energieeffiziente Gesellschaft eine Entscheidungsverlagerung "nach unten" auf den kommunalen Bereich: Die Potentiale für rationellere Energienutzung, für Regenerative und insbesondere für die Wärme-Kraft-Kopplung (Abwärmenutzung) sind in der Regel nur vor Ort erschließbar; sorgfältige örtliche Detailplanung ist überall dort unabdingbar, wo nicht auf der "grünen Wiese", sondern in bestehende Strukturen hinein geplant werden muß; d.h. notwendig ist eine Integration der Energie mit Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Technologieförderungs- und Arbeitsmarktplanung.

4. Hemmnisse und Probleme

Die Umsetzung einer "EDU-Strategie" muß u.a. mit den folgenden Problemen, Widerständen und neuen Fragestellungen fertig werden:

- "Fehlende Infrastruktur für die Mobilisierung von NEGAWatts": Der Bau eines "Einsparkraftwerks" (A. Lovins) verlangt genauso ingenieurmäßige Professionalität und Vorleistungen (Fixkosteneinsatz) wie der Bau eines Kraftwerks; es gibt zwar seit einem Jahrhundert vielfältige Erfahrungen bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von Kraftwerken, aber es existieren keine ausreichende (technologie- und verbraucherspezifische) Datenbasis über die Einsparpotentiale und deren Kosten, keine erprobten Planungsmethoden, keine zielgruppenspezifische offensive Beratungserfahrung, keine praxisnahen Finanzierungsmodelle und Anreizinstrumente für die systematische Erschließung von Einsparpotentialen. Ganz neue Aufgaben ergeben sich auch hinsichtlich des Marketing, der Prognosemethoden und der Unsicherheiten beim Einspar- und Investitionsverhalten der Nutzer; hier existieren praktisch noch keine Erfahrungen in der Bundesrepublik, ganz im Gegensatz zu den USA und (mit raschem Aufholen) in Dänemark und Schweden.

"Strategisches Sparen" durch ein EVU bedeutet bisher für Ingenieure und Kaufleute bei weitem noch nicht die gleiche Herausforderung wie Projektierung, Planung und Bau eines

Kraftwerkes; es gibt noch keine systematische Forschung und Entwicklung von Effizienztechnologien, und die staatliche Forschungsförderung hierfür ist vollständig unzureichend; das vorherrschende Technikerethos, das großtechnische Weltbild und die entsprechenden staatlichen Forschungsschwerpunkte sind ein großes psychologisches Hemmnis; für den typischen Ingenieur einer Großforschungseinrichtung ist die Erforschung z.B. der Kernfusion noch immer prestigeträchtig und karrierefördernd, während er die Entwicklung eines FCKW-freien Supersparkühlschranks demgegenüber wohl als Abstieg, wenn nicht als Zuminutung empfinden würde.

- "Mehr Profit durch NEGAWatt-Marketing"? In den nächsten Jahrzehnten wird es für bisherige reine Energieverkäufer ohnehin darum gehen, den Rückzug aus objektiv schrumpfenden "Kilowatt-Märkten" zu vollziehen. Hierzu zwingt nicht zuletzt die für die Eindämmung des Treibhauseffekts wahrscheinlich unumgängliche jährliche Reduzierung des Absatzes fossiler Energieträger um mindestens 2 % pro Jahr.

Der Vorstand der Stadtwerke Bremen schreibt z.B. unter Bezugnahme auf diese Forderung in der Mitarbeiter-Zeitung (vom 3.10.1988), "daß das Ziel des Energiesparens in Zukunft noch sehr viel wichtiger wird... Einen Zuwachs des Energieverbrauches wird es in Zukunft wohl kaum noch geben... Das Suchen nach neuen Geschäftsfeldern ist deshalb unsere wichtigste Zukunftsaufgabe, mit der wir die Schrumpfung des Unternehmens vermeiden können". Wenn dieser Schrumpfungsprozeß aktiv durch ein NEGAWatt-Marketing vorangetrieben wird, haben kommunale "Versorgungs"-Unternehmen eine gute Chance, den Wandel zum EDU ohne eine Gefährdung der betrieblichen Substanz durchführen zu können. Dabei geht es um das Grundprinzip, daß EDU-finanzierte Einsparprogramme (eventuell in Verbindung mit moderaten Energiepreiserhöhungen bei sinkenden Verbraucherrechnungen) aus den eingesparten Energiekosten refinanziert und mit angemessenem Gewinn umgesetzt werden. Das neue strategische Unternehmens- und Marketingziel besteht in der Schaffung von "Dienstleistungs-Märkten" z.B. durch

- a) den Aufbau neuer Geschäftsbereiche, d.h. Diversifizierung und Ausweitung der Produktpalette; neue Geschäftsbereiche; Energieagenturen; Beraten, Planen, Projektieren, Leasing, Finanzieren, Versorgen und Einsparen aus einer Hand (Stichworte: shared savings; third party financing; performance contracting; Nutzwärmekonzept nach dem Beispiel der SW Rottweil; Energieagentur nach saarländischem Beispiel; vgl. unten);
 - b) Resubstitution von Gaseinzelheizung durch kombinierte Pakete aus Wärmedämmung und Gas-Sammelheizung (vor allem BHKWs);
 - c) maximale (aber langfristig kosteneffektive) Ölverdrängung durch kombinierte Pakete aus Wärmedämmung, Solarenergie und KWK.
- "Konflikte zwischen einzel(betriebs)wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen (ökologischen) Zielen": Sicherlich sollte eine EDU-Strategie insbesondere alle diejenigen Bereiche von Einsparmaßnahmen erschließen, wo trotz finanzieller Förderung durch die Stadtwerke deren Gesamtgewinn zumindest nicht sinkt. Beispiele sind Einsparinvestitionen, die aus den eingesparten Energiekosten der Verbraucher refinanziert werden können; hinzu kommen vor allem Substitutions- und Einsparmaßnahmen bei *nichtleitungsgebundenen* Energieträgern (Öl- und Kohleheizungen) und im Versorgungsbereich anderer EVU/EDU, durch die der eigene Absatz nicht tangiert wird und der Gewinn erhöht werden kann.

Aber es wäre fatal, eine EDU-Strategie nur auf die kurzfristig betriebswirtschaftlich rentablen Einsparinvestitionen zu begrenzen. Vorbeugender Umweltschutz durch rationellere Energienutzung lohnt sich in volkswirtschaftlicher Hinsicht fast immer, auch wenn er sich betriebswirtschaftlich nicht immer "rechnet". Der Verzicht auf solche volkswirtschaftlich rentablen Maßnahmen, die einem selbst nicht unmittelbar nützen, ist die weitestverbreitete Variante des Sankt-Florian-Prinzips. "Stadtwerke der Zukunft" handeln dann als EDU, wenn die systematische Akquisition und Realisierung des vorhandenen Energieeinsparpotentials als vorrangige öffentliche Aufgabe anerkannt und aktiv umgesetzt wird. Im "öffentlichen Auftrag" eines kommunalen EDU liegt nicht nur die Abwendung von einzelwirtschaftlichen Risiken für das Unternehmen, sondern auch von Risiken für die gesamte Region und deren Bürger: Durch die Umsetzung einer EDU-Strategie können unnötig hohe Energiekostenrechnungen für die Verbraucher vermieden, externe Schäden und Kosten begrenzt sowie das qualitative Wachstum in der Region mitbeeinflußt und neue ökologisch vertretbare Arbeitsplätze geschaffen werden (vgl. Abschnitt III).

- "Entkopplung von Energieverkauf und Kommunalwirtschaft": Wachsende Überschüsse aus dem Energieverkauf (Gewinne, Konzessionsabgaben, Dividenden) galten bisher als unverzichtbare Säulen der Gemeindefinanzen. Dieser verengte Blickwinkel verstellt jedoch die Sicht auf den wirklichen regionalwirtschaftlichen Nettonutzen einer EDU-Strategie: Könnte der Wandel zum EDU nicht als der entscheidende Beitrag der Kommunen zur "ökologischen Modernisierung" und zur Sicherung eines nachhaltigen ("qualitativen") Wachstums verstanden werden? Dies gilt insbesondere dann, wenn eine EDU-Geschäfts-politik die Unternehmenssubstanz erhält und die Wirtschaftskraft sowie die Lebensqualität der Region stärkt (mehr Arbeitsplätze, zusätzliche Einkommen und Steuern, Multiplikatoreffekte durch "Energie-Importsubstitution", geringere Emissionen und Immissionen etc.). Wegen dieser regionalen und volkswirtschaftlichen Vorteile einer EDU-Strategie darf auch das mit der unsicheren Ölpreisentwicklung verbundene Planungs- und Investitionsrisiko nicht allein dem EDU angelastet, sondern muß ggf. im Sinne einer Ausfallbürgschaft von der öffentlichen Hand mitgetragen werden.

III. Bremen als Vorreiter für "Stadtwerke der Zukunft"?

Der vom Senat der Freien Hansestadt Bremen eingesetzte "Energiebeirat" hat am Beispiel der Stadtwerke Bremen ein Projekt "Stadtwerke der Zukunft" durchführen lassen.¹³ Dabei war zu untersuchen, ob der Wandel der Stadtwerke zum Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) und die Umsetzung einer regionalen "EDU-Strategie" betriebswirtschaftlich vertretbar und für die Verbraucher, die regionale Wirtschaftskraft sowie die Umwelt vorteilhaft sind. Ausgangspunkt dieses Projekts sind Szenario-Analysen von DIW/ISP für Bremen. Das für die "Stadtwerke der Zukunft" unter sechs Szenarien ausgewählte Szenario 4 ("forcierte Einspar- und Nah-/Fernwärmeausbaupolitik") enthält die in Tabelle 1 genannten Eckpunkte und sollte mit dem Szenario 1 ("Trend-Energiepolitik") verglichen werden.

Tabelle 1: Eckpunkte des Szenario 4 im Jahr 2010 (in 1000 Tonnen)

	1986	2000	2010
Energieverbrauch insgesamt in Millionen kWh	13 075	10 273	8 809
Endenergieverbrauch der Haushalte zur Raumheizung in Millionen kWh	5 423	3 418	2 655
Stromverbrauch der Haushalte in Millionen kWh	736	542	441
Raumwärmeentwicklung in Prozent			
Fernwärme	6,6	15	25
Nahwärme	0	10	20
Erdgas (direkt und indirekt)	37,6	36	30
Heizöl (direkt und indirekt)	51,8	39	25
Nachtspeicher	1,9	0	0
Fernwärme-Netzeinspeisung insgesamt in Millionen kWh	549	2 135	3 240
Anteil der Nachtstrom-Speicherheizungen	4 500	0	0
Nettostromerzeugung in Millionen kWh aus Block-Heizkraftwerken	0	370	700
aus "Regenerativen"	0	170	340

Quelle: DIW/ISP 1988

1. Betriebsergebnisse der Stadtwerke

Da die Entscheidung zwischen verschiedenen energiepolitischen Optionen (hier zwischen Szenario 1 und Szenario 4B (vgl. weiter unten) auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Betriebsergebnis der Stadtwerke Bremen AG einwirkt, hat der BEB ein vergleichendes Gutachten zur langfristigen Erfolgsplanung der Stadtwerke anfertigen lassen. Ausgangsdaten und Rechengänge wurden weitgehend mit der Stadtwerken abgestimmt.¹⁴

Zwar werden in der Modellrechnung die Stromtarife für Haushalte und Gewerbe um 2 Pf/kWh bis zum Jahre 2000 und um weitere 3 Pf/kWh bis zum Jahre 2010 relativ erhöht, d.h. den Stadtwerken entsprechend höhere Erlöse ermöglicht. Da sich als Folge der eingeschlagenen Einsparstrategie die Stromverbrauchsmengen der Kunden jedoch enorm reduzieren, können die Kunden - trotz relativ gestiegener Strompreise - *ihre Gesamtaufwendungen für Energiedienstleistungen vermindern*.

Die Neue Energiepolitik kann also so gestaltet werden, daß die ökologischen Ziele mit wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen in Einklang stehen. Unter diesen Voraussetzungen und den getroffenen Energiepreisannahmen¹⁵ können die Stadtwerke forciertes Energiesparen und den Ausbau der Nah- und Fernwärme so gestalten, daß ihr Betriebsergebnis von knapp 50 Mio. DM im Jahre 1986 auf voraussichtlich 60 Mio. DM im Jahre 2000 und mehr als 90 Mio. DM im Jahre 2010 ansteigt (in Preisen von 1986).¹⁶

2. Exkurs: Stromkosten und Gewerbeförderung

In der regionalwirtschaftlichen Diskussion werden energiepolitische Fragen regelmäßig im Zusammenhang mit der Gewerbeansiedlungs politik erörtert. Nach dem Motto "je billiger die Elektrizität, desto attraktiver der Gewerbestandort" werden wirtschaftspolitische Fragen bisweilen auf eine Frage der Strompreise reduziert.

Die tatsächlichen Verhältnisse machen jedoch differenziertere Betrachtungen erforderlich.

In den für Bremen relevanten Wirtschaftssektoren liegt die Höhe der gesamten Stromkosten im Vergleich zu den Gesamtkosten der Unternehmen lediglich zwischen 1,0 % und 3,5 %.¹⁷

Eine Strompreiserhöhung von beispielsweise 10 % würde sich also unter sonst gleichen Bedingungen in den Gesamtkosten der Unternehmen durchschnittlich nur etwa mit 1,0 bis 3,5 Promille niederschlagen. Die objektive Bedeutung der Strompreise für die Kostenrechnung durchschnittlicher Betriebe ist daher im Grunde als unbedeutend anzusehen.

Ganz unabhängig davon ist aber der Strompreis allein ohnehin kein geeignetes Kriterium für die Beurteilung von Vor- oder Nachteilen von Gewerbestandorten. Denn die eigentlich relevante Kostengröße ist die ausgabenwirksame Stromrechnung des Unternehmens, die sich aus der Multiplikation von Preis und benötigter Strommenge ergibt. Da als Folge der im Szenario 4 realisierten Sparmaßnahmen, die für die gleichen Energiedienstleistungen aufzuwendenden Energiemengen sinken, ergeben sich hieraus auch entsprechende reale Kostenersparnisse für die Wirtschaftsunternehmen. Die angenommenen relativen Strompreissteigerungen werden also durch die Minderung der Verbrauchsmengen (über)kompensiert.

Sollte Bremen in Zukunft über ein modernes Energiedienstleistungsunternehmen mit attraktiven Leistungsangeboten gerade auch für Gewerbe Kunden verfügen, könnte dies als Beitrag zur Erhöhung der regionalen Standortqualität bewertet werden - ein Faktor, der auch in der Ansiedlungspolitik argumentativ entsprechend herausgestellt werden sollte.

3. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Für Maßnahmen des Energiesparens und des Ausbaus der Nah-/Fernwärme werden im Szenario 4 bis zum Jahre 2010 wesentlich mehr Mittel investiert als in Szenario 1.

Dadurch kann der Primärenergieverbrauch beträchtlich gesenkt, der Importbedarf bei Mineralöl und Kohle herabgesetzt und der im Szenario 1 für Energiekäufe stattfindende Kapitalabfluß erheblich vermindert werden. Beides, *zusätzliche Investitionen und Verminderung des Kapitalabflusses*, beeinflusst Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bremen.¹⁸

Investitionssteigerung

Die Investitionen des Szenario 4 (Variante B) liegen im Zeitraum bis 2010 insgesamt um etwa 2,2 Mrd. DM höher als im Vergleichsszenario 1.

Das bei einer Realisierung des Szenario 4 (Variante B) erforderliche zusätzliche Investitionsprogramm von durchschnittlich 90 Mio. DM/a lässt unter Einbezug entsprechender Multiplikatoreffekte einen erheblichen Beschäftigungsanstieg erwarten. In der Stadt Bremen werden als Folge der zusätzlichen Investitionen für den Zeitraum bis 2010 dauerhaft etwa 600 Arbeitsplätze geschaffen.

Vermeidung von Kaufkraftabfluß

Neben dem von erhöhten Investitionen ausgehenden Beschäftigungsimpuls ist eine zweite ökonomische Wirkung für die bremische Bevölkerung, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt von Bedeutung.

Bei einer Realisierung des Szenario 4B kann der Primärenergieverbrauch bis zum Jahre 2010 um rund 40 % reduziert werden. Mit Ausnahme der bislang geringfügigen Nutzung regenerativer Energiequellen muß sämtliche in Bremen benötigte Primärenergie in Form

von Erdöl, Kohle oder Gas von außen eingeführt werden.¹⁹ Bei der Realisierung von Szenario 4 (Variante B) müssen daher im Jahre 2000 für den Kauf von Primärenergie, insbesondere von Erdöl und Kohle, rund 170 Mio. DM weniger aufgewendet werden. Diese Einsparungen durch verminderte Primärenergieimporte steigen in den folgenden Jahren weiter an und werden im Jahre 2010 320 Mio. DM betragen. Eine weitere Entlastung ergibt sich im Bereich der Strombezüge, wo im Szenario 4 rund 15 Mio. DM (2000) bzw. 19 Mio. DM (2010) weniger nach außen abfließen.

Damit wird bei einer Realisierung von Szenario 4 (Variante B) eine Gesamtentlastung der "regionalen Energierechnung" von rund 180 Mio. DM im Jahre 2000 und 340 Mio. DM im Jahre 2010 erreicht. Das Vermeiden dieses Mittelabflusses erhöht die in der bremischen Bevölkerung und bei den in Bremen ansässigen Wirtschaftsunternehmen verfügbaren Finanzmittel.

Im folgenden soll der Bereich der privaten Haushalte näher betrachtet werden.²⁰

3.1 Private Haushalte

Die Investitionen der privaten Haushalte für Energiesparmaßnahmen liegen in Szenario 4B im Zeitraum bis 2010 insgesamt um rund 950 Mio. DM oder durchschnittlich 40 Mio. DM/a höher als in Szenario 1.

Obwohl angenommen wird, daß die Energiepreise im Betrachtungszeitraum beträchtlich steigen, führt die als Folge der Energiesparinvestitionen erreichte Verminderung der zur Versorgung der privaten Haushalte erforderlichen Energiemengen zu *insgesamt niedrigeren Energiekosten*. Im Vergleich zu Szenario 1 müssen die privaten Haushalte z.B. im Jahre 2000 rund 120 Mio. DM weniger für ihre Energierechnungen aufbringen.

Dies entspricht - bezogen auf den gesamten Betrachtungszeitraum von 1986 bis 2010 - durchschnittlich Energiekosteneinsparungen von 100 Mio. DM/a.²¹

Hieraus ergibt sich, daß

- die bei den privaten Haushalten erforderlichen Einsparinvestitionen - nach einer Anlaufphase - durch einen Teil der Mittel finanziert werden können, die als Folge von realisierten Energieeinsparungen nicht länger für Energiekäufe verausgabt werden müssen,
- darüber hinaus erhebliche freie Mittel bei den privaten Haushalten verbleiben, die bremische Kaufkraft stärken und für alternative Verwendungszwecke zur Verfügung stehen.

Wird unterstellt, daß die privaten Haushalte (zeitlich versetzt) ihre Energiesparinvestitionen von durchschnittlich 40 Mio. DM/a in voller Höhe selber aus den dadurch eingesparten Mitteln (rund 100 Mio. DM/a) finanzieren, verbleibt ihnen eine durchschnittliche jährliche Energiekostenersparnis von 60 Mio. DM, die als zusätzliche regionale Kaufkraft wirken kann. Wird weiter angenommen, daß eine Sparquote von etwa 10 % wirksam wird, verbleibt als regional nachfragewirksames zusätzliches Einkommen ein Betrag von jährlich mehr als 50 Mio. DM.

Hieraus errechnen die Gutachter mit den üblichen wirtschaftswissenschaftlichen Verfahren einen dauerhaften Gewinn an Arbeitsplätzen in Bremen in Höhe von durchschnittlich 1170.

Während die durch die Steigerung der Investitionstätigkeit hervorgerufenen Beschäftigungsimpulse im wesentlichen auf den Zeitraum der Investitionstätigkeit begrenzt sind, ist

die Vermeidung des Kaufkraftabflusses als Folge des verringerten Energiebedarfs nicht berücksichtet. Die sich hieraus ergebenden positiven Nachfrage- und Beschäftigungseffekte sind daher dauerhaft und reichen in ihrer Wirkung über das Jahr 2010 hinaus.

An dieser Stelle sei ergänzend angemerkt, daß - im Sinne einer Vorsorgestrategie - die weitestmögliche Reduktion des Primärenergieverbrauchs gleichzeitig der beste Weg ist, sich gegen neue vom Weltmarkt ausgehende Energieverknappungen und hieraus abgeleitete Energiepreisschübe zu schützen.

3.2 Beschäftigungswirkungen

Vor einer Saldierung der Beschäftigungseffekte sollen die beschäftigungspolitischen Auswirkungen auf weitere möglicherweise besonders tangierte Bereiche näher betrachtet werden: Im Personalbestand der Stadtwerke sind interne Verschiebungen abzusehen. In der Summe bleibt die Zahl der Beschäftigten im Unternehmen jedoch stabil bzw. steigt sogar leicht an. Im Rahmen der Erfolgsvorschaurechnung ermitteln die Gutachter für beide Szenarien nahezu identische Personalbedarfe und im Vergleich zum Beschäftigungsstand 1986 sogar leichte Zuwächse. In Anbetracht der in derartig langfristige Berechnungen notwendigerweise eingehenden Unsicherheiten erscheint dies jedoch als unbedeutend und vernachlässigbar.

Als Folge der erheblich reduzierten Primärenergieimporte vermindert sich das Geschäfts- und Arbeitsvolumen des regionalen Brennstoffhandels. In einer überschlägigen Rechnung ermitteln die Gutachter für diesen Bereich einen Verlust von rund 100 Arbeitsplätzen im Jahre 2000 und rund 150 Arbeitsplätzen im Jahre 2010. Weitere Beschäftigungseffekte fallen in den Bereichen "sonstige Umwandlungsprozesse", d.h. im wesentlichen bei den Betreibern von privaten Blockheizkraftwerken, an. Die Gutachter errechnen positive Beschäftigungseffekte von +70 Beschäftigten im Jahre 2000 und von +140 Beschäftigten im Jahre 2010.

Die negativen Beschäftigungseffekte im Brennstoffhandel und die positiven Beschäftigungseffekte bei den "sonstigen Umwandlungsprozessen" saldieren sich in etwa zu Null und brauchen daher bei der Zusammenfassung nicht weiter berücksichtigt zu werden.

Bei einer Realisierung von Szenario 4 (Variante B) erhöht sich demnach gegenüber Szenario 1 in der Stadt Bremen das Beschäftigungsvolumen - gerechnet bis zum Jahre 2010 - um insgesamt rund 47.000 Personenjahre. Hieraus ergibt sich in der Stadt Bremen eine durchschnittliche Erhöhung des Beschäftigungsstandes um mehr als 1.700 Dauerarbeitsplätze während der kommenden zwei Jahrzehnte.

Tabelle 2: Erhöhung der Zahl der Beschäftigten (in Personen) in der Stadt Bremen im Zeitraum bis 2010 in Szenario 4B gegenüber Szenario 1

Investitionseffekt	+ 590
Kaufkrafteffekt	+ 1.170
Summe	+ 1.760

4. Öffentliche Haushalte

Die im Szenario 4 vorgesehenen Maßnahmen des forcierten Energiesparens und des Ausbaus der Nah- und Fernwärme haben auch eine Reihe von direkten und indirekten Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte.

Auf der Einnahmeseite sind außer bei der direkt von den Stadtwerken an den Gemeindehaushalt der Stadt Bremen zu zahlenden Konzessionsabgabe auch Veränderungen bei der Gewinnabführung sowie bei verschiedenen Steuerarten (Lohn- und Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer) zu erwarten.

Durch die in Szenario 4 durchzuführenden zusätzlichen Investitionen sowie die aus der Energieverbrauchsreduktion erwachsenden Kaufkraftzuwächse wird eine nicht unerhebliche Steigerung der Produktion, des Volkseinkommens und der Beschäftigung in Bremen bewirkt. Es ist deshalb davon auszugehen, daß durch das Szenario 4 eine deutliche Steigerung des Aufkommens der Lohn- und Einkommenssteuer sowie der Körperschafts- und Gewerbesteuer hervorgerufen wird. Zusätzlich wird es zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit und zu einer Verminderung der von Bremen zu zahlenden Sozialhilfeleistungen kommen.

Wie aus der folgenden zusammenfassenden Tabelle zu den Modellrechnungen hervorgeht, sind die finanzwirtschaftlichen Differenzen zwischen Szenario 1 und Szenario 4 (Variante B) - entgegen manchen ursprünglichen Vermutungen - bei einer entsprechenden Gestaltung des Gesamtprogramms nicht sehr erheblich.

Tabelle 3: Finanzwirtschaftliche Ergebnisse des Szenario 4 (Variante B) im Vergleich zu Szenario 1 in Mio. DM/a

	ohne Länderfinanzausgleich	mit Länderfinanzausgleich
Konzessionsabgabe	- 8	- 8
Gewinnabführung	0	0
Lohn-/Einkommensteuer	+ 9	+ 1
Sozialhilfe	+ 3	+ 3
Gewerbesteuer	+ 3	+ 2
Summe	+ 7	- 2

Jedenfalls kann festgehalten werden, daß - angesichts der Beschäftigungswirkungen in Bremen - die Realisierung des Szenario 4 eine preisgünstige und *sehr wirkungsvolle Form lokaler Beschäftigungspolitik* darstellt, mit der dauerhaft mehr als 1700 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können.

5. Umweltauswirkungen

Erwartungsgemäß liegen die herausragenden Vorteile einer "EDU-Strategie" im Vergleich zum Trend-Szenario in der erheblich verbesserten Emissionsbilanz des regionalen Energiesystems, wie die nachfolgende Tabelle 4 zeigt:

Tabelle 4: Verminderte Emissionen im Szenario 4 im Jahr 2010 (in 1000 t)

	im Vergleich		in Prozent
	zum "Trend"-Szenario 1	zum Jahr 1986	
CO ₂	- 2348	- 2361	- 49
SO ₂	- 2,6	- 11,6	- 87
NO _x	- 2,5	- 7,5	- 78

Quelle: DIW/ISP 1988

Gegenüber 1986 könnten somit die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 im Szenario 4 um fast 50 % reduziert werden.

Die Studie bewertet die vermiedenen Emissionen auf Basis der geschätzten externen Kosten der Stromproduktion nach Hohmeyer²², der SO₂-Emissionen nach OECD²³ sowie auf Basis des Vermeidungskosten-Konzepts nach Fritsche u.a. (für CO₂; SO₂; NO_x; Staub²⁴): Der kumulierte und monetarisierte Gesamtnutzen der Emissionsvermeidung im Szenario 4 gegenüber der "Trend-Politik" (Szenario 1) für den gesamten Zeitraum (1986-2010) beträgt dann nach den jeweiligen Berechnungskonzepten:

- nach OECD rd. 210 Mio DM
- nach Hohmeyer rd. 390 Mio DM
- nach Fritsche rd. 3390 Mio DM

Die Studie "Stadtwerke der Zukunft" gibt schließlich erstmals auch einen umfassenden und konkreteren *Überblick über Maßnahmenpakete und Implementationskosten*, mit denen die in der "EDU-Strategie" unterstellten erheblichen Einparquoten (z.B. beim Endenergieverbrauch 32 % bis zum Jahr 2010 bezogen auf 1986) umsetzbar erscheinen. Simulationsrechnungen mit einem *linearen zeitvariablen Tarif* ergaben z.B. für die Bremer Haushalte ein Verlagerungspotential der Winterspitzenlast von 20 MW; bei erlösneutraler Umstellung (d.h. steigende Preise entsprechend der einsparbedingten Mengenreduzierung) auf einen linearen zeitvariablen Tarif schätzt ISI ein Stromeinsparpotential im Haushaltstrombereich bis zum Jahr 2010 von 15 %.²⁵ Ein durch Prämien unterstütztes Angebot "Effiziente Haushaltsgeräte" sowie "Substitution Wärmestrom", ein erweitertes "Nutzwärme-Konzept" (nach dem Vorbild der Stadtwerke Rottweil) und die Einrichtung einer "Bremer Energieagentur" (nach Saarbrücker und amerikanischen Vorbildern) werden auch auf ihren Kostenaufwand abgeschätzt; es wird gezeigt, daß die mit diesen Umsetzungsmaßnahmen angestrebte Energieeinsparung mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand durch die Stadtwerke erreichbar ist.

Der regionalwirtschaftliche Vorteil-Nachteil-Vergleich zwischen dem Verzicht auf eine neue Energiepolitik (Szenario 1) und der forcierten Einspar- und Nah-/Fernwärmepolitik (Szenario 4) kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Das Betriebsergebnis der Stadtwerke Bremen AG wird über das Ergebnis des Jahres 1986 hinaus voraussichtlich weiter anwachsen.
2. Die Transferzahlungen (Konzessionsabgabe, Gewinnabführung, Steuern) der Stadtwerke an die öffentlichen Haushalte bleiben langfristig im wesentlichen stabil.
3. Als Folge von höheren Investitionen *und* der Verminderungen des Kaufkraftabflusses ergeben sich bei der vorgeschlagenen Politik des forcierten Energiesparens und des Nah-/Fernwärmearausbaus kräftige Impulse für die bremische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, so daß dadurch in Bremen dauerhaft mehr als 1700 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können.
4. Szenario 4 ist dem Vergleichsszenario 1 in ökologischer Hinsicht sehr deutlich überlegen:
 - Durch Beendigung des (Netto-)Strombezugs von den Preussen-Elektra wird ein Beitrag zum Ausstieg aus der Atomenergienutzung geleistet.
 - Bei allen Schadstoffen (CO₂, SO₂, NO_x, Staub, Flugasche, Schlacke...) werden erhebliche Reduktionen erreicht. Bis zum Jahre 2010 wird der CO₂-Ausstoß gegenüber 1986 um fast 50 % vermindert.

IV. Bewertung und Übertragbarkeit

Zur Bewertung der Szenarienergebnisse und zur Einschätzung der Übertragbarkeit des "Bremer Modells" auf andere ähnlich strukturierte Versorgungsgebiete, sind folgende Aspekte von Bedeutung:

1. Der Eigenerzeugungsanteil von Bremen bei Strom ist mit rd. 90 % sehr hoch; andererseits besitzt Bremen unter allen Städten in der Bundesrepublik über 500 000 Einwohner mit etwa 6 % den geringsten Anteil an der FernwärmeverSORGUNG (Ölanteil etwa 50 %; 1986). Der Umbau/Ausbau von Kraftwerken auf Basis von WKK, eine massive Ölverdrängung sowie eine Kompensation der weggesparten Strom- und Gaserlöse durch entsprechende Zuwächse bei Nah- und Fernwärme bieten sich daher an.

Tabelle 5: Investitionsmehrkosten und Endenergieminderverbrauch in 2010 (Haushalte)

Szenario	Investitions- mehrkosten bis 2010 (Differenzen (Mio DM)	Endenergie- minderverbrauch in 2010 zu Szenario 1 (GWh)	Spezifische "Einsparkosten" 20 Jahre 15 Jahre (Pf/kWh)	
			3,1	3,8
2	500	1200	5,1	6,5
3	1300	2000	4,1	4,9
4 ^a	950	1800	1,9	2,2
5	300	1300	4,1	5,0
6	950	1800		

^a Hauptvariante

2. Einen Indikator für die globale Wirtschaftlichkeit der Investitionen in den Szenarien 2-6 liefert eine Gegenüberstellung der bis 2010 kumulierten Investitionsmehrkosten und mit dem errechneten Endenergie-Minderverbrauch im Haushaltssektor der jeweiligen Szenarien gegenüber Szenario 1 (vgl. oben Tabelle 5).

Der Vergleich der spezifischen Einsparkosten mit der Entwicklung der Endenergielasten im Haushaltssektor zeigt: Das Bündel der in den Energieszenarien durchgeföhrten Investitionen im Haushaltsbereich ist - bei angenommener technischer Lebensdauer zwischen 15-20 Jahren - im großen und ganzen entweder schon heute oder bei moderaten Energiepreissteigerungen in naher Zukunft *für die Verbraucher* wirtschaftlich. Viele Indizien sprechen dafür, daß die Verbraucher insbesondere von einer reinen Energiesparstrategie profitieren. Wenn allerdings das Stadtwerkeergebnis als eine zentrale Determinante der regionalen Wirtschaftsentwicklung und weitere regionale Indikatoren, wie die Umweltsituation und die Arbeitsplatzeffekte mit einbezogen werden, zeigt sich die Überlegenheit einer kombinierten Strategie aus Einsparung und einer gleichzeitigen ökologischen Neustrukturierung des Energieangebots (durch WKK und Windkraft).

3. Die verfügbare Datenbasis und der Zeitrahmen reichten für keines der Szenarien und auch für das Projekt "Stadtwerke der Zukunft"²⁶ nicht dazu aus, ein vollständig optimiertes Konzept im Sinne von "Least-Cost Planning" durchzurechnen.

Das Szenario 4 ist daher auch kein "Idealszenario", sondern eine Kombination von wesentlichen Aktionsfeldern zur quantitativen Demonstration einer "EDU-Strategie" sowohl auf der Angebots- (forciert Nah- und Fernwärmeausbau sowie Windkraft) als auch auf der Nachfrageseite (forciertes Einsparen).

So konnte z.B. kein optimierter Investitionsplan zugrundegelegt werden; das Szenario 4 teilt diesen Mangel mit allen anderen Szenarien, in denen sowohl forciert eingespart als auch das Angebot ausgebaut wird: Die Auslastung der Stromkapazitäten sinkt z.B. durch die ökologische Modernisierung (Kraft-Wärme-Kopplung; Windkraftanlagen) im Szenario 4 von 3000 h (1986) auf 2500 h (2010); innerhalb des begrenzten Untersuchungszeitraums steigen daher notwendig die spezifischen Fixkosten und drücken auf das Stromergebnis.

Eine Teiloptimierung des Kraftwerksparks wurde durch die beiden folgenden Untervarianten berücksichtigt:

Variante 4A ("wärmeseitige Optimierung"): Hier werden die in Szenario 4 vorgesehenen Kraftwerke in gleicher Weise ausgelastet wie in Szenario 1. Es wird dabei unterstellt, daß die zumeist in KWK-Anlagen erzeugten "Mehrmengen" an Strom zu anlegbaren Preisen im Bremer Umland abgesetzt werden können. Hinsichtlich des Gewinns der Stadtwerke ist dies die günstigste Variante.

Variante 4B: ("stromseitige Optimierung"): Der Einsatz der KWK erfolgt hier gemäß der Auslastung wie in Szenario 1 nur insoweit, wie Strom in Bremen selbst abgesetzt werden kann. Auf einen Stromexport wird verzichtet.

Folgende weitere Parameteränderungen müßten darüber hinaus im Rahmen einer Optimierungsrechnung berücksichtigt werden:

- Während die Kosten einer EDU-Strategie bei der Erfolgsrechnung für die Stadtwerke mit 3,9 Mio DM/a berücksichtigt wurden, sind aus dem möglichen Verkauf von NEGAWatts und neuen Energiedienstleistungen keine Erlöse über den gesamten Zeitraum eingeplant.

- Obwohl das Leistungsangebot grundlegend verändert und bei Strom und Gas stark reduziert wurde, ist davon ausgegangen worden, daß der Aufwand (die Fixkosten) in diesen Sparten noch für den Zeitraum bis zum Jahr 2010 relativ unverändert bleibt; systematische Aufwandsminderung könnte das Ergebnis erheblich verbessern; durch eine Anpassung z.B. der Gas-Fixkosten an die sinkenden Erlöse, also durch Abbau der Doppelverrohrung und Festlegung von Fernwärme/Gas-Vorranggebieten, könnten der Zins- und AfA-Aufwand zumindest nach 2010 erheblich gesenkt werden.
- Die Fernwärmeverluste könnten langfristig noch mehr verbessert werden, wenn die Expansion der Fernwärme stärker als bisher durch Ölverdrängung (statt durch Gas-Substitution) erfolgen würde.
- Die Erdgasverluste könnten z.B. teilweise kompensiert werden, wenn forciert im Umland BHKWs z.B. auch als Gemeinschaftsanlagen gebaut und von Bremen beliefert würden.
- Durch eine Erhöhung der Konzessionsabgabe auf Fernwärme (z.B. 5 %) ließen sich die ausfallenden Konzessionsabgabenzahlungen bei Strom und Gas kompensieren.

4. Die Studien des Bremer Energiebeirats zeigen, daß für ein Ballungsgebiet wie Bremen mehrere Optionen bestehen, gerade auch ohne Atomstrom einen erheblichen Beitrag zur Eindämmung des Treibhauseffekts zu leisten:

Erstens verfügt Bremen - wie auch andere Ballungsgebiete - über den komparativen Vorteil, jeden eventuell noch zuwachsenden Energieimportbedarf durch effizientere Nutzung des bisherigen Energieeinsatzes beim Verbraucher nicht nur zu vermeiden, sondern noch weit mehr einsparen zu können. Ballungsgebiete mit hohem Energieverbrauch sind daher quantitativ bedeutsame Standorte für "Einsparkraftwerke".

Zweitens eignen sich Ballungsgebiete mit hoher Wärmedichte am besten für wärmeseitig optimierte Heiz-Kraftwerke, in denen durch die Wärme-Kraft-Kopplung der Strom konkurrenzlos billig erzeugt werden kann. Aus energiewirtschaftlichen und umweltpolitischen Gründen spricht daher viel dafür, die Absatzpotentiale für Nah- und Fernwärmesysteme in Ballungsgebieten - nach einer energetischen Sanierung des Gebäudebestandes - maximal für kraft-wärme-gekoppelte Stromerzeugung zu nutzen; Bremen könnte dann große Strommengen ans Umland exportieren (im Szenario 4 bzw. 6 bis zum Jahr 2010 rd. 1300 bzw. 1600 GWh).

Bremen ist auch aus Gründen der Versorgungssicherheit weder jetzt noch in Zukunft auf einen Atomstromimport angewiesen. Zwar dient das überregionale Verbundnetz zur Pufferung der außergewöhnlichen Lastspitzen des Klöckner-Walzwerks und zur generellen Reservevorhaltung. Aber diese Funktionen des Verbundnetzes wären durch einen bundesweiten Ausstieg aus der Atomenergie nicht in Frage gestellt.

V. Schlußbemerkung

Noch nie war die Diskrepanz zwischen einer risikominimierenden Energie- und Umweltpolitik und dem Status quo der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik wie auch anderswo so groß wie zur Zeit. Wer die sich immer konkreter abzeichnenden globalen Risiken des derzeitigen Energiesystems nicht befangen aus der Energieverkäufer-Perspektive betrachtet ahnt: Bei unveränderter Energiepolitik treibt die Menschheit auf eine Katastrophe zu, die Unbewohnbarkeit weiterer Regionen wie nach dem atomaren Super-Gau von Tschernobyl

und Millionen von "Öko-Flüchtlingen" nach Überschwemmungs- und Dürrekatastrophen durch den Treibhauseffekt sind schon heute keine abstrakten Risiken mehr, sondern eine reale Perspektive. Auch eine wachsende Zahl von Politikern in allen Parteien weiß, daß dies keine Panikmache ist. Richtungsweisende Begriffe wie "Wende", "Aus- und Umstieg", "Umbau" oder "Umsteuern" haben in Parteidokumenten Hochkonjunktur. Offensichtlich besteht "Handlungsbedarf" und zwar "ökologischer", was auch immer konkret unter diesen Worthülsen sich verstecken mag.

Im auffallenden Gegensatz hierzu steht die Regierungspraxis in Bund und Ländern. Hier verläßt die Parteien selbst ihr manchmal vorhandener programmatischer Mut. Das Prinzip der Energiepolitik gegenüber der Ökonomie findet nicht statt. Manche nennen dies "Staatsversagen" (Jänicke). Damit wird ein Selbstverständnis der Politik bezeichnet, das sich mehr oder weniger bewußt als Exekution des betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalküls versteht. "Machbar" erscheint nur noch, was "sich rechnet". Nur noch ein Kotau der Politik vor dem Profit mit wechselnden Regierungskoalitionen?

Dieses - hier nur angedeutete - Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie muß grundlegender Ausgangspunkt jeder ernsthaften Analyse der Chancen und Hemmnisse eines "Umbaus" des Energiesystems sein. In Parteidokumenten wird derzeit oftmals allein auf das Interventionsinstrument "Ökosteuer" gesetzt. Als ob ein tatsächlicher "Umbau" eines wesentlichen wirtschaftlichen Sektors jemals allein mit dem Instrument einer Steuer stattgefunden hätte! Ein notwendiges - im Grunde aber immer peripheres - Hilfsmittel wie eine Steuer (Abgabe) zum Hauptinstrument eines "Umbaus" hochzustilisieren, deutet vor allem darauf hin, daß vor einen wirklichen "Umbau" und dem damit häufig verbundenen Eingriff in Besitzstände zurückgeschreckt wird. Sie allein erzwingt jedoch niemals die heute notwendige systematische Änderung der Unternehmensziele einer ganzen Branche von monopolistischen Energieverkäufern. Auch das "Modell Bremen" zeigt, daß eine "EDU-Strategie" zwar durch eine Energieabgabe erleichtert würde, aber nur durch eine politische Richtungsentcheidung und entsprechende Maßnahmenbündel vor Ort die angestrebte Energiewende und eine 40 %ige CO₂-Reduktion erreicht werden kann.

Aber jene rentabilitätsfixierten "Realpolitiker" verfügen über ein kaum widerlegbares Argument für ihre Art von Politikverständnis: Natürlich läßt sich in der Welt, wie sie ist, leichter durchsetzen, was sich für die ökonomisch mächtigen Hauptakteure "rechnet". Da die sich zusätzlichen Krisen des Energiesystems keinen Aufschub zulassen, bleibt gar keine andere Wahl als - wo immer möglich - auch Konzepte eines "Umbaus" zu formulieren, der - wie die Ökonomen sagen würden - quasi eine "pareto-optimale" Reallokation der Ressourcen erlaubt. Vereinfacht heißt das: Ein "Umbau", der die Situation wenigstens der Umwelt verbessert, ohne die Situation direkt betroffener Akteure zu verschlechtern, ist unbedingt wünschenswert. Gesucht sind daher Konzepte und Maßnahmen, die ökologisch und sozial verträglich und dennoch profitabel sind.

Die Studienergebnisse des Bremer Energiebeirats und die energiepolitische Situation in Bremen entsprechen diesen Bedingungen. In Bremen wie auch in anderen Regionen der Bundesrepublik bestehen für eine "bewußt gestaltende Energiepolitik" (Bremer Senat) ein Handlungsspielraum und die Chance, den Prinzipien der Politik in der Energiepolitik - trotz bundesstaatlicher Restriktionen - wieder zur Geltung zu bringen. Entscheidend sind die aktive Einmischung der Bevölkerung in die Energiepolitik, die politische Führung und die Umsetzungsbereitschaft bei den Stadtwerken: Politischer Mut und innovatives unternehmerisches Denken sind gefragt.²⁷

- 1) Enquête-Kommision, Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre, Zwischenbericht, (kostenlos) anzufordern in der Reihe: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Zur Sache. Themen palamentarischer Beratung, 5/1988, Bonn
- 2) Vgl. B. Fischer/L. Hahn, Erste Beurteilung der Phase B der deutschen Risikostudie Kernkraftwerke, Öko-Institut/Büro Darmstadt 1989
- 3) Vgl. A. Lovins/H. Lovins/F. Krause/W. Bach, Wirtschaftlichster Energieeinsatz: Lösung des CO₂-Problems, Karlsruhe 1983; P. Hennicke, Schließt eine Strategie des Kernenergie-Einsatzes eine Strategie der regenerativen und rationalen Energienutzung aus oder fördert sie diese bzw. ergänzen sich beide? Arbeitsunterlage 11/189 vom 21.11.1988, Enquête-Kommision "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", Bonn 1988; U. Fritzsche/S. Kohler/D. Viehwues, Das grüne Energie-Szenario. Endbericht im Auftrag der Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, Bremen, Darmstadt, Freiburg 1988
- 4) Vgl. Einleitende Worte des Vorsitzenden Schmidbauer zur 84. Sitzung der Enquête-Kommision "Vorsorge zum Schutz der Erdatmophäre" am 21.2.1990
- 5) Vgl. Enquête-Kommision, a.a.O.
- 6) Vgl. Die GRÜNEN im Bundestag, Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energieversorgung (Neuordnung der Energiewirtschaft und Novellierung des Energierechts), Bonn 12.2.1990
- 7) Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE)/Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Emissionminderung durch rationelle Energienutzung, bisher unveröffentlichte Studie für die Enquête-Kommision "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", München/Karlsruhe 1990
- 8) Vgl. C. C. Noack/D. von Ehrenstein/J. Franke (Hrsg.), Energie für die Stadt der Zukunft, Marburg 1989 sowie Bremer Energiebeirat (BEB), Abschlußbericht, sowie Materialien zum Abschlußbericht, Bd. V, "Die Stadtwerke Bremen AG als zukunftorientiertes Energiedienstleistungsunternehmen", Bremen 1989; UTEC-/ARENHA, Einsparpotentiale beim Raumwärmebedarf im Wohnungsbestand in Bremen und Bremerhaven, Studie im Auftrag des BEB, Bremen 1989; W. Ebel, Stromverbrauch im Haushalt, Energieeinsparpotentiale, Wirtschaftlichkeit und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten, Darmstadt 1989
- 9) D. Viehwues, in: P. Hennicke u.a., Die Energiewende ist möglich, Frankfurt 1985; K. Traube, Wirtschaftlichkeit der Kraft-Wärme-Kopplung und Hindernisse für ihren Aufbau durch kommunale Versorgungsunternehmen, Untersuchung im Auftrag des MWMT in NRW, Hamburg 1987; Prognos AG, Rationale Energieverwendung und -erzeugung ohne Kernenergienutzung: Möglichkeiten sowie energetische, ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen. Kurzfassung, Untersuchung im Auftrag des MWMT, Düsseldorf 1987
- 10) Vgl. S. Kohler/J. Leuchter/J. Müschen, Sonnenenergiewirtschaft, Frankfurt 1987; O. Hohmeyer, Social Cost of Energy Consumption, Berlin/Heidelberg 1989
- 11) Vgl. zum folgenden Abschnitt: P. Hennicke, Least-Cost Planning: Methode, Erfahrungen und Übertragbarkeit auf die Bundesrepublik, in: ZIE, 2/1989 sowie Öko-Institut, B. Brohmann/U. Fritzsche/U. Leprich, Energiedienstleistungsunternehmen und Least-Cost Planning, Kurzstudie im Auftrag der Enquête-Kommision, Darmstadt/Freiburg 1989
- 12) Vgl. P. Hennicke, Wie kann die Aufheizung der Erde verhindert werden? - Eckpunkte eines CO₂-Reduktionskonzepts für die Bundesrepublik, in: Memo-Forum, Nr. 15, Bremen 1990
- 13) Vgl. Bremer Energiebeirat (BEB), a.a.O.
- 14) Vgl. ausführlich Bremer Energiebeirat, Abschlußbericht, Korrigierte Fassung, Bremen 1989, S. 142ff. und M. Zimmer (Versorgungs- und Verkehrsgeellschaft Saarbrücken - VVS), Langfristige Erfolgsplanung des Projekts "Stadtwerke der Zukunft", Saarbrücken 1988.
- 15) Der Bremer Energiebeirat ist von einer mittleren Preissteigerungsrate ausgegangen, wie sie in der Energiewirtschaft üblicherweise angenommen wird. Wenn die Energiepreise tatsächlich niedriger ausfallen, reduziert sich das Betriebsergebnis; wenn der Ölpreis auf den Weltmärkten stärker steigt, wächst das Betriebsergebnis ebenfalls stärker an, da die Fernwärmepreise an diese Ölpreise gekoppelt sind. Die Handelskammer Bremen hat den zugrundegelegten mittleren Preisanstieg als "unrealistische Basis" bezeichnet. Die Energiepreisannahmen des BEB entsprechen jedoch in etwa denen des neuesten BMWi-Szenario; vgl. FhG-/PROGNOS, Die energiewirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2010, Kurzfassung, Basel 1979.
- 16) Vgl. Bremer Energiebeirat, a.a.O., S. 143.

- 17) Die Klöckner-Hütte Bremen bleibt - wie in allen anderen Untersuchungen des Bremer Energiebeirats - wegen ihrer Besonderheiten auch hier außer Betracht.
- 18) Vgl. ausführlich Bremer Energiebeirat, a.a.O., S. 145-150 und U. Bohnenkamp, H. Bontrup, A. Troost (Progress Institut für Wirtschaftsforschung, PIW), Regionale Kosten-Nutzen-Analyse für eine EDU-Strategie, Bremen 1989.
- 19) In Abhängigkeit vom Energieverbrauch und den schwankenden Energiepreisen floß im Jahre 1987 Kaufkraft in Höhe von rund 625 Mio. DM bzw. von 1,1 Mrd. DM im Jahre 1984 aus der Stadtgemeinde Bremen ab.
- 20) Mangels entsprechender Basisdaten war es nicht möglich, vergleichbare Rechnungen auch für die Sektoren "Gewerbe" und "Kleinverbraucher" durchzuführen. Qualitativ läßt sich aber auch für Gewerbe und Kleinverbraucher feststellen, daß mit einsparinduzierten Ausgabenverminderungen und folglich positiven ökonomischen Effekten für die Unternehmen zu rechnen ist.
- 21) Trotz der unterstellten Energiepreisseigerungen liegen die Energiekosten der privaten Haushalte im Jahre 2000 real um 5 % (2000) bzw. 11 % (2010) niedriger als im Jahre 1986.
- 22) Vgl. O. Hohmeyer, a.a.O.
- 23) Vgl. OECD, The Cost and Benefits of Sulphur Oxide Control, Paris 1981
- 24) Vgl. U. Fritsche/L. Rausch/K. H. Simon, Umweltwirkungsanalyse von Energiesystemen: Gesamt-Emissions-Modell Integrierter Systeme (GEMIS), Darmstadt/Kassel 1989
- 25) Vgl. Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), M. Brandt/P. Euringer, Einfluß geänderter Preisgestaltung bei leistungsgebundenen Energieträgern auf den Energieverbrauch in Bremen, Studie im Auftrag des Bremer Energiebeirats, Karlsruhe/Bremen 1989
- 26) Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (VVS)/ÖKO-Institut, G. Jochum/D. Seifried, Marketing für Energieleistungen - zur Entwicklung eines Konzepts der "Stadtwerke der Zukunft", Saarbrücken/Freiburg 1988, Studie im Auftrag des BEB, Bremen 1989
- 27) Der Bremer Energiebeirat hat einen ausführlichen Maßnahmenkatalog u.a. Entwürfe für ein Bremer Energiegesetz und für eine Stadtwerkesatzung vorgelegt. Vgl. Noack u.a., a.a.O.

Anhang: Bremer Energieszenarien

	1986	2010					
		Szenario...			4	5	6
		1	2	3			
Energieverbrauch (Mio. kWh/a)							
Primärenergieverbrauch	18.194	17.155	14.448	11.671	10.646	13.244	10.579
Endenergieverbrauch	12.843	11.793	10.027	8.402	8.616	9.975	8.644
- davon Strom	2.146	2.535	2.091	1.722	1.701	2.073	1.690
- davon Nah-/Fernwärme	785	1.083	938	1.202	2.982	3.000	2.808
Investitionen (Mio. DM, akkumulierte Differenz zu Szen. 1)		681	2.154	2.646	1.236	2.543	
- davon Stadtwerke		65	361	1.160	798	1.051	
- Ertüchtigung Hafen 5		0	-35	-35	-35	-35	
- Windkraftwerke		50	302	302	50	320	
- BHKW		0	70	269	103	422	
- Fern-/Nahwärmeverteilung, -verteilung und -erzeugung		-2	5	655	743	403	
- Gastransport/-verteilung		17	19	-31	-63	-41	
- davon private Haushalte		493	1.332	953	304	954	
- Wärmedämmung		364	836	650	364	636	
- Heizungsanlagen, BHKW, Heizwerke		95	317	152	-95	183	
- Warmwasser		13	97	69	14	53	
- Geräte		21	82	82	21	82	
Emissionen							
- SO ₂ (t/a)	13.372	4.399	3.840	2.643	1.740	2.918	1.776
- NO _x (t/a)	9.662	4.599	3.826	2.653	2.154	3.348	1.960
- CO ₂ (1.000 t/a)	4.777	4.764	3.949	2.861	2.416	3.565	2.224

Karsten Schuldt

"Arbeitskreis: Perspektiven alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik" in der DDR gebildet

- Tagungsbericht -

Am 9. und 10. März 1990 fand in Berlin die 8. Tagung des 1985 gegründeten Arbeitskreises "Junger Arbeitsökonom" der Hochschulen und Universitäten der DDR statt. An der Tagung nahmen Vertreter des wissenschaftlichen Nachwuchses der Arbeitsökonom ausbildenden Hochschuleinrichtungen sowie der Akademie der Wissenschaften der DDR teil. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Perspektive und künftige Profilierung des Arbeitskreises unter den radikal veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR. Wodurch sind diese Rahmenbedingungen gesamtgesellschaftlich und wissenschaftspolitisch gekennzeichnet? Dieser Problemstellung wurde der einleitende Teil der Tagung gewidmet.

Folgende wesentlichen Charakteristika konnten herausgearbeitet werden:

1. Von der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative der DDR zur BRD, ja selbst von der Chance einer selbstbestimmten, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung in der DDR kann seit spätestens Ende Dezember 1989 keine Rede mehr sein.

Der Anschluß der DDR an die ökonomisch übermächtige BRD - ein anderer Begriff als Anschluß würde nur die politischen Tatsachen verschleiern - wird Realität werden, ist letztlich nur noch eine Frage des Tempos.

2. Die "führenden" Wirtschaftswissenschaftler unseres Landes haben es schon immer gewußt, die Marktwirtschaft - im Moment wird sie noch ökologisch und sozial verbrämt, aber es bleibt eine kapitalistische Marktwirtschaft mit allen ihr innewohnenden Vorzügen aber auch Konsequenzen - ist das Allheilmittel für die wirtschaftliche und politische Krise der DDR. Einigen Wirtschaftsexperten reicht als Problemlösung sogar eine Währungsunion zwischen der BRD und der DDR.

3. Aus den wirtschaftspolitischen Apologeten des alten Politbüros wurden binnen dreier Monate Apologeten und Interessenvertreter bundes- und DDR-deutscher Unternehmerverbände. Ihre wissenschaftliche Vergangenheit ignorieren, verschweigen, ja verleugnen diese Wende-Wirtschaftswissenschaftler.

4. Eine Vielzahl von Rektoren, Professoren und Dozenten der Universi-

täten und Hochschulen in der DDR übernehmen willfährig, eifrig und oftmals kritiklos das bundesdeutsche Hochschulmodell, ungeachtet der Tatsache, daß letzteres seit Jahren in der Kritik steht. Auf DDR-spezifische Errungenschaften im Hochschulwesen wird scheinbar freiwillig verzichtet.

Als Konsequenz aus diesen kurz skizzierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen leiteten die Tagungsteilnehmer drei mögliche Handlungswege ab.

Erstens besteht die Möglichkeit, sich - wieder einmal - systemkonform zu verhalten, sich zur wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Hure der neuen Verhältnisse zu degradieren.

Zweitens bleibt der Ausstieg aus der Wissenschaft.

Die Tagungsteilnehmer entschieden sich jedoch für drittens:

- Verbleib in der Wissenschaft,
- Lehre und Forschung entsprechend marktwirtschaftlichen Grundsätzen, wobei Wissenschaft - soll sie wissenschaftlichen Anspruch erheben - immer auch Varianten bzw. Alternativen untersuchen muß sowie
- wissenschaftspolitisches Engagement.

Auf der Grundlage dieser dritten Variante und mit dem Ziel, eine an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientierte Wirtschaftspolitik zu begründen und wissenschaftlich zu befördern, gründeten die Teilnehmer der Tagung den "Arbeitskreis: Perspektiven alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik". Der Arbeitskreis einigte sich nach längerer Diskussion auf folgendes Selbstverständnis.¹

Im 'Arbeitskreis: Perspektiven alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik' arbeiten Wirtschaftswissenschaftler an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven, die sich an der Sicherung effektiver und sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensniveaus und dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherung für die abhängig Beschäftigten sowie wirksamer Umweltsicherung in der DDR orientieren.

¹Ähnlichkeiten mit den Zielstellungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sind nicht zufällig sondern beabsichtigt, eine enge Zusammenarbeit wird angestrebt.

Dies schließt die Kritik und Zurückweisung der Vorstellungen und Theorien ein, die Beschäftigung, Einkommen und Sozialleistungen einseitig den Gewinnen der Wirtschaft unterordnen. Die einseitig profit-orientierten Positionen der Unternehmerverbände, des Privatkapitals und die zunehmend kritiklose Übernahme kapitalistischer Wirtschaftsmechanismen durch die Regierung der DDR treten auch deshalb mit besonderer Autorität auf, weil sie von der Mehrheit der Wende-Wirtschaftswissenschaftler unterstützt werden. Hierdurch wird der Eindruck erweckt, zur aktuell betriebenen Wirtschaftspolitik gäbe es aus wissenschaftlichen Gründen keine Alternative.

Dieser einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung setzt der Arbeitskreis seine Kritik und Gegenpositionen entgegen: Es handelt sich nicht um Sachzwänge, sondern um Interessen der gesamtdeutschen Privatwirtschaft, die hinter der Politik der kritiklosen Übernahme und Empfehlung kapitalistischer Wirtschaftsmechanismen stehen. Hierdurch wird die Wirtschaftskrise nicht beseitigt sondern vertieft, Arbeitslosigkeit bewußt einkalkuliert und hervorgerufen. Zu dieser Politik gibt es vernünftige und realistische Alternativen, die im Interesse der abhängig Beschäftigten liegen. Sie lassen sich allerdings nicht durch Appelle an die Einsicht der Privatwirtschaft und der Regierung, sondern nur im Kampf gegen die Interessen der Unternehmer durchsetzen. Diesen Kampf will der Arbeitskreis wirtschaftswissenschaftlich unterstützen.

Zum Abschluß der Beratung wurde eine nächste größere Tagung des Arbeitskreises vorbereitet. Sie wird im Mai 1990 in Berlin stattfinden.

Einladungen zur Tagung sind über die Kontaktanschrift zu erhalten.

Der gebildete Arbeitskreis ist zu erreichen über:

*Arbeitskreis Perspektiven alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik
Karsten Schuldt, Postlagernd, DDR-1530 Teltow*

Spendenaufruf zur finanziellen Absicherung unserer Arbeit

Die Finanzierung der gesamten Arbeit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wird ausschließlich durch Spenden derer gewährleistet, die die Kritik der kapitalorientierten Wirtschaftspolitik und die Ausarbeitung umwelt-, beschäftigungs- und sozialorientierter Alternativen für erforderlich halten und deshalb unterstützen.

Zur dauerhaften Finanzierung unserer Aktivitäten, der Mitarbeiterstelle, des MEMO-FORUM sowie verstärkter (kostenintensiver) Bemühungen um den Ausbau/Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu KollegInnen in der DDR benötigen wir noch weitere DauerspenderInnen.

Wir bitten deshalb alle UnterstützerInnen unserer Arbeitsgruppe und alle LeserInnen des MEMO-FORUM, zu überprüfen, ob Sie einen Dauerauftrag in der Größenordnung zwischen monatlich DM 10.- bis DM 30.- einrichten oder eine entsprechende Einzugsermächtigung erteilen können. Falls Sie bisher schon zu den SpenderInnen gehören, bitten wir Sie, soweit möglich, Ihren bisherigen Beitrag aufzustocken.

- Ich werde künftig meine bisherigen Dauerspenden von DMmonatlich – vierteljährlich – halbjährlich – jährlich auf DM erhöhen.
- Ich werde künftig als DauerspenderIn mit DM monatlich – vierteljährlich – halbjährlich – jährlich die ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK finanziell unterstützen.
- Ich errichte einen Dauerauftrag zugunsten des Kontos:
Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg, Konto-Nr. 2184 74 – 201
- Hiermit erteile ich – bis auf Widerruf – die Genehmigung zur Abbuchung des Betrages von meinem Konto zugunsten des Kontos:
Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg, Konto-Nr. 2184 74 – 201

.....

(Konto-Nr.)

.....

(Bankleitzahl)

.....

(Name und Ort des Geldinstitutes)

.....

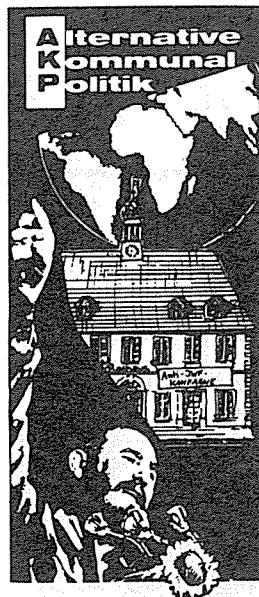
(Datum)

.....

(Unterschrift)

Bitte einsenden an:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33



Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

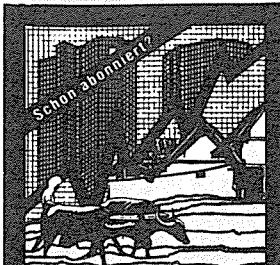
Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältige Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177511)

Fachzeitschrift für grüne und
alternative Kommunalpolitik



Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT

& ENTWICKLUNG

Seit Mitte 89 gibt es sie regelmäßig, die neue **Fachinformation** für engagierte Menschen in der Dritte-Welt, **Entwicklungs- und Umweltpolitik**

• Monat für Monat aktuelle **Kurzanalysen**, dokumentarische **Berichte** und nützliche **Hinweise** zu Debatte und Aktion • Ein **Newsletter** für Leute, die zum Lesen wenig Zeit haben und doch **auf dem Laufenden** sein müssen • Herausgegeben von D. Boris, R. Falk, Th. Fues, G. Hiltges, K. Milke, D. Peschke, F. Schmidt, H. Schul, H. Schücking, B. Sommer, A. Sörgel, B. Ummülg, L. Volmer und P. Wahl • **Jahres-Abo** nur 25,- für Individuen und 50,- für Organisationen.

Abo und Probeexemplare bei
ASK, Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt Tel. 069/709060

NEU ERSCHEINUNG

DAS FÜNFHUNDERT-JÄHRIGE REICH



Erwerbung, lateinamerikanische
Identität & Emancipation 1492-1992

Ein unverzichtbares Buch für jeden, der informiert sein will über die Bedeutung des 500. Jahrestages der „Entdeckung“.

Beiträge von:

Bonasso / Branscheidt / Chomsky / Guzmán / Dietrich / Egaña / Gottwald / Reemtsma / Roth / Schmidt.

(Auszugsweise Vorabdruck in der Mai-Ausgabe von „konkret“)
280 S., DM 19,80 + 3,- Porto
Bestellungen an:

medico
international SERVICE

Oberrainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3

PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Ulrike Bohnenkamp, Heinz-J. Bontrup, Axel Troost

Regionale Kosten-Nutzen-Analyse einer Energiedienstleistungs-Strategie am Beispiel der Stadtwerke Bremen AG

Endbericht für den Bremer Energiebeirat

Bremen 1989, 184 Seiten, DM 25,-

ISBN: 3-925139-10-9

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder direkt beim
Progress-Institut für Wirtschaftsforschung
Albersstr. 12 B, 2800 Bremen 1

MEMO-FORUM

Sonderband 1

Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik

Tagungsband eines gemeinsamen Symposiums
an der Wirtschaftsuniversität Wien der
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
und des österreichischen
Beirates für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Mit Beiträgen von:

Hans-Peter Aubauer, Veronika Azizi-Burkard, Johannes M. Bauer, Wolfgang Blaas, Ulrike Bohnenkamp, Hermann Bömer, Dieter Eifel, Peter Fleissner, Hans Glatz, Jörg Goldberg, Luise Gubitzer, Alois Guger, Rudolf Hickel, Klaus Hofemann, Jörg Huffschmid, Hildegard Kaluza, Kurt Kratena, Michael Marschoun, Markus Marterbauer, Reinhard Neck, Wolfgang Polt, Jan Priewe, Bruno Roßmann, Kurt W. Rothschild, Herbert Schui, Susanne Schunter-Kleemann, Brigitte Unger.

Themen:

Wachstumsbeschränkungen und Modernisierungskrise, Internationalisierung und europäischer Binnenmarkt, Einkommensverteilung und Grenzen korporatistischer Steuerung, internationale Verschuldungskrise, Möglichkeiten und Grenzen nationaler Beschäftigungspolitik, technologische Modernisierung, Herausforderung an die Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktpolitik für Frauen, ökologische Steuerung, kommunale Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung und Zukunft des Sozialstaates, soziale Risiken von Frauen.

325 Seiten, Preis: DM 14,- (einschl. Porto) zu beziehen bei:

**Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik,
Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33**

MEMO-FORUM

Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Nr. 4, Oktober 1984 (88 S.)

- Pro und Kontra wertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- Die Militarisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen
- **Schwerpunktthema:**
"Frauenarbeit in der Krise"
 - Aspekte gegenwärtiger Frauenerwerbsarbeit;
 - Besondere Betroffenheit von Frauen durch Sozialabbau;
 - Sozialabbau und „neue Mütterlichkeit“: Das Patriarchat verteilt die Arbeit um

Nr. 6, Juni 1985 (70 S.)

- Entkopplung von Arbeit und Einkommen?
 - Zur Diskussion über Mindesteinkommen
- **Schwerpunktthema: Vergesellschaftung**
 - Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und alternative Wirtschaftspolitik
 - Vergesellschaftung: objektive Tendenz, systemstabilisierende Funktion, Kampfforderung der Arbeiterbewegung; oder was?
 - Dokumentation: Stahlpolitisches Programm der IG-Metall

Sonderheft Nr. 2, Februar 1986 (82 S.)

10 Jahre Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

— Erfahrungen, Wirkungen, Aufgaben — mit Beiträgen von Jörg Hufschmid, Rudolf Hickey, Herbert Schui, Margit Scheib, Michael Müller, Hubert Kleiner, Detlef Hensche und Heinz Jung Buchbesprechung

Nr. 9, Oktober 1986 (88 S.)

- Stellungnahme: Die Werften haben eine Zukunft — Alternativen zum Arbeitsplatzabbau
- **Schwerpunktthema: Sozialpolitik**
Sozialpolitische Umverteilung und private Produktion; Grundsicherung statt Erwerbsbeteiligung?; Krankenversicherung und Gesundheitspolitik; Bevölkerungsentwicklung und Alterssicherung
- Begriff, Ideologie und Bedeutung des kapitalistischen Privateigentums — Zur Kontroverse um die Forderung nach Vergesellschaftung

Nr. 11, Juni 1987 (112 S.)

- Stellungnahme: Gegen Massenentlassungen und regionale Zerstörung: Gesellschaftliche Steuerung der Stahlindustrie — Vorschläge zur Sicherung der Stahlstandorte
- Ökologischer Umbau der Wirtschaft — Strategien einer neuen Strukturpolitik
- Beschäftigungs- und Qualifikationsprogramme gegen Berufs- und Arbeitsnot junger Menschen — Perspektiven statt Maßnahmen
- Überlegungen zur materiellen Grundsicherung von Frauen
- Privatisierung der Bundespost verfassungswidrig?

Nr. 12, August 1988 (112 S.)

Schwerpunktthema:
Entwicklungserspektiven
der Landwirtschaft

Nr. 5, Februar 1985 (76 S.)

- Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik (II)
- **Schwerpunktthema: Gibt es technologische Arbeitslosigkeit?**
R. Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit — Gibt's die?
J. Hufschmid, Technologische Arbeitslosigkeit als Zukunftsperspektive des Kapitalismus?
K. G. Zinn, Technologische Arbeitslosigkeit — Analytischer Irrtum oder neue Erkenntnis?
J. Priebe, Technologischer Fortschritt als Wachstumsbremse?

Nr. 7, November 1985 (110 S.)

- Grundzüge arbeitnehmerorientierter Kommunalpolitik in Großbritannien
- Frauen als Arbeitsmarktreserve oder Gewinner der Krise?
- Ansätze alt. Verfassungsinterpretation als Element zur demokratischen Umgestaltung
- Selbstkostenpreisbildung — ein Mittel zur Kosten- und Preissenkung bei Rüstungsgütern?
- Wege zur Vollbeschäftigung: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen für Österreich
- Rüstungsausgaben und wirtschaftliche Stagnation — zu Position der Memoranden

Nr. 8, Juli 1986 (68 S.)

- Solidaritätsaufruf: Gegen Arbeitslosigkeit, für Vollbeschäftigung
- Profitrentenentwicklung und Krisenzyklus
- Zum wirtschaftspolitischen Leitantrag der SPD
- Regionale Disparitäten und Süd-Nordgefälle
- Bestellung von Sachverständigen nach § 80 (3) Betriebsverfassungsgesetz
- Selbstorganisationen — zu einigen Rezeptionsdefiziten der Memoranden

Nr. 10, Dezember 1986 (72 S.)

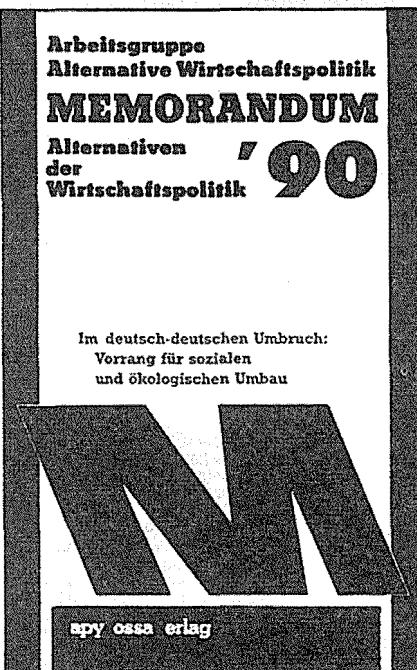
- **Sondermemorandum** — Vor dem Abschwung: Schönfärberei und wirtschaftspolitisches Versagen
- Weiterer Vorrang für die militärische Aufrüstung — Zum Bundeshaushalt und der Entwicklung der Militärausgaben im Zeitraum 1982-1987
- Wirtschaftsrecht in der ökonomischen Krise
- Alles wieder im Lot? — Anmerkungen zum West-Berliner „Wirtschaftswunder“

Nr. 13, Oktober 1988 (112 S.)

- **Sondermemorandum** — Schuldenerlaß statt Erpressung
- Stellungnahme zum Zweiten Schiffsregister
- Kurzgutachten zu den fiskalischen und regionalen Auswirkungen der Kooperation Krupp-Mannesmann
- Die Macht der Elektroindustrieunternehmen
- Markt und Staat in Europa
- Europäische Währung und Zentralbank
- Buchbesprechungen

Nr. 14, September 1989 (80 S.)

- Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der BRD
- Stellungnahme zur Abschaffung der 'Quellensteuer' — Ansätze interventionistischer Politik in der deutschen Finanzwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts
- Automobilindustrie und Freihandel — ein Mythos
- Zukunft gestalten — besser leben und gesünder essen
- Spekulationskapitalismus oder Produktivkraftschub?
- Tagungsbericht



304 Seiten, DM 24.-

ISBN 3-89438-003-9

Staffelpreise bei Abnahme mehrerer Exemplare

ab 3 Exemplare je DM 20.- ab 30 Exemplare je DM 17.-
ab 10 Exemplare je DM 19.- ab 100 Exemplare je DM 15.-

Bestellung (ab 3 Expl. Staffelpreise)

Hiermit bestelle ich gegen Rechnung (zzgl. Portokosten)
..... Expl. 003-9 Memorandum '90

Name/Vorname:

Organisation:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Bitte richten Sie Ihre Bestellung direkt an:
PapyRossa Verlag, Gottesweg 52, 5000 Köln 51

